

A black and white portrait of a middle-aged man with a balding head, looking directly at the camera. He is wearing a dark turtleneck sweater. His hands are raised in front of him, with his index fingers pointing directly at the viewer. The background is dark and out of focus.

**Zweitstimme
Kemmerich**

Unser Wahlprogramm

#FürThüringen



Landtagswahlprogramm FDP Thüringen

Zur Landtagswahl am 1. September 2024

| | |
|---|-----------|
| Weltbeste Bildung für jeden | 5 |
| Frühkindliche Bildung voranbringen | 5 |
| Mehr Eigenverantwortung für Schulen | 6 |
| Vielfalt in der Thüringer Bildungslandschaft erhalten | 7 |
| Unterricht für die Zukunft muss vor allem stattfinden | 9 |
| Schulen für die digitale Zukunft bereit machen! | 10 |
| Mehr Leistung: für eine neue Prüfungskultur | 12 |
| Lehrkräfte: Aus- und Weiterbildung und Seiteneinstieg | 12 |
| Schule als Arbeitsort | 13 |
| Bildungsreform bundesweit | 15 |
| Berufliche Bildung | 16 |
| Weltbeste Bildung ein Leben lang | 16 |
| Wissenschaft, Hochschule und Innovation – Eigenverantwortung der Hochschulen ausbauen | 17 |
| Jugend und Sport | 18 |
| Kunst und Kultur | 21 |
| Vorankommen durch eigene Leistung | 22 |
| Klarer Kurs für wirtschaftliche Stärke und finanzielle Stabilität | 22 |
| Bürokratieabbau JETZT! | 23 |
| Innovation und Wachstum durch Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren | 24 |
| Fachkräfteeinwanderung – Verfahren vereinfachen und beschleunigen | 24 |
| Zukunftsorientierte Steuerpolitik für Thüringen: Wachstum fördern, Bürokratie abbauen | 25 |
| Fundament des Thüringer Wohlstandes | 27 |
| Real-Labor Thüringen: „Eine Vision für Thüringen“ umsetzen! | 29 |
| Thüringen neu entdecken – Tourismus als Impulsgeber für Thüringen | 31 |
| Energiezukunft Thüringen – Sicher, innovativ und nachhaltig | 35 |
| Chancen der Digitalisierung nutzen | 38 |
| Digitalisierung beschleunigen | 38 |
| Gigabit-Freistaat Thüringen | 39 |
| E-Government-Offensive | 40 |
| Medienland Thüringen – Perspektive 2030 | 42 |

| | |
|--|-----------|
| Thüringen – ein durchsetzungsfähiger, unkomplizierter und bürgernaher Rechtsstaat | 43 |
| Starke Justiz – Resilienz gegen Einflussnahmen der Politik | 45 |
| Migration mit klaren Regeln | 47 |
| Modernisierung der Verwaltung für einen dienstleistenden Staat | 49 |
| Nachhaltigkeit durch Innovation | 52 |
| Freie, unternehmerische und mittelständisch geprägte Landwirtschaft | 52 |
| Liberale Umweltpolitik handelt mit den Menschen – nicht gegen sie | 54 |
| Mobilität für alle | 59 |
| Wohneigentum statt Wohnungsmangel – Bauen mit Verantwortung in Freiheit | 64 |
| Selbstbestimmt in allen Lebenslagen | 70 |
| Thüringen als Innovationstreiber in der Gesundheitsversorgung | 70 |
| Sozialpolitik als Hilfe zur Selbsthilfe | 79 |
| Wir wollen ein Thüringen, das tolerant und vielfältig ist | 80 |
| Politik, die rechnen kann | 81 |
| Unsere Vision für ein Thüringen mit zukunftsorientierter Finanzpolitik | 81 |
| Freiheit und Menschenrechte weltweit | 85 |

Weltbeste Bildung für jeden

Frühkindliche Bildung voranbringen

Für uns Freie Demokraten beginnt Bildung im Kindergarten. Gerade in den ersten Lebensjahren werden die grundlegenden Entwicklungen angestoßen, in keiner Lebensphase ist die Aufnahmefähigkeit so hoch wie in den ersten Lebensjahren. Hier werden die Grundlagen gelegt für Entdeckerfreude, Kreativität und auch soziales Miteinander. In den Thüringer Kindergärten warten Kinder nicht darauf, dass die Eltern mit der Arbeit fertig sind. Sie lernen miteinander und voneinander und entwickeln ihre sprachlichen, musischen, motorischen, künstlerischen, naturwissenschaftlichen, gesellschaftswissenschaftlichen und medienpädagogischen Potenziale.

Qualitätsverbesserung vor Beitragsfreiheit

Wir wollen künftig Investitionen vorrangig in die Verbesserung des Personalschlüssels tätigen. Kleinere Gruppen steigern nicht nur die Bildungschancen unserer Kinder, sondern verbessern auch die Arbeitsbedingungen des Personals wie auch die Attraktivität des Erzieherberufs. Wenn die Qualität in den Kindergärten flächendeckend sichergestellt und die Öffnungszeiten dem Betreuungsanspruch der Familien gerecht werden, sind wir offen und bereit, eine Ausweitung der beitragsfreien Kinderbetreuung zu ermöglichen.

Erzieher-Ausbildung modernisieren

Wir wollen in die Ausbildung und die systematische Weiterqualifikation der Fachkräfte im Kindergarten investieren. Den angestoßenen Systemwechsel von der schulischen hin zur praxisorientierten, dualen Erzieherausbildung wollen wir weiterführen.

Multiprofessionalität stärken

Auch im frühkindlichen Bereich erachten wir die Etablierung multiprofessioneller Teams als notwendig, um den veränderten Anforderungen in der frühkindlichen Bildung Rechnung zu tragen. Je fachlich diverser das Team in den Kindergärten aufgestellt ist, desto besser kann den Bedürfnissen jedes einzelnen Kindes entsprochen werden. Wir wollen deshalb den Fachkräftebegriff im Kindergartengesetz erweitern und so beispielsweise auch den Einsatz von Fachkräften der Kinderkrankenpflege im Kindergarten ermöglichen.

Frühkindliche Sprachförderung

Für eine erfolgreiche Schullaufbahn bedarf es einer frühzeitigen Sprachförderung, die am besten im Kindergarten beginnt. Wir wollen das Programm „Sprachkitas“ nach Auslaufen des zweiten Projektzeitraums in die reguläre Kitafinanzierung überführen und mit Fokus auf die sprachliche Integration neu konzeptionieren. Durch verpflichtende Sprachangebote wollen wir sicherstellen, dass die Kinder mit ausreichenden Deutschkenntnissen in die Grundschulen kommen.

Talente früh fördern

Wir Freie Demokraten wollen, dass in Kindergärten immer auch Platz für Talentförderung ist. Dazu halten wir es für notwendig, externe Bildungspartner enger in Kindergärten einzubinden, damit Kinder frühzeitig an Sport, Natur, Kunst, Musik und Technik herangeführt werden. Die freiwillige Teilnahme an Vorschulprogrammen möchten wir unterstützen.

Akzeptanz beginnt im Kindergarten

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Kinder mit und ohne Behinderungen im Kindergarten gemeinsam betreut werden. Um den jeweiligen Anforderungen der Kinder gerecht zu werden, braucht es entsprechend qualifiziertes Personal und angemessene sächliche Ausstattung.

Nachhaltige Kindergartenlandschaft sicherstellen

Um frühkindliche Bildung nachhaltig flächendeckend gewährleisten zu können, muss eine bedarfsdeckende moderne Infrastruktur als Basis vorliegen. Jede noch so gut gemeinte Bildungs-offensive scheitert langfristig ohne ausreichende räumliche Ressourcen. Eine bunte Konzept- und Trägervielfalt mit zeitgemäßen Einrichtungen ist für die Attraktivität der frühkindlichen Bildung von immenser Bedeutung. Neben den Kindergärten wollen wir die Kindertagespflege erhalten und fördern.

Kommunale Bildungslandschaften und Eltern-Kind-Zentren

Bildungseinrichtungen sind Teil kommunaler Strukturen. Daher wollen wir die Zusammenarbeit zwischen allen in der Kommune verankerten Bildungsakteuren auch in der frühkindlichen Bildung stärken. Wir wollen das Konzept der Thüringer Eltern-Kind-Zentren durch einen Abbau des bürokratischen Aufwands wieder attraktiver für die Thüringer Kindergärten machen. So können vielfältige gemeinschaftliche Angebote in der Kita offeriert werden, z. B. im Bereich der Familiensprachkurse.

Kindergartenfinanzierung transparenter und nachhaltiger aufstellen

Die derzeitige Kitafinanzierung ist kompliziert zwischen Land und Kommunen aufgeteilt. Der Bund unterstützt im Rahmen von zeitlich begrenzten Programmen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Programme weitergeführt werden und so bundesweit einheitliche Qualitätsstandards gesetzt und weiterentwickelt werden können. Auf Landesebene wollen wir die Strukturen der Kindergartenfinanzierung nachhaltiger aufstellen und den administrativen Aufwand für die Träger deutlich reduzieren. Wir wollen die Anzahl, nicht die Höhe der Pauschalen reduzieren und die Berechnungsverfahren transparenter gestalten und vereinfachen. Dafür möchten wir alle Pauschalen und Erstattungen an die Kommunen für die Finanzierung der Kindergärten bündeln und in eine transparente Grundfinanzierung überführen.

Mehr Eigenverantwortung für Schulen

Trotz des gesetzlichen Bekenntnisses zur schulischen Eigenverantwortung ist diese im alltäglichen Handeln von Schulen und in der Zusammenarbeit mit den Schulämtern kaum zu spüren. Wir Freie Demokraten wollen echte Eigenverantwortung statt Kompetenzchaos in den Thüringer Schulen. Dazu gehört, dass Entscheidungen, die auf Ebene der Schulleitungen getroffen werden müssen, auch dort getroffen werden können. Schulen brauchen freie Budgets, die sie im Rahmen ihrer Schulkonzepte verwenden und unbürokratisch abrechnen können. Schulen benötigen ein größeres Mitspracherecht der Schulleitungen bei der Einstellung von Lehrkräften und der Einbindung anderen Personals. Schulen brauchen Rechtssicherheit für Kooperationen mit der Wirtschaft, Hochschulen und Vereinen. Statt in die Schulen hineinzuregieren, soll das Land sich stärker in der Qualitätssicherung, beim Fortbildungsangebot, in der Lehrerbildung und beratend in Schulentwicklungsfragen einbringen.

Experimentierklausel für mehr Selbstständigkeit

Wir wollen die Möglichkeiten des Schulversuchs erheblich erweitern. Schulen sollen auf Basis einer Kooperationsvereinbarung mit der Schulaufsichtsbehörde in die Lage versetzt werden, abweichend von bestehenden allgemeinen Rechtsvorschriften eigenverantwortlich über Sachmittel, Stellenbewirtschaftung, Personalverwaltung und Unterrichtsorganisation zu entscheiden, sofern die Standards für den Erwerb der Abschlüsse gesichert werden können.

Schulbudget ausbauen und vereinfachen

Derzeit wird das Schulbudget von 30 Euro pro Schüler pro Jahr für außerunterrichtliche Angebote von vielen Schulen aufgrund des bürokratischen Aufwands kaum genutzt. Wir fordern, dass das bestehende Schulbudget künftig vollständig an die Schulen ausgezahlt und vor Ort im Rahmen des Schulkontos bewirtschaftet wird. Zuzüglich zu Ausgaben für außercurriculare Aktivitäten wollen wir Schulen, die Kooperationsvereinbarungen mit der Schulaufsichtsbehörde schließen, freie Personalmittel zur Verfügung stellen, die insbesondere für Unterstützungspersonal und Aufsichtspersonen verausgabt werden können. Alle Schulen sollen über ein Budget für Sachkosten die Möglichkeit erhalten, Aufgaben des Trägers im eigenen Schulaufwand abzudecken. So lassen sich die negativen Auswirkungen der geteilten Zuständigkeiten zwischen Land, Träger und Schule im Bereich der Schulausstattung reduzieren.

Verwaltungspersonal an die Schulen

Im Zuge der Neuverteilung der Aufgaben in eigenverantwortlichen Schulstrukturen kann Personal aus den Schulämtern auch an Schulen abgeordnet werden, um Aufgaben jenseits der Schulaufsicht vor Ort zu leisten, z. B. als kaufmännische Schulleitung oder als zusätzliches Verwaltungspersonal.

Weniger ist mehr – Verwaltung vereinfachen, Bürokratie abbauen

Die Freien Demokraten streben eine Reform der Schulämter nach Vorbild der bestehenden Reform der Studienseminare an. An die Stelle von fünf Schulämtern sollen eine Zentral- und mehrere Regionalstellen treten. So entsteht mehr Einheitlichkeit in der Umsetzung von Vorgaben. Die Arbeitsabläufe sollen insbesondere mit Blick auf den demografischen Wandel effizient umorganisiert werden.

Wir wollen ein Verwaltungsmoratorium für Thüringens Schulen. Jede unterrichtsferne Berichts- und Dokumentationspflicht, die Schulen derzeit hemmt, muss auf den Prüfstand gestellt werden. Wir wollen deshalb einen Großteil der Verwaltungsvorschriften auf Schulebene für ein Schuljahr aussetzen, um danach gemeinsam mit den Schulen nur tatsächlich notwendige Vorgänge wieder aufzubauen.

Zusammenarbeit mit externen Partnern vereinfachen

Ob Bildungsausflüge zu Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen oder die Durchführung von Vorträgen in den Schulen durch Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft oder die Jungoffiziere der Bundeswehr: Nicht nur in, sondern auch rund um die Schule gibt es Akteure, die sich an der Bildungsentwicklung beteiligen wollen. Das Förderchaos rund um das Corona-Aufholprogramm hat gezeigt, dass potenzielle Kooperationen aber zu häufig an bürokratischen Hürden scheitern. Wir wollen zukünftig dafür sorgen, dass mehr Interaktion zwischen Schule und externen Anbietern von Bildungsangeboten möglich ist. Das sichert nicht nur interessanten Unterricht, sondern entlastet Schulen auch bei angespannter Personaldecke. Über eine transparente digitale Plattform soll insbesondere im ländlichen Raum eine bessere Vernetzung zwischen Schulen und Bildungsakteuren sichergestellt werden. Die Schulfördervereine sehen wir in dieser Zusammenarbeit als Partner und Ermöglicher von Projekten verschiedener Art, deren Arbeit nicht an der Schulverwaltung scheitern darf.

Vielfalt in der Thüringer Bildungslandschaft erhalten

Den aktuellen Herausforderungen des Bildungssystems muss mit tatsächlichen Lösungsvorschlägen begegnet werden. Statt Schulstandorte und einzelne Schularten in Frage zu stellen, wollen wir sicherstellen, dass an allen Schulen gleichermaßen die Talente und Chancen der jungen Menschen gefördert und angemessene Leistungen gefordert werden. Wir kennen die Bedeutung von Schulstandorten im ländlichen Raum.

Bedarfsgerechte und chancenorientierte Schulnetzplanung

Wir Freie Demokraten stehen für pragmatische Lösungen. Im ländlichen Raum favorisieren wir Campus-Schulstandorte, an denen mehrere Schularten zusammenkommen. Das schafft Handlungsspielraum an den Schulen und Vereinfachungen im Schülerverkehr. Wir sehen aber auch Potenzial in Filialmodellen, in denen kleinere Standorte zusammenarbeiten. Das erhält Gebäude und Standorte in kleineren Orten und reduziert Fahrwege für Schülerinnen und Schüler. Um die Menschen vor Ort in die Entscheidung zu Schulstandorten einzubeziehen, wollen wir eine Veröffentlichungsregelung für Schulnetzpläne schaffen, ähnlich wie es sie für Flächennutzungspläne bereits seit Jahren gibt.

Kurze Beine brauchen kurze Wege

Kleine Grundschulen haben nicht nur einen pädagogischen, sondern auch einen kulturellen und gesellschaftlichen Wert für die Gemeinden. Wir setzen uns für den Erhalt insbesondere kleiner Grundschulstandorte ein und wollen die Möglichkeiten des Aufbaus kommunaler Bildungslandschaften mit dem zugehörigen Kindergarten fördern.

Investitionstau in den Schulen angehen

Wir Freie Demokraten Thüringen wollen den Investitionstau sowohl in den Thüringer Schulen als auch in den Schulsport-Einrichtungen konsequent weiter abbauen und die Modernisierung und digitale Vernetzung in den Klassenzimmern beschleunigen. Dafür halten wir es für unerlässlich, die Richtlinie zur Schulbauförderung aus den 90er Jahren zu überarbeiten und an die Anforderungen des modernen Bildungswesens anzupassen. Wir wollen ein mehrjähriges Sonder-Investitionsprogramm für Thüringer Schulen in Höhe von 200 Millionen Euro aufsetzen und an die staatlichen Schulträger als zweckgebundenes Globalbudget ausreichen. Um möglichen Inflationsgefahren aktiv zu begegnen und den Schulträgern mehr Zeit bei der Umsetzung und der Planung zu ermöglichen, soll das Sonder-Investitionsprogramm auf einen 4-jährigen Umsetzungszeitraum angelegt werden. Damit verbunden ist die Erwartung an die Schulträger und Kommunen vor Ort, ihr bisheriges Investitionsniveau in die Bildungseinrichtungen auch in Zukunft aufrechtzuerhalten oder es im Sinne einer gemeinsamen Kinder-Bildungsoffensive mit Eigenmitteln zu steigern. Gerade für die Sanierung von Berufsschulen sollen die Finanzierungsmöglichkeiten über Public-Private-Partnership-Projekte (PPP) stärker genutzt werden.

Entgeltfreie Schülerbeförderung

Das Deutschlandticket bietet die Möglichkeit, umfassende Initiativen im Bereich der Schülermobilität in neuem Licht zu sehen. Wir bekräftigen deshalb unser Vorhaben: Alle Schülerinnen und Schüler in Thüringen sollen bis zum Abitur oder Abschluss der Berufsausbildung mit ihrem Schülerausweis Bus und Bahn entgeltfrei nutzen können, unabhängig davon, wie lang der Schulweg ist.

Freie Schulen wertschätzen

Mit etwa 10 % aller Schülerinnen und Schüler sind Freie Schulen ein wichtiger Akteur in der Thüringer Bildungslandschaft. Sie bereichern das System, sind oftmals Vorreiter und zeigen, wie moderne Schule funktionieren kann, weil sie bereits die Eigenverantwortung genießen, die wir Freie Demokraten uns für alle Schulen wünschen. Auf der anderen Seite müssen die Freien Schulträger immer wieder mit dem Freistaat darüber diskutieren, wie viel Geld ihnen für ihre Arbeit im Bildungssystem zusteht. Wir wollen die Finanzierung dieser Schulen endlich auf Basis einer Vollkostenanalyse auf langfristig sichere Füße stellen, und Verwaltungs- und Investitionskosten (sogenanntes „Overhead“) in der staatlichen Finanzhilfe berücksichtigen.

Inklusion ist nicht voraussetzungsfrei

Die gemeinsame Beschulung von Schülern mit und ohne Behinderung stellt Schulen vor große Herausforderungen. Bei aller Begeisterung für den gemeinsamen Unterricht sehen wir realistisch, dass dieser nicht für alle Kinder vollumfänglich geeignet ist. Deswegen braucht es auch in Zukunft Förderzentren, die gerade für die Bedarfe dieser Kinder ausgerichtet sind. Sie arbeiten bedarfsorientiert mit Schülerinnen und Schülern, die besondere Fürsorge benötigen und müssen deshalb erhalten bleiben. Lehrkräfte und Sonderpädagogen an diesen Schulen leisten einen unschätzbaren Beitrag zum Gelingen der Bildungsgerechtigkeit. Ihre Rolle in einem inklusiven Schulsystem muss neu evaluiert und entsprechend rechtlich verbrieft werden. Wir wollen allgemeinbildende Schulen, die besonders gute Bedingungen für inklusive Beschulung bieten, durch ein Zertifikat ausweisen. So schaffen wir Transparenz, damit Eltern und ihre Kinder, die mit einer Behinderung leben müssen, besser entscheiden können, welche Schule die richtige ist.

Bildungschancen für alle

Für Flüchtlinge und alle Menschen mit sprachlichem Förderbedarf müssen ergänzende Angebote zur Sprachförderung geschaffen werden. Ohne zusätzliche und vorbereitende Sprachkurse ist der Unterricht für diese Schüler in den normalen Klassen weder gerecht noch zielführend. Erste Aufgabe und Voraussetzung muss das Erlernen der deutschen Sprache sein.

Durch das Startchancenprogramm des Bundes werden auch in Thüringen künftig Schulen in besonders herausfordernden sozialen Lagen verstärkt gefördert. Wir wollen die Synergien aus dem Programm nutzen, um den Bildungsaufstieg durch die Thüringer Schulen zu verbessern.

Auch Leistungsträger benötigen besondere Förderung. Wir unterstützen die Erhaltung und den Ausbau der Schullandschaft mit speziellen Profilen in Thüringen, um Schülern mit besonderen Fähigkeiten die Möglichkeit zu geben, diese konzentriert zu entwickeln und sich mit den Besten zu messen. Dazu zählen auch international ausgerichtete Schulkonzepte, z. B. Europaschulen. Wir wollen die Benachteiligung junger Menschen mit Hörschädigung beenden und die Kenntnis der Deutschen Gebärdensprache mit der Kenntnis einer zweiten Fremdsprache gleichstellen. Das ermöglicht Schülerinnen und Schülern mit Hörschädigung, denen das Erlernen einer weiteren Fremdsprache schon allein aufgrund der Hörschädigung schwerfällt, bei darüber hinaus ausreichender Leistung zur Oberstufe zugelassen zu werden. Damit Einheitlichkeit sichergestellt ist, setzen wir uns für eine bundesweite Anerkennung dieser Gleichstellung ein.

Soziales Lernen, Integration und Inklusion gelingen am besten in der Gemeinschaft. Deswegen wollen wir die Rahmenbedingungen für gemeinsame Freizeit im Rahmen von Hort- oder Ganztagsangeboten in Kooperation mit Vereinen und Akteuren vor Ort schaffen.

Unterricht für die Zukunft muss vor allem stattfinden

Gesellschaftliche Grundbildung und Werte vermitteln

Schülerinnen und Schüler müssen im Rahmen der Schulbildung Grundwissen über demokratische Prozesse, Medienkompetenz und gesellschaftliche Grundwerte erlangen. Die Erscheinungsformen von moderner rechter, linker, islamistischer und antisemitischer Radikalisierung müssen eine stärkere Rolle in der Schulbildung einnehmen. Wir befürworten eine bessere Kooperation zwischen Kultureinrichtungen und Bildungsinstitutionen im Rahmen der kulturellen Bildung und Demokratiebildung.

Wirtschaft und Recht als Fach stärken

Wir wollen den wirtschaftlichen Sachverstand von Schülerinnen und Schülern stärken. Dazu zählt auf der einen Seite ein Verständnis für wirtschaftliche und rechtliche Zusammenhänge und die soziale Marktwirtschaft, auf der anderen Seite alltägliches Wissen über betriebliche Abläufe und Fragen der persönlichen Finanz- und Lebensplanung. Auch hierfür kann neben schulischem Unterricht die Kooperation mit der Wirtschaft der Region einen Beitrag leisten.

MINT-Expertise an die Schulen holen

Die Naturwissenschaften sind ein schnell wachsender und sich verändernder Bereich. Sowohl wegen der finanziellen Hürden als auch wegen des rasanten Wissenszuwachses kann sich die Schule hier schlecht auf klassischem Wege an Innovationen anpassen. Deswegen ist die unkomplizierte Einbindung außerschulischer Akteure (z. B. als Projektbeschäftigte über das neue Schulbudget) nötig, um den Schülern einen Einblick in die Vielfalt der aktuellen Forschungs- und Arbeitslandschaft zu geben.

Studentafel flexibilisieren

Gerade in Zeiten des Lehrermangels müssen wir den Schulen vor Ort Möglichkeiten eröffnen, eine optimale Unterrichtsabdeckung zu erreichen. Wir wollen deshalb den Anteil an flexiblen Stunden in der Studentafel erhöhen. So kann jede Schule den Bedarfen vor Ort gerecht werden und die Herausbildung des eigenen Schulprofils vorantreiben. Dieser Handlungsspielraum soll der individuellen Förderung der Chancen jeder Schülerin und jedes Schülers dienen.

Berufsorientierung praxisnah gestalten

Schüler von heute sind Fachkräfte von morgen! Thüringer Schüler verlassen nach dem Schulabschluss nicht selten unser Bundesland zur Ausbildung, weil ihnen der Überblick über die beruflichen Perspektiven in Thüringen fehlt. Eine Vernetzung von Schule und Wirtschaft kann die Regionen und hier insbesondere das Handwerk stärken und junge Menschen binden. Nur durch ein frühes Heranführen an praktische Arbeit können wir an den Schulen Interesse an Ausbildungsberufen wecken. Deswegen unterstützen wir Initiativen wie den Tag in der Praxis (TIP) und wollen diese bürokratiarm und flächendeckend in Thüringen ausrollen. Außerdem müssen die Inhalte der Facharbeiter- und Gesellenausbildung in Handwerk und Industrie stärker in den Unterricht der allgemeinbildenden Schulen und vor allem der Regelschulen eingebunden, die Vernetzung zwischen Schule und Wirtschaft verbessert werden.

Schulen für die digitale Zukunft bereit machen!

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Vielmehr sollen durch digitale Werkzeuge Prozesse in der Schule vereinfacht werden. In der Digitalisierung liegt das Potenzial, neue Wege für spannenden Unterricht und eine anschauliche Erklärung über virtuelle Welten zu finden. Digitalisierung kann aber die Grundfertigkeiten nicht ersetzen. Auch in einer digitalen Welt müssen Schüler analoge Grundfertigkeiten erlernen: das Lesen und Schreiben, händisches Rechnen, Zeichnen und Konstruieren. Auch Selbstorganisation und das korrekte Führen des Hausaufgabenheftes darf keiner falschen verstandenen Modernisierung zum Opfer fallen. Schüler müssen in der Festigung ihrer eigenen Persönlichkeit unterstützt werden und einen resilienten Umgang mit den Gefahren der digitalen Welt lernen.

Digitalpakt 2.0 für professionelle digitale Infrastruktur in den Schulen

Wir wollen, dass jede Schule in Thüringen einen leistungsstarken Internetanschluss bekommt. Dafür ist sowohl die Anbindung ans Netz als auch die dauerhafte Finanzierung eines starken Anschlusses

gezielt zu fördern. Auch in den Gebäuden muss eine zuverlässige LAN- und WLAN-Abdeckung sichergestellt werden, damit Unterricht unter Einbindung digitaler Endgeräte überhaupt ermöglicht wird. Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen für die Ausstattung der Schulen muss im Rahmen eines Digitalpaktes 2.0 planvoll weitergeführt werden. Dabei müssen die Grundlagen erstellt werden, dass die Infrastruktur nachhaltig durch die Schulträger erhalten werden kann.

Die Schulträger müssen in die Lage versetzt werden, eine tragfähige digitale Schulinfrastruktur aufzubauen und zu betreuen. Auch wenn jeder Schulträger am Ende selbst entscheiden sollte, wie die digitale Infrastruktur in den jeweiligen Schulen aufgebaut und miteinander vernetzt sein soll, muss es auf Landesebene einheitliche Standards und Rahmenvorgaben für die Medienkonzepte geben. Schüler, Lehrer und Eltern müssen digital organisierte Prozesse als gewinnbringend kennenlernen – vom digitalen Noten- und Klassenbuch über die Schulcloud und eine Erreichbarkeit über dienstliche E-Mail bis zum digitalen Arbeiten im Unterricht.

Digitale Lernmittelfreiheit

Wir Freie Demokraten wollen die umfassende digitale Lernmittelfreiheit auch in Thüringen einführen. Der Zugang zu digitalen Endgeräten zu Bildungszwecken soll jeder Schülerin und jedem Schüler eröffnet werden. Wir wollen die Ausstattung mit digitalen Endgeräten ähnlich der Schulbuchverwaltung über eine systemvielfältige Kataloglösung umsetzen. Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Hardware-Systemvielfalt, zur Nutzung eigener Geräte in Verantwortung der Lehrkraft und sind für die Nutzung von OpenSource-Systemen offen.

Thüringer Schulcloud weiterentwickeln

Die Angebote der Thüringer Schulcloud haben sich seit Beginn der Corona-Pandemie verbessert, bleiben aber hinter den Anforderungen an eine zentrale digitale Lern- und Bildungsplattform zurück. Angebote zur Unterrichtsgestaltung (z. B. Aufgabenpools und Lernvideos) müssen deutlich ausgebaut werden. Wir fordern die Einrichtung eines umfassenden digitalen schulischen Leistungsprofils, in dem Schülerinnen und Schüler ihre Kompetenzen und erworbenen Fähigkeiten zu jeder Zeit einsehen können. Es müssen Schnittstellen zu den digitalen Plattformen der Schulverwaltung geschaffen werden. Lehrkräfte müssen über die Thüringer Schulcloud die Möglichkeit haben, Erfahrungen und Unterrichtsmaterialien auszutauschen.

Umgang mit KI lernen

Bereits jetzt ist die Anwendung von Systemen mit Künstlicher Intelligenz integraler Bestandteil der Lebens- und Arbeitswelt. Schülerinnen und Schüler müssen den Umgang mit dieser neuen Technologie deshalb auch im Unterricht lernen. Anstatt Diskussionen über Verbote zu führen, müssen die Lehrkräfte bei der Implementation von KI in den Unterrichtsalltag unterstützt werden. Ein datenschutzrechtlich unbedenkliches generatives KI-Modell soll deshalb über landeseigene Server zu Lehrzwecken angeboten werden. Wir wollen über das Modellprojekt „KI-Tutoring“ die Einsatzmöglichkeit von Künstlicher Intelligenz als Lernbegleiter testen und den KI-Einsatz für Lernstandserhebungen in Thüringen erproben.

Fern- und Hybridunterricht ermöglichen

Die Nutzung hybrider Unterrichtsmethoden kann die Angebotsvielfalt an allgemeinbildenden Schulen erweitern, wenn diese in Maßen und pädagogisch abgesichert angewandt werden. Wir wollen die Durchführung von Fernunterricht für Schülerinnen und Schüler höherer Klassenstufen und in den Berufsschulen ermöglichen und gemeinsam mit den Schulen erproben. Digitale Unterrichts- und Lernformate helfen auch dabei, dem Lehrermangel zu begegnen. Schule muss stattfinden. Dafür müssen auch innovative Wege gegangen werden.

Digitalpädagogen ausbilden

Durch die Reform der Schulordnung wurde das Fach Medienbildung und Informatik an den weiterführenden Schulen als vollwertiges Schulfach eingeführt, ohne aber personell und methodisch unersetzlich zu werden. Wir wollen deshalb in Thüringen sog. Digitalpädagogen ausbilden und einstellen, die an der Schnittstelle zwischen digitaler Medienbildung und Nutzung von Technik in der Schule sowohl Schülern als auch dem Kollegium digitales Wissen vermitteln.

Mehr Leistung: für eine neue Prüfungskultur

Schule soll Kompetenzen und Leistungen der Schüler stärken. Deshalb bekennen wir uns sowohl zur Notengebung als auch zu Prüfungen zum Abschluss einer Schullaufbahn. Wir wissen, dass Leistung und fairer Wettkampf Instrumente der Motivation und nicht der Benachteiligung sind. Gleichzeitig wollen wir mehr Möglichkeiten für kompetenzbasierte Leistungserfassungsmodelle eröffnen, die parallel zum bestehenden Notensystem etabliert werden sollen.

BLF vereinfachen und reformieren

Die Freien Demokraten werden die BLF reformieren und zu einer echten Prüfung inklusive Prüfungszeit und -vorbereitung umgestalten. Im Abschlusszeugnis muss sichergestellt werden, dass die BLF deutschlandweit als Mittlerer Abschluss anerkannt wird.

Lernstandserhebungen ohne zusätzliche Belastung

Im Rahmen eines datenbasierten Bildungsmonitorings sind regelmäßige Lernstandserhebungen zentrales Element zur Überprüfung des Bildungserfolgs. Damit keine Doppelbelastung für Lehrkräfte zu den Schulprüfungen entsteht, wollen wir die Thüringer Kompetenztests auf Basis der Einschätzungen durch die Lehrkräfte weiterentwickeln, inhaltlich straffen und konsequent digitalisieren. Die Erfahrungen aus den extern ausgewerteten Erhebungen sollen auch in die Weiterentwicklung des Thüringer Prüfungswesens einfließen.

„Automatisches Aufrücken“ abschaffen

Die Idee, durch eine Abschaffung der Versetzungsentscheidung in der 5. und 7. Klasse jahrgangsübergreifenden Unterricht zu ermöglichen, hat sich in der Praxis nicht bewährt. Schülerinnen und Schüler, deren Versetzung in der 5. Klasse gefährdet ist, können durch Aufrücken in die 6. Klasse nicht die nötige Förderung erhalten. Wir wollen dieses „Automatische Aufrücken“ deshalb abschaffen und wieder in jedem Jahr die Chance zur Wiederholung geben.

Lehrkräfte: Aus- und Weiterbildung und Seiteneinstieg

Hochschulrahmenvereinbarung zur Lehrerbildung konkretisieren

In der derzeitigen Hochschulrahmenvereinbarung ist der Umgang mit dem Lehrermangel nicht ausreichend abgebildet. Wir Freie Demokraten wollen gegenüber den Hochschulen selbstbewusster auftreten und klare Rahmenbedingungen für die Ausbildung von Lehrkräften an den Universitäten einfordern. Ziel muss es sein, die Studienabbruchsquote vor dem Studienabschluss und dem Referendariat zu minimieren.

Neue Wege ins Lehramt

Neben dem Seiteneinstieg begrüßen wir Freie Demokraten die Möglichkeit, Studium und Vorbereitungsdienst im Zuge eines dualen Studiums parallel abzulegen und so früh Einblick in die schulische Praxis zu erhalten. Darüber hinaus wollen wir ein berufsbegleitendes Studium für Personen anbieten, die aus dem nicht-schulischen Bereich „umsatteln“ und sich entsprechend pädagogisch qualifizieren wollen. Generell streben wir eine engere Verzahnung von Studium und Vorbereitungsdienst an, um die gesamte Ausbildungsdauer zu verringern und damit einen schnelleren Berufseinstieg für angehende Lehrkräfte zu ermöglichen.

Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte stärken

Lebenslanges Lernen muss auch für Lehrkräfte gelten. Deswegen muss die Lehrerfort- und -weiterbildung ausgebaut und verbessert werden. Wir wollen die Aufgaben des ThILLM im Bereich der Lehrerfortbildung neu ordnen, Fortbildungsinhalte evaluieren und modernisieren. Darüber hinaus sollen auch Angebote anderer Anbieter unkomplizierter als Lehrerfort- und -weiterbildung anerkannt werden. Hier denken wir etwa an Seminare im Bereich Führung und Organisation insbesondere für Schulleitungen.

Schulinterne Fortbildung besser fördern

Wir wollen das Budget für schulinterne Fortbildungen erhöhen, und so Schulen die Möglichkeit geben, mehr Fortbildungen, Schulentwicklungsberatung und Teambuildingmaßnahmen umzusetzen. In einer Zeit, in der Schule sich ändern muss, müssen vor Ort auch die Ressourcen gegeben sein, sich der Veränderung zu widmen.

Betriebspraktika und Hospitationen auch für Lehrkräfte

An Schulen, in denen Praxisorientierung gelebt werden soll, kann dies nicht nur Schülerinnen und Schüler betreffen. Wir wollen deshalb Angebote schaffen, die Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen Einblicke in betriebliche Vorgänge der freien Wirtschaft geben. Betriebspraktika und Ferien-Hospitationen in Unternehmen oder Organisationen sollen für Lehrkräfte als Fortbildungsmaßnahmen anerkannt werden. So kann das Verständnis für Abläufe in Wirtschaft, Handwerk und Industrie verbessert werden.

Schule als Arbeitsort

Schnellere Einstellungsverfahren ohne Verwaltungsgebühren

In Zeiten des Personalmangels entscheiden manchmal wenige Tage darüber, ob eine neue Lehrkraft an einer Thüringer Schule eingestellt wird oder in einem anderen Bundesland anfängt. Die Verwaltungsabläufe für Einstellungen müssen mindestens auf die durchschnittliche Geschwindigkeit unserer unmittelbaren Nachbarbundesländer beschleunigt werden. Vertretungsstellen (z. B. aufgrund schwangerschaftsbedingter Arbeitsverbote) sollen künftig sofort ausgeschrieben und noch im laufenden Halbjahr unabhängig von freien Planstellen besetzt werden. Motiviertes Personal darf nicht durch hohe Gebühren abgehalten werden. Wir fordern eine Abschaffung der Verwaltungsgebühren für die Anerkennung von Zeugnissen und Zertifikaten, insbesondere bei Seiteneinsteigern und ausländischen Lehrkräften, und die Abschaffung der Gebühren für die Laufbahnprüfung.

Seiteneinstieg erleichtern – Abschlüsse schneller anerkennen

Wir wollen es kompetenten Seiteneinsteigern und qualifizierten Menschen aus anderen Ländern einfacher machen, im Thüringer Schuldienst anzukommen. Dafür braucht es mehr Geschwindigkeit

bei der Anerkennung von Abschlüssen. Personal des Freistaats aus anderen Bildungsbereichen (z. B. der Hochschule oder der Erwachsenenbildung), das an Schulen tätig werden möchte, wollen wir eine unkomplizierte Anstellung bzw. entsprechende Laufbahnwechsel ermöglichen.

Seiteneinstieg erleichtern – Begleitung in den Job verbessern

Der Seiteneinstieg hat sich im Laufe der letzten Jahre zu einem zusätzlichen Pfad in die Lehrertätigkeit entwickelt. Ziel muss es sein, Personen ohne schulische Erfahrung, aber mit Motivation für diese Tätigkeit zu gewinnen, zu halten und Perspektiven hin zu einer vollständigen Lehrbefähigung aufzuzeigen. Wir wollen einen stufenweisen Einstieg in den Schuldienst etablieren, sodass Seiteneinsteiger je nach ihrer pädagogischen Erfahrung an unterschiedlicher Stelle in die Arbeit an der Schule einsteigen können. Übergänge in den langfristigen Schuldienst müssen transparenten Verfahren folgen. Langfristig wollen wir die Qualifikation zum Seiteneinstieg in den Vorbereitungsdienst integrieren.

Anstellung nach den Regeln der Vertragsfreiheit

In einem modernen Bildungssystem muss der Beamtenstatus nicht der einzige Anreiz für eine Lehrtätigkeit sein. Lehrer und Seiteneinsteiger müssen frei wählen können: Verbeamtung beim Freistaat oder angestellte Beschäftigung mit entsprechender Wahlfreiheit für die Schule. Die Höhe des Gehaltes kann dann mit der Schule verhandelt werden. Das schafft Wettbewerb um die besten Köpfe in den Schulen.

Besetzung und Aufgaben der Schulleitung neu regeln

Um die Attraktivität der Leitungstätigkeit an der Schule zu erhöhen, müssen Besetzungsverfahren und Aufgabenbereiche der Schulleitung angepasst werden. Um den Entscheidungsspielraum im Sinne der eigenverantwortlichen Schule zu stärken, sollen die Aufgaben der Schulleitung künftig auf eine pädagogische und eine kaufmännische Leitung verteilt werden. Wir wollen den Einfluss der Schulkonferenz auf die Besetzungsentscheidung dieser Stellen erhöhen und dem Schulamt einräumen, auf die Stellen bezogene Assessmentcenter durchzuführen.

Multiprofessionelle Teams

Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, Unterstützungslehrer, Aufsichtspersonal und Technikexperten können die Pädagogen an den Schulen unterstützen und entlasten. Die Entscheidung, wer diese Unterstützung leisten soll, wollen wir aber den Akteuren vor Ort überlassen. Unterrichtsmodelle, die eine Form der Zusammenarbeit von mindestens zwei kooperierenden Lehrpersonen beinhalten, welche beide die gemeinsame Verantwortung für das Unterrichten und die gemeinsame Unterrichtsentwicklung tragen (das sogenannte Teamteaching) und die dabei helfen, der Heterogenität in den Klassen und dem Förderanspruch jedes einzelnen Schülers gerecht zu werden, wollen wir erproben und in Berücksichtigung des aktuellen Lehrermangels langfristig flächendeckend etablieren.

Aufstiegschancen auch im Unterricht

Um Leistung zu belohnen, wollen wir in Thüringen ein Beförderungssystem für Lehrkräfte auch in der Schule etablieren. Lehrkräfte müssen nach Erfahrung, Qualifikation und Engagement auch ohne besondere Aufgaben in die Entgeltgruppe A14 befördert werden können, um einen Personalpool zur Belegung höherer Stellen zu schaffen.

Höherer Dienst für Regelschullehrkräfte

Mit der Entscheidung, alle Lehrkräfte nach Entgeltgruppe A13 zu besolden, wurde die Bezahlung für Lehrerinnen und Lehrer über alle Schularten angeglichen. Allerdings wird bei Gymnasial- und

Regelschullehrern noch immer zwischen höherem und gehobenem Dienst unterschieden. Das wollen wir ändern.

Lehrerarbeitszeit neu denken

Die Arbeit von Lehrkräften besteht nicht nur aus der Präsenzzeit im Unterricht. Neben Vor- und Nachbereitung, Evaluation und Bewertung fallen auch Klassenleitertätigkeit, Klassenfahrten, Aufsichten und bürokratische Aufgaben ins Gewicht. Anhand der Erfahrungen aus dem Hamburger Modell der Zeiterfassung wollen wir Arbeitszeiten differenzierter darstellen und den tatsächlichen Arbeitsumfang der Lehrkräfte besser abbilden. Wir sprechen uns für die Etablierung von Lebensarbeitszeitmodellen für Lehrkräfte aus.

Einarbeitung und Integration von neuen Lehrkräften als Teil der Schulkultur

Wir Freie Demokraten wollen insbesondere angesichts des Lehrkräftemangels eine Willkommenskultur für Lehrkräfte schaffen. Neu eingestellte Lehrkräfte sollen gleich zu Beginn alle Informationen über das Thüringer Schulsystem, rechtliche Voraussetzungen, den Thüringer Bildungsplan und ihre entsprechenden Lehrpläne erhalten. Wir wollen den Schulleitungen den Freiraum geben, neue Lehrkräfte erst ein paar Wochen ohne Unterrichtsdeputat in der Schule einzubinden. Sie sollen hospitieren und die Schule kennenlernen. Mentoren im Schulteam sollen sie beim Einstieg unterstützen.

Bildungsreform bundesweit

Abschaffung des Kooperationsverbots

Wir Freie Demokraten wollen uns aus Thüringen heraus für eine Reform der Bildungslandschaft im ganzen Bund einsetzen. Dafür muss Art. 91 a im Grundgesetz um weitere Kompetenzen auf Bundesebene erweitert werden, etwa um die Festlegung einheitlicher Bildungsstandards, bessere Zusammenarbeit bei der Lehrerfortbildung und gemeinsame Projekte zur Verbesserung der schulischen Ausstattung.

Reform der KMK

Die derzeitige Kultusministerkonferenz erfüllt ihren Zweck zur Festlegung gemeinsamer Standards nicht vollumfänglich. Die KMK muss durch eine Bildungskonferenz ergänzt werden, der auch Schulakteure, Praktiker und Experten angehören, die gemeinsame Empfehlungen jenseits landespolitischer Kalküle erarbeiten.

Vergleichbarkeit der Abschlüsse sicherstellen

Wir wollen die Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse innerhalb Deutschlands sicherstellen. Dafür muss sich Thüringen in der KMK für eine Vergleichbarkeit der Inhalte und Kompetenzvermittlung der entsprechenden Schularten unter den Ländern und für eine konsequente Einhaltung und inhaltliche Modernisierung der bereits vorhandenen Regularien wie der EPA oder weiterer KMK-Beschlüsse einsetzen.

Die Einführung einheitlicher Lernziele und Prüfungen muss höchste Priorität haben. Insbesondere die Abiturprüfungen müssen zentral konzipiert und durchgeführt werden, um in einem ersten Schritt Vergleichbarkeit zwischen den Schulsystemen der Bundesländer herzustellen.

Bundesweite Fortbildungsakademie

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Etablierung von bundesweiten Angeboten der 3. Phase der

Lehrerbildung ein. Im Rahmen der digitalen Fortbildungsakademie sollen neue Bildungsangebote bereitgestellt und bestehende Angebote der Länder gebündelt und digital abrufbar gemacht werden. Fortbildungsangebote müssen zwischen den Ländern anrechenbar sein. So werden der Austausch zwischen den Lehrkräften und die Veränderungsfähigkeit der Schulen bundesweit angeregt.

Gute Bildung braucht gute Daten

Die Schulstatistiken der Länder sind lückenhaft und machen eine wissenschaftliche Evaluation aktueller Herausforderungen im Bildungssystem schwer. Wir fordern deshalb die Einführung einer umfassenden einheitlichen OpenData-Plattform für Schulstatistiken auf KMK-Ebene. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die deutschlandweiten Vergleichsarbeiten (VerA) so anpassen, dass für Lehrkräfte bei geringem Aufwand ein möglichst hoher Nutzen für die Unterrichtsentwicklung entsteht.

Berufliche Bildung

Berufsschulen als eigenverantwortliche Akteure

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einführung von Berufsschulen als teilrechtsfähige Anstalten mit eigenem Sach- und Personalbudget ein. Die Eigenverantwortliche Berufsschule wollen wir zunächst in einer Modellregion etablieren, in der alle Akteure der Wirtschafts- und Bildungslandschaft für die Weiterentwicklung von Ausstattung, Fächervielfalt und Inhalten an den Schulen mit ins Boot geholt werden.

Digitalisierung der Berufsbildung

Die Digitalisierung birgt gerade im Bereich der berufsbildenden Schulen große Potenziale zur Verbesserung der Unterrichtsorganisation. Insbesondere dort, wo zwischen Betrieb und Schule lange Wege liegen, wollen wir Möglichkeiten für digitalen Fernunterricht schaffen. Die Ausstattung der Berufsschulen mit zeitgemäßen Maschinen darf weder träger- noch länderseitig an bürokratischen Vorgaben scheitern.

Aufstiegsperspektiven für Fachlehrer

Fachlehrer aus der beruflichen Praxis ohne Hochschulabschluss vermitteln an den Berufsschulen praktisches und theoretisches Wissen. Sie sind anerkannte Mitglieder des Kollegiums, werden von den Auszubildenden geschätzt und haben dennoch keine Aussicht auf eine Anstellung als vollwertige Lehrkraft. Um ihre Arbeit insbesondere in Zeiten des Personalmangels wertzuschätzen, wollen wir einen berufsbegleitenden Aufstiegsstudiengang für beruflich Qualifizierte etablieren, an dessen Ende eine volle Lehrbefähigung mit entsprechender Bezahlung steht.

Zusammenarbeit mit den Ausbildungsbetrieben verbessern

In Thüringen gibt es zahlreiche Betriebe und ausgebildete Fachkräfte, die motiviert sind, ihr Wissen auch an den Berufsschulen weiterzugeben, ohne ihre unternehmerische Tätigkeit einschränken oder aufgeben zu müssen. Wir wollen eine unkomplizierte nebenberufliche Tätigkeit an Berufsschulen verstärkt ermöglichen.

Weltbeste Bildung ein Leben lang

Um jedem die Chance zu geben, sein eigenes Leben selbstbestimmt zu gestalten, brauchen wir eine gute Struktur der Erwachsenenbildung. Wir wollen die Träger der Erwachsenenbildung deshalb

insbesondere im Bereich der Digitalisierung der Angebote unterstützen. Das Thüringenkolleg als Institution zur Erlangung des Abiturs ist für uns fester Bestandteil der Thüringer Bildungslandschaft und darf nicht durch politische Entscheidungen in Frage gestellt werden.

Wissenschaft, Hochschule und Innovation – Eigenverantwortung der Hochschulen ausbauen

Wir Freie Demokraten sehen die Eigenverantwortung der Hochschulen im Freistaat als notwendige Bedingung für eine offene, leistungsfähige und zukunftssichere Hochschullandschaft.

Die Beibehaltung der grundlegenden Führungsstruktur der Hochschulen von operativem Senat und beratendem Hochschulrat wollen wir beibehalten. Jedoch lehnen wir überbordende staatliche Kontrolle der Hochschulen ab und sprechen uns daher für die Abschaffung der vorgesehenen Ministerialperson im Hochschulrat aus.

Ebenso gilt es, den Hochschulen vor Ort mehr Kompetenzen zuzugestehen. Die Kostengrenze für kleinere Bauvorhaben, über die Hochschulen eigenständig entscheiden dürfen, muss stark angehoben werden. Die im Thüringer Hochschulgesetz verankerte Zivilklausel gilt es ebenso abzuschaffen – diese Entscheidung muss den jeweiligen Hochschulen selbst zustehen.

Exzellente Forschung durch weltbeste Rahmenbedingungen

Ausgezeichnete Forschung steht und fällt mit den Forschern an sich. Um unseren Wissenschaftlern die besten Arbeitsbedingungen zu ermöglichen und die besten Wissenschaftler der Welt nach Thüringen zu locken, sind jedoch grundlegende Reformen notwendig.

Wir fordern ein Finanzierungsprogramm für universitäre Forschung in den neuen Bundesländern, für das sich die Thüringer Landesregierung im Bundesrat offensiv einsetzen muss. Eine starke Forschungslandschaft führt mittelbar zu einer starken Industrie und ist so ein elementarer Pfeiler der Entwicklungspolitik in den neuen Bundesländern.

Die Besoldung von (Junior-)Professoren muss dem internationalen Wettbewerb angepasst werden. Wir wollen daher für Professuren nur noch W3-Stellen vorsehen.

Um die prekäre Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbessern, muss die 12-Jahres-Regel im Wissenschaftszeitvertragsgesetz abgeschafft oder zumindest grundlegend reformiert werden. Der akademische Mittelbau zwischen Promotion und Professur ist besonders stark von Unsicherheit betroffen. Wir wollen deutlich mehr PostDoc-Positionen schaffen. Ziel muss es sein, den wissenschaftlichen Mitarbeitern mehr Planungssicherheit zu geben. Die besonderen Bedürfnisse der wissenschaftlichen Mitarbeiter beispielsweise in Bezug auf Arbeitszeitregelungen müssen stärker berücksichtigt werden.

Um steigende Personalkosten abzufedern, ist ein deutlicher Ausbau der Grundfinanzierung der Hochschulen nötig, gegebenenfalls gegenfinanziert durch einen Abbau der projektbezogenen Förderung durch den Freistaat. Die Antragstellung auf projektbezogene Förderung über Mittel des Freistaats muss deutlich vereinfacht und entbürokratisiert werden.

Keine Wissenschaft im Elfenbeinturm – Verbindung zwischen Forschung und Wirtschaft stärken

Wissenschaft ist nicht nur Selbstzweck, denn eine starke Wissenschaft kommt uns allen im Freistaat zugute. Um unsere Thüringer Forschungsergebnisse auch in die Breite zu tragen, wollen wir Freie

Demokraten den Wissenschaftstransfer zwischen den Hochschulen und Thüringer Unternehmen stärken.

Dazu wollen wir die Verbindungen der Thüringer Hochschulen mit der lokalen Wirtschaft ausbauen. Dies ist z. B. über Stiftungslehrstühle, Sponsoring, Stipendien oder Drittmittelprojekte möglich. Es gilt, in diesen Bereichen die Rahmenbedingungen zu verbessern und hinderliche Bürokratie abzubauen. Ebenso muss jede der Thüringer Hochschulen angehalten sein, sich selbst eine Transferstrategie zu geben.

Um akademische Ausgründungen oder Spin-Offs zu unterstützen und attraktiver zu machen, wollen wir die Rahmenbedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen an solchen Ausgründungen erleichtern. Auch muss es Hochschulen möglich gemacht werden, sich über einen hochschulgebundenen Investitionsfonds an hochschuleigenen Ausgründungen (Spin-Offs) zu beteiligen.

Attraktiven Studienstandort Thüringen wahren

Der aktuelle Trend sinkender Studierendenzahlen stellt ein Risiko für die vielfältige Thüringer Hochschullandschaft dar. Um unsere breite Hochschullandschaft zu wahren, ist daher eine offensivere Studentenwerbung notwendig. Hierfür wollen wir einerseits die Werbung an und Kooperationen mit Thüringer Schulen ausweiten, andererseits auch verstärkt auf Werbung für Thüringer Hochschulen in benachbarten Bundesländern setzen, denn den jungen Menschen dort sind oftmals die vielfältigen Optionen und Vorteile eines Studiums in Thüringen nicht bekannt.

Wir Freie Demokraten wollen neue Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen Freistaat und Hochschulen im Bereich der Lehrerbildung schaffen. Wenn der Freistaat die Ausbildung von Lehrkräften in Auftrag gibt, muss die Mitsprache bei den Anforderungen höher gewertet werden. Für uns Freie Demokraten sind angehende Lehrerinnen und Lehrer kein Füllmaterial für die Hörsäle. Wir wollen, dass das Lehramtsstudium auf die Herausforderungen an der Schule vorbereitet ist und genauso einen Einblick in aktuelle Forschung gibt.

Wir Freie Demokraten wollen die Hochschulen stärker im Bereich des lebenslangen Lernens einbinden und auf Weiterbildungs- und berufsbegleitende Studiengänge setzen.

Jugend und Sport

Vielfalt von Angeboten der Jugendarbeit erhalten

Wir Freie Demokraten wollen, insbesondere zur Bekämpfung von Diskriminierung aller Art, die Jugendarbeit in ihrer Vielfalt (d. h. Angebote der Jugendsozialarbeit, der offenen Kinder- und Jugendarbeit etc.) erhalten und durch Abbau von Bürokratie entlasten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine faire Kooperationsatmosphäre zwischen Trägern der Jugendhilfe und den staatlichen Schulen ein.

Jugendparlamente stärken

Wir Freie Demokraten fordern eine gezielte Unterstützung von parteiunabhängigen jugendpolitischen Vernetzungstreffen auf Landes- und Kreisebene. Kinder- und Jugendräte sollen sowohl auf kommunaler Ebene als auch im Landtag durch die Einrichtung einer unabhängigen Jugendkommission mehr Einfluss erhalten.

Demografie-Check modernisieren

Entscheidungen, die heute getroffen werden, können Folgen für die nachkommenden Generationen haben. Wir fordern, die Generationenbilanzierung anhand der Erfahrungen des bestehenden Modells

zu reformieren. Das Beteiligungsverfahren junger Generationen soll künftig im Landtag und nicht mehr durch die Landesregierung erfolgen, um die Einbindung der Ergebnisse in den parlamentarischen Prozess zu verbessern.

Mehr Mittel für Sportstätten

In ganz Thüringen herrscht ein hoher Finanzierungsbedarf für den Erhalt, Aus- und Neubau von Sportstätten. Wir wollen die Mittel für Investitionsmaßnahmen in Sportstätten erhöhen. Grundlage dafür muss ein Sportstättenentwicklungsplan aller Landkreise und kreisfreien Städte sein, der den aktuellen Bestand und den prognostizierten Bedarf der Sportstätten in den Kommunen festlegt und dabei auch landkreisübergreifende Zusammenarbeit einrechnet. Wir setzen uns besonders für den Erhalt und den Neubau vereinseigener Sportstätten ein und verstetigen das Förderprogramm für den vereinseigenen Sportstättenbau auf 2 Mio. Euro pro Jahr.

Ertüchtigung der Thüringer Bäderlandschaft

Wir Freie Demokraten wollen den Sanierungs- und Planungsstau bei den Thüringer Schwimmbädern beseitigen und die Thüringer Schwimmbad-Entwicklungskeuzion erneuern. Besonderer Fokus soll auf die energetische Sanierung der Bestandsbäder sowie die Ausgestaltung der Badeanlagen im Sinne der Barrierefreiheit gelegt werden. Wir wollen einen Prozess starten, der erkennt, ob und wo Kapazitäten aufgebaut werden müssen, um eine sichere Versorgung mit Schwimmsportanlagen zu gewährleisten.

Schwimmen kann doch jeder!

Wir wollen, dass jedes Kind, das in Thüringen die Grundschule verlässt, schwimmen kann. Daher setzen wir uns für eine verbindliche Verankerung des Schwimmunterrichts in den schulischen Lehrplan der Primarstufe ein. In höheren Klassenstufen wollen wir mehr Möglichkeiten und Angebote für die Betätigung als Rettungsschwimmer in den Schulalltag integrieren.

Kooperationen zwischen Kindergarten, Schule und Sportverein verbessern

Wir Freie Demokraten begrüßen, dass sich das Projekt „Bewegungskoaches“ an den Thüringer Schulen bewährt hat. Wir wollen ähnliche Sportfördermaßnahmen durch weitere Kooperationsvereinbarungen mit dem Landessportbund an mehr Schulen anbieten, um so noch mehr Kinder für sportliche Betätigung zu begeistern. Die Mittel für die Finanzierung solcher Projekte wollen wir auf 450.000 Euro erhöhen.

Ehrenämter im Sport entlasten

Die Thüringer Vereinslandschaft lebt maßgeblich vom Ehrenamt. Wir Freie Demokraten wollen diejenigen Vereine unterstützen, die ihren Mitgliedern kostenfrei anerkannte Weiterbildungen im Sportbereich ermöglichen. Dafür soll den Vereinen die Hälfte der Kosten der Weiterbildung erstattet werden. Wir wollen außerdem dazu beitragen, dass die Thüringer Wirtschaft gemeinsam mit dem Sport geeignete Modelle findet, um im Sport oder anderen Vereinen ehrenamtlich Tätigen die Vereinbarkeit mit dem Beruf zu erleichtern.

Heimat für den Mountainbike-Sport

Thüringen bietet geografisch beste Bedingungen, den Mountainbike-Sport als sportliche und touristische Attraktion anzubieten. Wir wollen eine „Mountainbike-Strategie 2030“ unter Beteiligung aller Akteure schaffen und bestimmte Thüringer Regionen als „Mountainbike-Zentren“ mit besonders geeigneten Fahrstrecken und Trailcentern ausweisen. Mountainbiking, insbes. „Cross-Country“ als sportliche Disziplin soll in der Thüringer Sportförderung berücksichtigt werden.

Zukunft des Thüringer Wintersportzentrums

Thüringen beherbergt mit dem Thüringer Wintersportzentrum in Oberhof eine herausragende Sportstätte, die sich international messen lassen kann. Wir streben eine Weiterentwicklung des Standorts unter Beteiligung der Akteure aus Wintersport, Gemeinden und Tourismus an. Synergien, z. B. durch die Integration des Schießsportzentrums Suhl in den Zweckverband, sollen genutzt werden, damit Nutzungskonzepte der Sportstätte außerhalb des Skisports (z. B. im Rahmen der Mountainbike-Strategie) breit diskutiert werden.

Sportvereine nach vorn bringen

Wir Freie Demokraten unterstützen den Thüringer Sport bei seiner Forderung nach einem verbindlichen Zukunftsplan für den Sport in Thüringen. Wir wollen gemeinsam mit dem Landessportbund Thüringen die Vereine über professionelle Beratungs- und Hilfsangebote beim Generationswechsel in den Vorständen und bei der notwendigen Modernisierung von Strukturen und Abläufen unterstützen.

Kreis- und Stadtsportbünde stärken

Auch wenn die Sportvereine in Thüringen vorwiegend durch das unermüdliche Engagement ehrenamtlich Engagierter getragen wird, sind es hauptamtliche Strukturen, die dieses Engagement ermöglichen und nachhaltig erhalten. Daher wollen wir den Landessportbund dabei unterstützen, die Finanzierung der hauptamtlichen Strukturen in Kreis- und Stadtsportbünden sowie in den Sportfachverbänden zu erhalten und zu stärken. Dazu zählen sowohl Trainerstellen im Leistungssport der Fachverbände als auch Unterstützung der Vereine bei Projekten zur Gewinnung von Teilnehmern in Breitensportprojekten und der integrativen Arbeit durch Sport.

Erhalt und Weiterentwicklung der Thüringer Sportgymnasien

Die Thüringer Sportgymnasien spielen in der Thüringer Sportlandschaft eine wichtige Rolle. Sie sind essenziell für die Entdeckung und Weiterentwicklung von Talenten und der gezielten Nachwuchsförderung. Wir wollen gemeinsam mit dem LSB und den Sportschulen ein Konzept für die Weiterentwicklung erstellen, um den langfristigen Erhalt zu sichern.

Thüringer Reisekostengesetz vereinfachen

Wer für sein Ehrenamt unterwegs ist, soll dafür nicht mehr stundenlang Abrechnungen ausfüllen müssen. Wir werden das Thüringer Reisekostengesetz in diesem Sinne vereinfachen und bürokratische Hürden abbauen.

Laufbahn frei für Leistungssportler

Wir wollen dafür sorgen, dass Leistungssportler in Thüringen auch nach ihrer sportlichen Karriere langfristig eine Zukunft haben. Deswegen werden wir Thüringer Leistungssportler bei der Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen in der Thüringer Landesverwaltung besonders berücksichtigen und eine bessere Vereinbarkeit des Sports mit der Ausbildung gewährleisten.

Sport als Teilhabemotor

Die Thüringer Sportvereine tragen nicht nur zur Bewegungsförderung bei, sondern sind wahre Teilhabe- und Integrationsmotoren für unsere Gesellschaft. Sport bringt Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status, Behinderung oder religiöser und politischer Anschauung zusammen. Wir wollen Formate, die den integrativen und inklusiven Gedanken des Sports stärken (z. B. die Special Olympics oder paralympische Turniere), in Thüringen weiter voranbringen.

Assistenzleistungen im Ehrenamt

Auch Menschen mit Behinderungen wollen sich ehrenamtlich im Sport und in anderen Vereinen engagieren. Um Barrieren abzubauen, wollen wir dafür sorgen, dass Assistenzleistungen nach dem Bundesteilhabegesetz auch für ehrenamtliches Engagement nutzbar sind. Darüber hinaus wollen wir es Vereinen einfacher machen, Menschen mit Behinderungen anzusprechen und barrierefreie Vorstandsarbeit, Weiterbildungen, Veranstaltungen und Wettkämpfe umzusetzen.

Kunst und Kultur

Kunst und Kultur bilden eine Triebfeder für unsere zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Sie tragen zu Identitätsbildung, Lebenserfüllung und Selbstfindung des Einzelnen bei und fördern den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir brauchen daher eine vielseitige Kulturlandschaft privater wie öffentlicher Institutionen und Initiativen.

Unser Freistaat verfügt über eines der dichtesten Netze von Theatern, Orchestern, Museen, Burgen und Schlössern in Deutschland. Wir Freie Demokraten sehen Kultur als Bildungs-, Wirtschafts- und damit Standortfaktor, der Thüringen attraktiver macht. Als weicher Standortfaktor gewinnt Kultur gerade im ländlichen Raum in Bezug auf die demografische Entwicklung und den Fachkräftemangel an Bedeutung.

Der Schutz der Freiheit von Kunst und Kultur ist für uns elementar. Kunst und Kultur müssen vielfältig sein und mannigfaltige Aufgaben übernehmen. Ideologische Vorgaben lehnen wir in allen Bereichen der Kunst und Kultur ab.

Kulturfinanzierung krisenfest machen

Angesichts der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Entwicklungen wird es für Thüringer Kommunen immer schwieriger, die Finanzierung von kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen sicherzustellen. Für uns Freie Demokraten ist klar, dieser Entwicklung muss entgegengetreten werden. Gerade im ländlichen Raum stellen diese kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen einen entscheidenden Aspekt zur Steigerung der Lebensqualität dar. Im ländlichen Raum ist das bürgerschaftliche Engagement stark verbreitet. Menschen in kleinen Gemeinden engagieren sich in Sport-, Musik-, Theater- und Heimatvereinen und identifizieren sich so in besonderer Weise mit ihrem Wohnort. Als weicher Standortfaktor gewinnt Kultur im ländlichen Raum in Bezug auf die demografische Entwicklung und den Fachkräftemangel an Bedeutung. In einer globalisierten Welt und einem zusammenwachsenden Europa kommt Kultur zunehmend auch eine Bedeutung für die regionale Identitätsbildung zu. Für uns Freie Demokraten ist daher klar, dass die Vielfalt kultureller Angebote im Land nicht gefährdet werden darf. Daher wollen wir den Kulturlastenausgleich im Kommunalen Finanzausgleich streichen und durch eine Landesfinanzierung ersetzen, um die finanzielle Förderung langfristig abzusichern, die Kulturförderung zu entbürokratisieren und damit den kulturellen Akteuren, Spielstätten und Institutionen Planungssicherheit und Freiräume zur Weiterentwicklung geben.

Für uns Freie Demokraten gehört die wirtschaftliche Eigenverantwortung des öffentlichen und privaten Kulturbetriebes allerdings genauso zur Kulturfinanzierung. Wir Freie Demokraten fordern daher, dass Kultureinrichtungen wirtschaftlich geführt werden müssen. Nicht zuletzt deswegen befürworten und unterstützen wir die Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen.

Kulturelle Bildung als Schwerpunkt der Kulturpolitik

Für uns Freie Demokraten ist die Stärkung der kulturellen Bildung Zukunftsaufgabe und Bildungsziel zugleich. Alle Menschen, die die Möglichkeiten der Kulturarbeit kennenlernen und nutzen können,

schulen ihre Kreativität, ihr Selbstbewusstsein und ihre Kommunikationsfähigkeit. Um ein vielfältiges kulturelles Bildungsangebot zu schaffen, sind abwechslungsreiche Angebote kulturpädagogischer Einrichtungen von wesentlicher Bedeutung. Wir Freie Demokraten wollen hier den Bildungswert für alle Altersgruppen erhöhen und dabei auf die Potenziale wissenschaftlicher und pädagogischer Fachkräfte in den Kultureinrichtungen zurückgreifen. Wir wollen Kooperationsverträge zwischen Kindertagesstätten und Schulen auf der einen und Kunst- und Kultureinrichtungen, Kunst- und Musikschulen und Vereinen auf der anderen Seite fördern. Innerhalb Thüringens planen wir, die Zusammenarbeit verschiedener Kultureinrichtungen, etwa bei Kulturprojekten vor Ort oder bei der Entwicklung digitaler Angebote, zu unterstützen.

Erinnerungskultur in Thüringen stärken

Deutschlandweit werden interkulturelle Begegnung, Toleranz sowie Versöhnung als zentrale Elemente unserer Gesellschaftsordnung immer mehr in Frage gestellt. Für uns Freie Demokraten ist daher klar, dass die Erinnerungskultur in Deutschland gestärkt werden muss, um unsere Demokratie zu stärken und der zunehmenden Verweigerung von Gedenken und Erinnerung an die dunkelste Epoche deutscher Geschichte wirkungsvoll zu begegnen. Auch das in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik begangene Unrecht darf nicht relativiert werden, die umfassende Aufarbeitung der SED-Diktatur muss daher weiter ein wesentlicher Bestandteil der Erinnerungskultur sein.

Entscheidend für die Erinnerungskultur bleiben Zeitzeugen, Gedenktage und Gedenkort. Angesichts des zunehmenden Verlusts an Zeitzeugen sehen wir Freie Demokraten es als zentrale Aufgabe an, persönliche Begegnungen für die heutigen und künftigen Generationen zu bewahren und das Gedenken proaktiv weiterzutragen. Orte, wie die Gedenkstätte Buchenwald, schaffen erfahrbare authentische Begegnung, sehen sich allerdings zunehmend Instrumentalisierungen von rechts ausgesetzt. Ein Bekenntnis und eine Stärkung der Thüringer Gedenkstätten ist daher unverzichtbar. Auch das bürgerschaftliche Engagement und die vielfältigen lokalen Erinnerungsprojekte, wie etwa Stolpersteine, Gedenktafeln oder Dokumentationen, unterstützen wir. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass jeder Thüringer Schüler einmal innerhalb der Schullaufbahn eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus besucht.

Vorankommen durch eigene Leistung

Klarer Kurs für wirtschaftliche Stärke und finanzielle Stabilität

Thüringen steht an einem entscheidenden Wendepunkt, geprägt von der Notwendigkeit, die Abhängigkeit von externen Energiequellen zu reduzieren und die digitale und grüne Transformation zu bewältigen. Daher muss Thüringen wieder auf den Pfad des Erfolgsmodells der sozialen Marktwirtschaft zurückkommen. Das ist unbedingt notwendig. Tatsache ist: Deutschland – und damit auch Thüringen – stagniert als einzige Industrienation. Das Trend-Gefälle ist alarmierend. Für die Umkehr braucht Thüringen einen beherzten Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik. Deshalb ist es dringend geboten, die Idee vom vorgegebenen Ordnungsrahmen, einem freien Wettbewerb und einer wirkungsvollen Sozialpolitik wieder konsequent herbeizuführen. Das wichtigste Mittel, um einen Aufschwung anzukurbeln, ist der Wettbewerb. Die Verteilung eines kleinen Kuchens, wie in der zunehmend anmutenden Planwirtschaft, ist ein Irrglaube. Nur ein größerer Kuchen, also Wirtschaftswachstum, schafft Wohlstand für alle.

Der Staat übernimmt in der sozialen Marktwirtschaft die Rolle des Schiedsrichters: Er überwacht das Spiel, aber er mischt sich nicht ein. Staatsaufgaben sind die Schaffung einer starken Infrastruktur, die Organisation einer qualifizierenden Bildung in allen Bereichen und die Gewährung der inneren

und äußeren Sicherheit. Der Staat setzt zukunftsfähige Rahmenbedingungen mit Planbarkeit und Verlässlichkeit. Das Signal muss lauten: Investitionen in den Standort können sich wieder lohnen.

Thüringen steht aufgrund seiner demografischen Situation vor schwerwiegenden Herausforderungen. Für die Anteilnahme am Erwerbsleben müssen beharrlich stärkere Anreize gesetzt werden. Das ist die Grundphilosophie einer starken Wirtschaftspolitik. Denn sonst droht die Unmündigkeit und dauerhafte Abhängigkeit breiter Bevölkerungsgruppen. Das wäre eine schlechte Basis für wirtschaftliche Dynamiken, die wir jetzt dringend brauchen.

Unternehmertum wird heute im Kräftesystem mit den Komponenten Bürokratie, Demografie mit einhergehendem Fachkräftemangel, Steuern und Bildungsschwäche enormem Druck ausgesetzt. Die sich hier widersprechenden Komponenten werden wir mit einer liberalen Wirtschaftspolitik adressieren:

- Fachkräfte-Zuzug vs. Wohnungsmangel vs. Umwelt- und Klimaschutz
- Digitalisierung vs. Datenschutz vs. Technologieoffenheit
- Sozialsystem vs. Steuersystem vs. Gerechtigkeit

Die Freien Demokraten sind die einzige Partei, die für den Mittelstand mit einer Politik der Mitte eintreten, sowohl auf Arbeitgeber- als auch auf Arbeitnehmerseite.

In einer veränderten Welt müssen Pragmatismus, Ideenreichtum und eine freiheitliche Politik, die die Eigenverantwortung stärkt, im Zentrum stehen. Daher wollen wir neben einer bewährten mittelstandsorientierten Wirtschaftspolitik auch neue Wege für Thüringen vorschlagen, z. B. eine Sonderwirtschaftszone, in der mehr Spielraum für Pilotprojekte aus Wirtschaft, Forschung und Entwicklung möglich ist.

Thüringen ist modern und hat viel Potenzial. Besinnen wir uns wieder auf die Stärke, die Lehre und Lebenserfahrung des „Tüftler“-Freistaates Thüringen. Wir können den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen in Thüringen mehr zutrauen, denn die Kernkompetenz zur Stärkung der Thüringer Wirtschaft liegt bei den Unternehmen. Mit den Schwerpunkten Innovation und Kreativität sind sie der Motor. Die FDP Thüringen steht dabei fest an der Seite des Thüringer Mittelstandes sowie der ganzen Thüringer Wirtschaft und setzt chancenreiche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

Bürokratieabbau JETZT!

Für ein zukunftsfähiges Thüringen: Schneller, digitaler, effizienter

Wir schaffen die Grundlagen und Voraussetzungen für ein starkes wirtschaftliches Wachstum, wollen Innovationen fördern und Thüringen als attraktiven Standort für Unternehmen und Fachkräfte stärken. Wir stehen für eine Politik, die Hürden abbaut, Chancen eröffnet und die Zukunft Thüringens aktiv gestaltet.

Wir setzen uns für eine zeitliche Begrenzung von Gesetzgebungen und Verordnungen ein, um eine regelmäßige Überprüfung ihrer Notwendigkeit und Wirksamkeit sicherzustellen. Zudem befürworten wir die Einführung der „One in, two out“-Regelung, die für jede neue Vorschrift die Streichung zweier bestehender verlangt, um eine Zunahme der Regelungsdichte zu verhindern. Es ist uns ein Anliegen, nicht mehr zeitgemäße oder unnötige Bestimmungen zu eliminieren und die Überprüfung von Bürokratiekosten bereits während des Gesetzgebungsprozesses zu standardisieren. Wir fordern die Erprobung neuer Regelungen in einem kontrollierten Rahmen, wobei die Absenkung von Standards zu akzeptieren ist.

Innovation und Wachstum durch Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Die FDP Thüringen setzt sich für eine umfassende Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ein. Unser Ziel ist es, Thüringen an die Spitze der Bundesländer zu bringen, wenn es um Effizienz, Innovation und Wachstumsförderung geht. Dazu gehört:

- die Ernennung von Modellregionen für innovative Ansätze
- die Verkürzung von Dokumentationsfristen
- die Reduzierung der Häufigkeit von Sozialversicherungs- und Betriebsprüfungen
- die Intensivierung des direkten Datenaustauschs zwischen Behörden zur Vermeidung doppelter Datenerfassung (Once-Only-Prinzip: einmalige Dateneingabe)
- die strikte Umsetzung von EU-Vorgaben ohne zusätzliche nationale oder weitere länderspezifische Auflagen
- sowie die Vereinfachung des Vergaberechts auf Bundes- und Länderebene, einhergehend mit der Forderung der Abschaffung des Vergabemindestlohns und der Tariftreuepflichten

Entbürokratisierung und Effizienzsteigerung

Wir wollen die bürokratischen Hürden abbauen und die Erfahrungen aus erfolgreichen Projekten aus dem In- und Ausland auf breiter Basis anwenden. Unser Fokus liegt auf der Schaffung eines unternehmerfreundlichen Klimas, in dem Projekte nicht durch übermäßige Vorschriften ausgebremst werden.

Konsequente Umsetzung des Bund-Länder-Pakts

Wir wollen eine lückenlose Implementierung der im Beschleunigungs-Pakt vereinbarten Gesetzesänderungen. Wir Freie Demokraten setzen uns für klare und verbindliche Fristen, Genehmigungsfiktionen, Stichtagsregelungen und die Möglichkeit eines vorzeitigen Baubeginns ein, um die Verfahrensdauer signifikant zu verkürzen.

Vereinfachung der Genehmigungsverfahren

Wir streben eine deutliche Reduzierung der Genehmigungs- und Prüfpflichten an. Durch höhere Bagatellschwellen und den Ersatz von Genehmigungs- durch Anzeigepflichten soll der Aufwand für Unternehmen minimiert werden. Unnötige Gutachten und Nachweise wollen wir über alle Gesetze hinweg reduzieren.

Vollständige Digitalisierung der Verfahren

Wir setzen uns für die Einführung einer (bundesweiten) digitalen Plattform ein, um alle Verfahrensschritte effizient und transparent zu gestalten. Die Digitalisierung wird die Bearbeitungszeiten verkürzen und das Once-Only-Prinzip umsetzen, welches die Mehrfach-Einreichung von Daten vermeidet.

Fachkräfteeinwanderung – Verfahren vereinfachen und beschleunigen

Für eine gelungene Integration zugewanderter Fachkräfte braucht es Pragmatismus. Die Unternehmen

und Kommunen benötigen dringend eine Entlastung vor Überforderung. Die Unternehmen müssen selbst entscheiden dürfen, wer bei ihnen arbeiten kann. Wir setzen uns für eine vorrangige Bearbeitung von ausländischen Arbeitskräften bei den Behörden ein. Wir wollen bundesweit einheitliche und zügige Visa, Aufenthalts- und Berufsanerkennungsverfahren etc. Wir unterstützen, dass Menschen mit Berufserfahrung auch mit einem Arbeitsvertrag und einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro zu uns kommen können. Die Einführung einer Clearingstelle mit ausreichend Kompetenzen und Kapazitäten, welche bundesweit für alle praktischen Fragen seitens der Unternehmen und Behörden zur Verfügung steht, wollen wir vorantreiben.

Wir wollen eine Thüringer Strategie, wie man Fachkräfte erreichen und anwerben will, etablieren. Bundesweit und im Ausland muss noch zielgerichteter über den Arbeits- und Wohnort Thüringen informiert und geworben werden, Unternehmen müssen bei der Gewinnung von Fachkräften noch intensiver unterstützt werden. Die Attraktivität der Region und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Fachkräfte muss gestärkt werden, beispielsweise indem sich die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten und die Taktungen der ÖPNV stärker an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren.

Es sollen Anreize geschaffen werden, um den Nachwuchs direkt in den handwerklichen Betrieb miteinzubringen. Hierfür schlagen wir vor, dass in den Schulen handwerkliche Kurse angeboten werden sollen. Es muss aber ein Gesamtkonzept ausgearbeitet werden, wodurch auch die Ausbildungsstätten gestärkt werden sollen. In der Nachwuchsförderung darf aber nicht das Thema Bürokratie aufkommen. Um den handwerklichen Beruf attraktiv zu gestalten, müssen Hürden abgebaut werden. Dies geht aber nur Hand in Hand mit Technologien und Innovationen, um den Standort weiter wettbewerbsfähig zu halten.

Zukunftsorientierte Steuerpolitik für Thüringen: Wachstum fördern, Bürokratie abbauen

Die FDP Thüringen setzt sich für eine Steuerpolitik ein, die den Wirtschaftsstandort Thüringen stärkt, Investitionen fördert und die Bürokratie für Unternehmen und Bürger spürbar reduziert. Unser Ziel ist es, durch gezielte Maßnahmen ein wettbewerbsfähiges Umfeld zu schaffen, das Wachstum und Innovation fördert und gleichzeitig die Finanzierung essenzieller Staatsaufgaben wie Bildung, Sicherheit, Gesundheit und Infrastruktur sicherstellt.

Wir wollen Maßnahmen ergreifen, mit denen für alle Unternehmen ein international wettbewerbsfähiges Niveau der Steuerbelastungen von höchstens 25 Prozent erreicht wird. Unseren Fokus legen wir auch darauf, die Insolvenzanfechtung weiter zu entschärfen. Die 2017 in Kraft getretene Reform der Insolvenzanfechtung war aus Sicht der Insolvenzgläubiger ein zu kleiner Schritt. Die Anfechtungsfristen sind nach wie vor zu lang und die Beweiserleichterungen für Insolvenzverwalter gehen zu weit.

Dienstleistungsorientiertes Finanzamt: Partner der Wirtschaft

Das Finanzamt soll als Dienstleister agieren, der Unternehmen und Gründer unterstützt, statt sie als Bittsteller zu behandeln. Durch eine stärkere Serviceorientierung der Finanzämter und Vereinfachung administrativer Prozesse fördern wir den unternehmerischen Geist und die Gründungsdynamik in Thüringen.

Als FDP Thüringen sind wir dafür, dass eine steuerliche FuE-Förderung in eine umfassende Steuerreform eingefügt werden muss und nicht zulasten der bewährten themenoffenen Projektförderung geht.

Innovative Gewerbesteuer: Anreize für effiziente Arbeitsplätze

Wir setzen uns für die Ablösung der traditionellen Gewerbesteuer durch eine moderne, auf Arbeitsplätze bezogene Kopfsteuer ein. Dies soll Kommunen eine verlässlichere Einnahmequelle bieten und Unternehmen Anreize zur Automatisierung und Effizienzsteigerung geben, ohne die Schaffung wertvoller Arbeitsplätze zu bestrafen.

Vereinfachung der Abschreibungsregeln

Die Vereinfachung und Modernisierung der Abschreibungsregeln sind essenziell, um Investitionen in moderne Technologien und die Digitalisierung zu beschleunigen. Klar definierte und vereinfachte Abschreibungsmodalitäten stärken die Investitionskraft der thüringischen Wirtschaft.

Flexibilisierung der Arbeitswelt: Fachkräfte fördern

Um die Flexibilität im Arbeitsmarkt zu erhöhen und Fachkräfte zu entlasten, sollen bis zu 100 Überstunden pro Jahr steuer- und abgabenfrei gestellt werden. Dies fördert die Arbeitsmotivation und unterstützt Unternehmen in arbeitsintensiven Phasen. So können Arbeitszeiten individueller und flexibler auf die Wochentage aufgeteilt werden, um auf Nachfrageschwankungen flexibel reagieren zu können.

Wir fordern eine einheitliche Regelung bei den Ausnahmen vom Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit gemäß den Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts. Neben einer Anpassung der Thüringer Bedarfsgewerbeverordnung wird eine einheitliche Ausnahmeregelung für Unternehmen, die sich mit der Entgegennahme von nicht verschiebbaren Aufträgen, der Auskunftserteilung und der Beratung per Telekommunikation befassen, im Arbeitszeitgesetz angestrebt.

Rentner entlasten

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass Rentnern die Möglichkeit gegeben werden soll, bis zu 2.000 Euro pro Monat steuer- und abgabenfrei hinzuverdienen. Dies stärkt die Kaufkraft und ermöglicht es erfahrenen Fachkräften, weiterhin aktiv am Arbeitsmarkt teilzunehmen.

KMUs unterstützen

Wir unterstützen die Anhebung der Größenklassen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), um die bürokratischen Lasten zu verringern. Auch die Einführung von Bagatellgrenzen erachten wir für sinnvoll, um Unternehmen und Behörden zu entlasten.

Auch setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, die KMU-Definition, die unter anderem für EU-Maßnahmen in den Bereichen Wettbewerb (staatliche Beihilfen), Strukturfonds sowie Forschung und Innovation herangezogen wird, mit Blick auf die Potenziale der vielen mittelgroßen, wachstums- und innovationsstarken Unternehmen anzupassen. Dies umfasst:

1. die Erhöhung der Schwellenwerte zum Jahresumsatz (derzeit 50 Mio. Euro) und zur Jahresbilanzsumme (derzeit 43 Mio. Euro);
2. die Erhöhung der Schwellenwerte für die Mitarbeiterzahl auf bis zu 500 Beschäftigte (derzeit 250);
3. die Erhöhung der Schwellenwerte, ab denen ein Unternehmen nicht mehr als eigenständig gilt (derzeit 50 Prozent Beteiligung und 1,25 Mio. Euro Beteiligung);
4. die Ausdehnung der Phase, innerhalb der ein Unternehmen seinen KMU-Status auch bei Überschreiten der Schwellenwerte beibehält (derzeit zwei Jahre) sowie die Schaffung

eines klaren Regel-Ausnahme-Verhältnisses für verbundene Unternehmen, die nur dann in die Berechnung des KMU-Status einzubeziehen sind, wenn sie tatsächlich auch von der konkreten Sonderregelung profitieren.

Fundament des Thüringer Wohlstandes

Wir wollen ein Miteinander auf Augenhöhe, bei dem Unternehmer nicht mehr „pro forma“ unter Generalverdacht gestellt, sondern als „ehrbarer Kaufmann“ geschätzt werden. Dies schafft ein gerechteres und effizientes Umfeld für den Mittelstand, der das Rückgrat der thüringischen Wirtschaft bildet.

Mit diesen Maßnahmen will die FDP Thüringen den Weg für ein zukunftsfähiges, wettbewerbsorientiertes und sozial ausgewogenes Steuersystem ebnen, das den Standort Thüringen nachhaltig stärkt und für die Herausforderungen der Zukunft rüstet.

Libérale Öffnungszeiten

Für eine flexible Gesellschaft befürwortet die FDP Thüringen liberale Ladenöffnungszeiten, die den Bedürfnissen der Konsumenten entsprechen und mehr unternehmerische Freiheit bieten. Wir streben an, die Öffnungszeiten auf sieben Tage die Woche zu erweitern und Anpassungen für verkaufsoffene Sonntage vorzunehmen. Wir wollen, dass unter anderem inhabergeführte und automatisierte Verkaufsstellen sonntags geöffnet bleiben dürfen, während weitergehende Sonntagsöffnungen in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen fallen sollen.

Eine Begrenzung von der Samstagsarbeit auf zwei Samstage pro Monat im Einzelhandel lehnen wir strikt ab und setzen uns für Gesetze ein, die flexible Handlungsmöglichkeiten für Unternehmen unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten schaffen.

Wirtschaftliche Offenheit und internationale Kooperationen

Die FDP Thüringen setzt sich für eine kluge Handelspolitik ein. Die Thüringer Unternehmen leben vom globalen Wettbewerb. Gleichzeitig profitieren die Thüringer Konsumenten von einem breiteren und günstigen Warenangebot, das durch den internationalen Handel möglich wird. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Protektionismus, gesteigener geopolitischer Risiken und einer geringeren Wettbewerbsfähigkeit benötigen wir eine kluge EU-Handelspolitik und eine ambitionierte EU-Wettbewerbsagenda.

Die Rentabilität von Biogasanlagen fördern

Der Betrieb von Biogasanlagen muss sich in Thüringen wieder lohnen. Dass der Preis von 22 auf 16 Cent abgestuft wurde, schwächt den Standort. Thüringen muss die Rentabilität der Biogasanlagen fördern und weiter investieren, damit die gesetzlichen Auflagen erfüllt werden.

Weltmärkte für Thüringer Unternehmen öffnen

Über die Hälfte der außereuropäischen deutschen Exporte ist nur durch WTO-Regeln abgedeckt. Über die Hälfte der auslandsaktiven Unternehmen wünscht sich zur Unterstützung ihrer Diversifizierungsbemühungen ehrgeizige Handelsabkommen mit wichtigen Handelspartnern (Quelle: Going International 2023), um die Weltmärkte für Thüringer Unternehmen zu öffnen und die Lieferketten abzusichern und zu diversifizieren.

Wir werden auf die Bundesregierung einwirken, sich für die rasche Ratifizierung der EU-Abkommen

mit Chile, Neuseeland und Kenia sowie für den Abschluss der Abkommen mit Mercosur, Indien, Indonesien, Mexiko, Thailand und Australien einzusetzen. In einer sich verändernden vielseitigen Welt ist das zur Sicherung der einheimischen Wirtschaft unabdingbar.

WTO Online-Plattform Trade4MSMEs ausbauen und unterstützen

Die Ende 2023 gestartete WTO Online-Plattform Trade4MSMEs werden wir unterstützen. Sie enthält handelsrelevante Informationen und Leitfäden mit den wichtigsten Handelsdokumenten, die Unternehmen für die Ausfuhr oder Einfuhr in verschiedene Märkte benötigen, sowie die vertraglichen Aspekte und Fragen des geistigen Eigentums, die berücksichtigt werden müssen. In den Leitfäden wird auch erläutert, wie KMUs Zugang zu Handelsfinanzierungen erhalten und wie sie mit möglichen Handelsstreitigkeiten umgehen können.

EU-Regelungen konsequent entbürokratisieren

Das Bürokratiemonster Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz muss abgeschafft sowie die Lieferkettenrichtlinie der EU ausgesetzt werden. Beide tragen nicht zur Verbesserung der Bedingungen in den jeweiligen Ländern bei. Wachsende Bürokratie und Haftungsrisiken, der daraus resultierende Rückzug der Unternehmen aus den Ländern und ausbleibende Investitionen würden weder Menschenrechte schützen noch für Wohlstand und Zukunftsperspektiven in den betroffenen Ländern sorgen. Wir sind gegen bürokratische Papiertiger, die die Lage sowohl der Unternehmen als auch für die Menschenrechte schlimmer machen.

Wir schlagen daher eine Whitelist vor, die von Seiten der Regierung zur Verfügung gestellt wird und die Unternehmen von Haftungen befreit, für die sie nicht bürgen können. Wir wollen bei der Vielzahl an Nachhaltigkeitsregulierungen viel stärker den Austausch mit Handelspartnern fördern, setzen auf eine unbürokratische Ausgestaltung und werden die Unternehmen bei der Umsetzung unterstützen.

Außenhandelspolitik auf Augenhöhe mit den Unternehmen

Die FDP Thüringen ist gegen einen staatlich gelenkten Außenhandel und eine staatliche Prüfung von Auslandsinvestitionen. Entscheidungen über Lieferketten sollten von Unternehmen getroffen werden. Beschlüsse der Politik zum Schutz der nationalen Sicherheit, etwa bei der Reduzierung kritischer Abhängigkeiten, sollten im Austausch mit der Wirtschaft erfolgen.

Die FDP Thüringen setzt sich für Praxisnähe bei der anstehenden Reform der EU-Zollunion ein. Hierzu gehören vor allen Dingen ein zeitnahe Abbau komplexer Zollbestimmungen und -tarife, ein effektives gemeinsames Risikomanagement und die Umsetzung von in der Vergangenheit versprochenen Erleichterungen für autorisierte Wirtschaftsbeteiligte (AEO), die zu über 70 Prozent aus KMU bestehen.

EU-Wirtschaftspolitik vernünftig auf Landesebene bringen und Bürokratiebremsen wirklich nutzen

Der Großteil der wirtschaftsrelevanten Gesetze entsteht mittlerweile in Brüssel. Die FDP Thüringen setzt sich für wirtschaftlich vernünftige Regeln mit Augenmaß sowie für einen Abbau der Bürokratielast ein. Gleichzeitig fühlen wir uns verantwortlich für eine schlanke und praxisorientierte Implementierung der EU-Regulierungen in Thüringen. Daher setzt sich die FDP Thüringen weiterhin dafür ein, dass neue Berichts- und Offenlegungspflichten nicht unverhältnismäßig bürokratisch gestaltet und umgesetzt werden. Wir sind für eine konsequente Senkung von Berichtspflichten.

Papier-Tiger der EU-Bürokratie abbauen und verhindern

Wir machen uns dafür stark, dass es keine neuen Gesetze gibt, die die Unternehmen zusätzlich belasten.

Bestehende EU-Bürokratie muss konsequent abgebaut werden. Wir setzen uns für eine praxisorientierte Rechtsetzung ein, die die Umsetzbarkeit der Vorschriften im Betriebsablauf berücksichtigt und den Aufbau neuer Bürokratie von vornherein verhindert.

Die von der EU-Kommission bisher vorgestellten Bürokratieabbau-Maßnahmen sind nicht ausreichend. Hinzu kommt, dass die Fülle von Normen von den Unternehmen beachtet und umgesetzt werden muss. Die Umsetzung ist oftmals mit hohen Kosten verbunden. Wir wollen daher die IHK-Vorschläge für den Bürokratieabbau aufgreifen und für weitreichende Entlastungen sorgen, damit die Erleichterungen auch für KMU greifen können. Die FDP ist für das sog. „German Vote“ bekannt. Das heißt, wir setzen uns konsequent dafür ein, dass die EU regelmäßig weitere Vorschläge für die Kürzung von Berichtspflichten sowie Bürokratie-Lasten entwickelt und umsetzt.

Echte Entlastung mit „One in, two out“-Regel

Damit wir bei der Bürokratieentlastung ernsthaft und wirklich vorankommen, wollen wir in der EU darauf einwirken, dass die „One in, one out“-Regel zu einer „One in, two out“-Regel weiterentwickelt wird. Damit würden mit jeder neuen Vorgabe zwei bestehende entfallen. Die Regel wirkt dann nicht nur als reiner Kompensationsmechanismus für neue Regulierungen, sondern führt zu echten Entlastungen und als wirksame Bürokratiebremse.

Europäische Fachkräfteagentur

Die EU bietet Chancen zur europäischen Entwicklungszusammenarbeit und für die Fachkräftegewinnung in Thüringen sowie die Fachkräfteentwicklung im Drittstaat.

Die FDP Thüringen versteht Einwanderungspolitik als Chancen-Politik – sowohl für Thüringen als auch für die Menschen, die zu uns kommen wollen. Wir schlagen daher die Gründung einer europäischen Fachkräfte-Agentur als einen Meilenstein einer geregelten Zuwanderungspolitik vor.

Voraussetzung für eine für beide Seiten gewinnbringende Einwanderung bleibt, über ausreichende Sprachkenntnisse und eine Berufsqualifikation zu verfügen. Die gezielte Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten, die nach einem kriterienbasierten Punktesystem ein Arbeitsvisum erhalten können, wollen wir zukünftig mit der Gründung einer europäischen Fachkräfte-Agentur und mithilfe von europäischen Ausbildungszentren in Drittstaaten unterstützen. Diese Zentren sollen, in Abstimmung mit dem europäischen PES-Network und in Kooperation, beispielsweise mit den Industrie- und Handelskammern (IHK) sowie den Handwerkskammern (HWK), Sprachkurse, duale Berufsausbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen anbieten. Ausbildungsziel ist, dass erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen dieser Zentren nach einem Punktesystem ein Arbeitsvisum erhalten können.

Durch diese europäischen Ausbildungszentren gewinnen die EU, Thüringen und das Herkunftsland gleichzeitig. Einige Absolventinnen und Absolventen werden nach dem Punktesystem kein Arbeitsvisum erhalten und als qualifizierte Fachkräfte im Drittstaat verbleiben. Damit wird eine erwünschte Fachkräftezuwanderung effektiv und effizient nach europäischen Kriterien gesteuert und einer illegalen Wirtschaftsmigration der Boden entzogen. Die neuen Angebote sollen ihre Wirkung wie ein Goethe-Institut für Ausbildungsberufe entfalten.

Real-Labor Thüringen: „Eine Vision für Thüringen“ umsetzen!

Thüringen steht vor der riesigen Herausforderung einer alternden Gesellschaft, was sich in unserem kleinen ländlich geprägten Bundesland besonders bemerkbar macht. Das Altenburger Land z. B. war 2022 eines der zwei Kreise mit der ältesten Bevölkerung bundesweit. Als FDP Thüringen fordern wir daher radikale und mutige Maßnahmen, um das Leben und Investieren in Thüringen wieder attraktiv

zu machen und sowohl junge Familien als auch Unternehmen nach Thüringen zu holen und langfristig hier zu halten.

Als kleines Bundesland mit nur 2,14 Mio. Einwohnern bietet sich Thüringen für so ein innovatives Aktivierungsprogramm an, das sich an ein in der Wissenschaft als sog. Real-Labor bekanntes Programm anlehnen könnte. Ein solches Aktivierungsprogramm würde es uns erlauben, Policies einzuführen, zu testen und wissenschaftlich zu begleiten, die unter der aktuellen nationalen Gesetzgebung sonst so nicht umgesetzt werden könnten. Solche Initiativen sind z. B.

- eine Grunderwerbsteuer von 0 % für selbstgenutztes Eigentum im Ersterwerb
- gegebenenfalls Senkung der Grundsteuer auf 0 % für selbstgenutztes Eigentum
- günstige oder gar zinsfreie Kredite für junge Familien zum Ersterwerb von selbstgenutztem Eigentum und zur energieeffizienten Modernisierung/Sanierung von selbstgenutztem Eigentum
- Lockerung der strengen Vorgaben des Heizungsgesetzes für selbstgenutztes Eigentum
- Steuererleichterungen für junge Familien, beispielsweise durch Anrechnung des Steuerfreibetrags für jedes im selben Haushalt lebende Familienmitglied inkl. minderjährigen Kindern
- Förderung von Umnutzung von leerstehenden Gebäuden im ländlichen Raum
 - zu Co-Working Spaces für Arbeitnehmer, die räumlich und zeitlich flexibel arbeiten können
 - zu Räumen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens und flexiblen Nutzung für Veranstaltungsreihen etc. (beispielsweise Kino, Theater, Ausstellungen nach dem Vorbild des Erfurter Kulturquartiers)
- Förderung von Einrichtung von Gremien und Tools, um Initiativen aus der Bevölkerung zur Steigerung der Attraktivität des Lebens in ihrer Region zu sammeln und (finanziell) zu unterstützen
- Förderung von Initiativen aus der Bevölkerung zur verbesserten Koordination für Fahrgemeinschaften und Fahrdiensten zur Unterstützung der weniger mobilen Bevölkerung
- Förderung von Investitionen zur Erweiterung des flexiblen, bedarfsgerechten Angebots für Fahrdienstanbieter im ländlichen Raum zur besseren Anbindung an größere Städte
- Förderung von Einrichtung von Shuttle-Services für einen einfachen Transport aus ländlichen Regionen zu bestimmten Veranstaltungen und Terminen, über die die Gemeinschaft gemeinsam entscheiden kann (z. B. zu Konzerten, Theater-Aufführungen oder anderen kulturellen Veranstaltungsreihen in den größeren Städten)
- Einrichtung eines dezentralen Netzes an Willkommensbeauftragten, die sich im Rahmen eines landesweiten Willkommenscenters und in Kooperation mit den IHKs, HWKs, DEHOGA und anderen geeigneten Organisationen koordinieren. Ihre Aufgaben sollen sich am Vorbild des Willkommenscenters der Jenaer Wirtschaftsförderungsgesellschaft orientieren. Dazu gehört, vor Ort ihre Dienste zum leichteren Einleben im neuen Umfeld anzubieten und bei Bedarf gegebenenfalls zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen zu vermitteln. Ähnliche Modelle gibt es z. T. auch bereits zur Integration von Geflüchteten. Die Einrichtung dieser dezentralen Willkommensbeauftragten soll dazu beitragen, aktiv sowohl deutsche als auch ausländische junge Familien ins schöne Thüringen zu holen, wo sie sich zu relativ günstigen Lebenshaltungskosten schnell etwas Eigenes erwerben oder aufbauen können

sollen. Zu den Aufgaben der Willkommensbeauftragten soll auch gehören, bei der Suche nach orts-unabhängigen Jobs zu unterstützen, wenn möglich und gewünscht.

- Vergünstigung der Energiepreise, beispielsweise durch Erlassung der Leitungspreise

Thüringen neu entdecken – Tourismus als Impulsgeber für Thüringen

Tourismus ist weit mehr als ein Wirtschaftsfaktor; er ist eine Bühne, auf der Thüringen auf dem Weg zum Tourismusland bestens seine kulturelle Vielfalt, seine kulinarischen Genüsse, seine Offenheit und sportliche Dynamik präsentieren kann. Nicht nur schafft der Tourismus Arbeitsplätze und belebt lokale Wirtschaftskreisläufe, er trägt auch zur Bewahrung unseres natürlichen und kulturellen Erbes bei und steigert die Lebensqualität aller Thüringerinnen und Thüringer. Mit Blick auf die derzeitigen Herausforderungen gilt es mit der Fortschreibung der Thüringer Tourismusstrategie über das Jahr 2025 hinaus, die Themen Klimaneutralität/Umwelt- und Naturschutz aufgrund des aktuellen Waldumbaus stärker in den Fokus zu rücken, innovative Konzepte zur Fachkräftesicherung und Digitalisierung voranzutreiben und die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen nationalen wie internationalen Destinationen anzugehen.

Strategische Entwicklung und Vernetzung

Unser Ziel ist es, die Potenziale des Tourismus in Thüringen umfassend zu nutzen. Wir streben eine enge Verzahnung der touristischen Angebote aller Regionen an, unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Besonderheiten. Dazu gehört die Entwicklung von Leuchtturmprojekten, die Anziehung von Investoren und die Schaffung von Anlässen, die Gäste immer wieder nach Thüringen ziehen. Unser Ziel muss die Sichtbarkeit unserer „Hidden Champions“ sein. Burgen, Schlösser, Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen – von den Theatern bis zu den unzähligen Festivals – müssen außerhalb des eigenen Bundeslandes sichtbar werden.

Innovation und Kreativität als Treiber

Wir möchten die Erfolgsgeschichten aus den Regionen nutzen, um Innovation und kreative Lösungen zu fördern. Einzigartige Konzepte und Angebote sollen Touristen unabhängig von der Wetterlage anziehen und die Angebotsvielfalt für Einheimische und Besucher bereichern. Erfolgreiche Tourismusländer, wie z. B. Österreich mit seiner Regionen-Vermarktung, nehmen wir als Vorbild und Anknüpfungspunkte.

Finanzierung für Investitionen im Tourismus und in Gastronomie erleichtern

Als FDP Thüringen sind wir dafür, dass Gründungen und Unternehmensübergaben bzw. Betriebsübernahmen im Tourismus und in der Gastronomie erleichtert werden. Außerdem unterstützen wir eine tourismus-spezifische Sparte der Bürgschaftsbank Thüringen, welche gefördert werden muss.

Stärkung der Thüringer Tourismusinfrastruktur

Eine effektive Gesamtvermarktung und die Optimierung der Strukturen der Tourismusorganisationen sind essenziell. Die Thüringer Tourismus GmbH soll als zentrale Schnittstelle fungieren, um die Vernetzung regionaler Akteure zu fördern und Thüringen optimal zu vermarkten. Gleichzeitig empfiehlt sich eine finanzielle Stärkung der DMO's – der touristischen Regionen – zur gezielten Produktgestaltung, die über die Ideenentwicklung hinaus geht.

Qualität und Kooperation im Fokus

Wir setzen uns für die Schaffung von Anreizen ein, die das Kooperationsklima verbessern und bestehende Strukturen bündeln. Ein Thüringer Qualitätssiegel, eine einheitliche Thüringen-Card und ein Genuss-Label wie z. B. „So schmeckt Thüringen“ könnten hier wichtige Instrumente, Thüringen-Botschafter und Identifikations-Marker sein.

Zukunftstrends gezielt nutzen

Die Weiterentwicklung des Erholungs- und Aktivtourismus ist für uns von gleicher Bedeutung. Durch die Berücksichtigung aktueller Trends und die Schaffung spezifischer Reiseanlässe wollen wir neue Zielgruppen gewinnen und die Attraktivität Thüringens steigern.

Thüringen fahrradfreundlicher gestalten

Die bereits von der FDP Thüringen in den Landtag eingebrachte Mountainbike-Strategie wollen wir konsequent zur Umsetzung bringen. Mit dem Radverkehrskonzept 2.0 für den Freistaat Thüringen – „Thüringen steigt auf“ – ist die Handlungsgrundlage für die Radverkehrspolitik der Landesregierung bis 2030 gelegt, aber Platz 12 in der ADFC-Radreiseanalyse ist für uns weiterhin gemessen an den Investitionen und Potenzialen nicht akzeptabel. Zur Stärkung des touristischen Radverkehrs und des Alltagsradverkehrs in Thüringen sind die Entwicklung, Umsetzung und qualitative Aufwertung des radtouristischen Landesnetzes nötig.

Wesentliches Element dabei ist die Unterstützung zur Anschaffung von Fahrradträgern und Fahrradanhängern für Busse vor allem im ländlichen Raum.

Vernetzung und Digitalisierung

Ein touristisches KMU-Netzwerk soll die Basis für eine gemeinsame Entwicklung der Trendthemen Digitalisierung, Umweltschutz und nachhaltiges Reisen bilden. Moderne Technologien und KI-Anwendungen im Tourismus sollen verstärkt genutzt und durch gezielte Schulungen unterstützt werden.

Bürokratieabbau und Investitionsförderung

Wir setzen uns für eine Vereinfachung der bestehenden Förderstrukturen ein, um Investitionen in den Tourismussektor zu erleichtern und die Infrastruktur weiter auszubauen.

Touristische Angebote inklusiv denken

Die Erweiterung barrierefreier Angebote ist uns ein wichtiges Anliegen, um Thüringen für alle Menschen zugänglich und erlebbar zu machen. Dieses muss aus unserer Sicht in der Thüringer Tourismusstrategie mehr in den Fokus gerückt werden. Dazu gehört, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, relevante Ausflugsziele barrierefrei gestalten zu können.

Den Verlust von Gastgebern stoppen!

Nach der Rücknahme der Steuererleichterung durch die Bundesregierung gilt unsere volle Unterstützung der gebeutelten Hotel- und Gastronomie-Landschaft, insbesondere in ländlichen Regionen.

Wir möchten innovative Konzepte und Gründungen im Tourismusbereich erleichtern und die Freude am Gastgewerbe wiederbeleben. Ein spezielles Förderprogramm soll die Übernahme bestehender Betriebe erleichtern und wir wollen die Expertise in der Unternehmensnachfolge in diesem Bereich bündeln, um effiziente Maßnahmen zukunftsweisend entwickeln zu können.

Touristische Potenziale in Thüringen voll ausschöpfen

Als FDP Thüringen sind wir der Meinung, dass wir die langfristigen Auswirkungen des Klimawandels anerkennen und so auch touristische Angebote langfristig neu ausrichten müssen. Dazu gehört, dass sich z. B. durch den Anstieg der durchschnittlichen Temperatur die Weinregionen in Thüringen (Saale-Unstrut) potenziell vergrößern und effektiver für touristische Potenziale nutzen lassen.

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, die touristischen Potenziale weiter auszubauen und attraktiver zu gestalten. Deshalb unterstützen wir das Ausbauen von Kurkliniken und Luftkurorten.

Camping und Caravaningkultur in Thüringen voranbringen

Der Kultur- und Naturtourismus erhält besondere Aufmerksamkeit. Camping, Caravaning, Glamping und Trekking-Plätze sind aus dem Tourismus nicht mehr wegzudenken. Ein Trend, der unbedingt in Thüringen stärker berücksichtigt werden soll und dessen Potenzial ausgebaut werden muss! Wir müssen die Innenstädte dazu befähigen, Stellplätze in der Stadt zu ermöglichen. Auch die Möglichkeiten an den Thüringer Seen und Badelandschaften sollen ausgeweitet werden. Wichtig ist die Berücksichtigung der notwendigen Infrastruktur und Versorgung (Wasser, Strom etc.). In einer Thüringer Campingstrategie sollen der Kultur- und der Naturtourismus zusammen gedacht werden.

Wasserwandern attraktiver gestalten

Damit Thüringen im Hinblick auf den Tourismus weiter attraktiv bleibt, sind wir für eine Förderung von Tourismusaktivitäten, indem beispielsweise das Wasserwandern in Thüringer Gewässern attraktiver gestaltet wird. Hierfür müssen mehr Ein- und Ausstiege geschaffen und instand gesetzt werden.

Tourismus als Chance für den Einzelhandel

Thüringens einzigartige Geschichte und die damit verbundene touristische Landschaft zieht auch internationale Gäste an, die Kultur und Käuferlebnis häufig verbinden wollen. Beide Bereiche müssen wir deshalb zu beidseitigem Vorteil enger miteinander verknüpfen. Wir wollen die Erreichbarkeit von Innenstädten und Zentren für Individualverkehr, ÖPNV und Güterverkehr erleichtern.

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten, setzen wir uns außerdem dafür ein, den Weg für Smart Citys und digitale Dörfer zu bereiten, intelligente, integrierte und vernetzte Stadtentwicklung zu gestalten. Insbesondere bedarf es der Unterstützung des stationären Einzelhandels im Prozess der Digitalisierung, vor allem bei der digitalen Vernetzung von Offline- und Online-Angeboten, z. B. durch entsprechende Informations- und Beratungsangebote.

Handwerkskunst in Thüringen: Das Handwerk als Eckpfeiler der Thüringer Ökonomie

Mit fast 30.000 Betrieben, 148.000 Beschäftigten und rund 7.000 Lehrlingen bildet das Handwerk eine fundamentale Säule der thüringischen Wirtschaft. Handwerksbetriebe sind keine Unternehmen zweiter Klasse, sondern müssen durch gezielte Initiativen wie Imagekampagnen, Entbürokratisierung und eine engere Verbindung von Bildungswegen mit dem Handwerkssektor gestärkt werden. Es ist unser Ziel als Freie Demokraten, in den Bereichen des Fachkräftemangels aber auch der gesellschaftlichen Anerkennung Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu etablieren.

Ausbildung 2.0: digital, mobil und flexibel

Die bewährte duale Berufsausbildung muss an die Bedürfnisse der modernen Arbeitswelt angepasst werden. Dies umfasst auch eine Anpassung der Lehrerausbildung und die Verbesserung der

Mobilitätsangebote für Auszubildende.

Aufgrund des demografischen Wandels werden wir in Zukunft trotz des anhaltenden Bedarfs die Ausbildung in der gesamten Vielfalt der teilweise hoch spezialisierten Ausbildungsberufe nicht in Wohnortnähe absichern können. Hier bieten digitale Lehr- und Lernformen eine Chance, die Ausbildung in Zusammenarbeit mit den überbetrieblichen Bildungsträgern und den Betrieben zu flexibilisieren. Dort, wo aufgrund der Schließung von Bildungsgängen an Thüringer Berufsschulen Auszubildende weite Wege teilweise in andere Bundesländer absolvieren müssen, wollen wir dafür sorgen, dass anfallende Unterkunfts- und Fahrtkosten erstattet werden.

Weniger Bürokratie, mehr Handlungsfreiheit

Der Abbau bürokratischer Hürden ist für uns essenziell, um das Handwerk in Thüringen zu entlasten. Dazu gehört eine Vereinfachung von Förderanträgen und ein klares Vergaberecht, ohne länderspezifische Auflagen, wie ein Vergabemindestlohn oder Tariftreueverpflichtungen. Wir befürworten die Rückkehr zur Meisterpflicht in bestimmten Gewerken und setzen uns für eine Aufwertung des Meistertitels ein. Ein Meister muss so viel wert sein wie ein Master!

Nachfolge als Chance

Die Unternehmensnachfolge sehen wir als kritischen Faktor für die Zukunftsfähigkeit des Handwerks. Gemeinsam mit Thüringer Kammern und Experten will die FDP Thüringen eine „Thüringer Nachfolgestrategie“ entwickeln, um Unternehmensübernahmen attraktiver zu gestalten.

Berufsorientierung und Gründergeist fördern

Eine konsequente Verankerung der Berufsorientierung in Schulen sowie die Einführung innovativer Formate sollen den Stellenwert von Ausbildungsberufen erhöhen. Zudem plädieren wir für die Einführung eines Gründer-BAföGs, um den Schritt in die Selbstständigkeit zu erleichtern und den Gründergeist in Thüringen zu stärken. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass das Thema Wirtschaft fächerübergreifend stärker in die Lehrpläne aller Bildungsbereiche integriert wird, um bei jungen Menschen das Verständnis für Wirtschaftsabläufe und die Wertschätzung eines Unternehmertums zu fördern.

Heute schon an morgen denken – Gründerkultur stärken, Wirtschaftspolitik zukunftsorientiert ausrichten

Wir setzen uns für die Integration von Unternehmer-Bildung in die Lehrpläne ab der 8. Klasse ein, um Schüler frühzeitig mit der Praxis der Unternehmensgründung vertraut zu machen. Hochschulen sollen verstärkt Unternehmer und Gründer als Gastdozenten einbinden, um Studierenden Einblicke in die reale Wirtschaftswelt zu bieten. Wir wollen Angebote für kontinuierliche Weiterbildung für Unternehmer, um mit den sich schnell energieändernden Anforderungen der globalen Wirtschaft Schritt zu halten.

Thüringen als Gründerzentrum Deutschlands

Unser Ziel ist es, Thüringen in der Spitze für Unternehmensgründungen im Ländervergleich zu etablieren, indem wir die Gründungsprozesse vereinfachen und beschleunigen. Die Einführung einer digitalen Plattform für eine schnelle und effiziente Abwicklung aller gründungsrelevanten Formalitäten ist eine mögliche Lösung.

Förderung von Risikokapital

Die FDP Thüringen möchte ein attraktives Umfeld für Risikokapitalgeber schaffen, um die

Finanzierungsmöglichkeiten für Start-Ups zu erweitern. Dazu gehört auch die steuerneutrale Rückgabe von Teilen der Investitionen an Business Angels.

Entbürokratisierung und Förderung

Wir wollen einen „Welpenschutz“ für die ersten drei Jahre nach der Unternehmensgründung, um junge Unternehmen von übermäßigen Regelungen zu befreien. Das betrifft im Besonderen steuer- und arbeitsrechtliche Regelungen. Zudem setzen wir uns für eine zielgerichtete Unterstützung durch Beratung und Fördermittel ein, die direkt bei den Gründern ankommen.

Cluster-Management und Netzwerkbildung

Die FDP Thüringen unterstützt die Idee regionaler Gründercluster, in denen Verwaltungen, IHKs, Hochschulen und Bildungsträger zusammenarbeiten, um eine effiziente Gründungsberatung und Vernetzung zu gewährleisten. Die bestehenden Strukturen im Thüringer Zentrum für Existenzgründungen sollen auf ihre Effektivität überprüft werden.

Stärkung des Gründergeistes

Wir möchten ein gesellschaftliches Klima schaffen, das Unternehmertum fördert und Scheitern als Lernchance begreift. Durch öffentlichkeitswirksame Wettbewerbe und erfolgsabhängige Honorare für Berater wollen wir Innovation und Mut zum Gründen fördern. Wir planen Initiativen zur Unterstützung von Gründerinnen und zur Förderung von Diversität in der Start-Up-Szene.

Weiterhin ist uns wichtig, dass auch Gründungen im Nebenerwerb mehr Unterstützung erhalten und in Förderrichtlinien stärker berücksichtigt werden. Wir wollen Anreize für Gründungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und des sozialen Unternehmertums schaffen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Aufbau von globalen Partnerschaften und Netzwerken, um Thüringer Start-Ups den Zugang zu internationalen Märkten zu erleichtern.

Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge

Die FDP Thüringen setzt sich für die Erleichterung der Unternehmensnachfolge ein, um den Fortbestand des Mittelstands zu sichern und die Wirtschaftskraft Thüringens zu erhalten. Hierfür ist es notwendig, die Expertise bestehender Netzwerke und Institutionen zu bündeln, um Unternehmensübergaben frühzeitig zu begleiten. Gemeinsam mit den Experten und der Wirtschaft wollen wir eine „Thüringer Nachfolgestrategie“ erarbeiten und Unternehmensübernahmen attraktiver machen. Unterstützen soll das ein Thüringer Nachfolgefonds. Einen besonderen Fokus wollen wir bei dem Thema Unternehmensnachfolge auf das Handwerk und den Tourismusbereich richten.

Ein bestehendes Unternehmen zu übernehmen, ist auch eine Form der Existenzgründung. In den kommenden Jahren benötigen tausende Betriebe in Thüringen einen Nachfolger. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist die Schlüsselvoraussetzung, damit Unternehmensübergänge gelingen.

Energiezukunft Thüringen – Sicher, innovativ und nachhaltig

Wir stehen für eine ideologiefreie Energiepolitik, die alle verfügbaren und zukünftigen Technologien berücksichtigt und fördert. Die Rohstoffversorgung für die Wirtschaft sollte neben Energie- und Klimaschutz eine wichtige Leitplanke Thüringer Industriepolitik sein. Die Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten und Technologien muss reduziert werden, um eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung in Thüringen zu gewährleisten.

Die FDP Thüringen erkennt die zentrale Bedeutung einer nachhaltigen, sicheren und innovativen Energieversorgung für die wirtschaftliche und ökologische Zukunft unseres Freistaats. Sicherheit, Bezahlbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit müssen in Einklang gebracht werden. Um diese Vision zu verwirklichen, setzen wir uns neben einer generellen Senkung der Energieabgaben und Steuern für folgende Schwerpunkte ein:

Energiewende lokal und innovativ angehen

Die Energiewende muss lokal gestaltet werden. Deshalb wollen wir eine verstärkte Unterstützung für regionale, energetische Gesamtlösungen. Diese Maßnahme zielt darauf ab, die Versorgungssicherheit zu erhöhen, die Energiepreise zu stabilisieren und den Weg zur Dekarbonisierung zu ebnen. Dabei ist die Einbindung der lokalen Akteure wichtig. Die Verbindung von Städten, Gemeinden, Fachleuten und regionalen Unternehmen ist entscheidend für die erfolgreiche Realisierung von Energieprojekten.

Wir wollen die geografische Lage Thüringens nutzen, um als Standort für Power-to-X Technologien und als Speicher- und Technologiestandort für Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe zu agieren.

Bürokratie abbauen, Belastung minimieren

Wir müssen rechtliche und bürokratische Hürden abbauen. Die Komplexität der aktuellen Genehmigungsverfahren und rechtlichen Rahmenbedingungen stellt ein signifikantes Hindernis für den schnellen und effektiven Ausbau erneuerbarer Energien dar. Wir setzen uns daher für eine Vereinfachung und Beschleunigung dieser Prozesse ein, um die Realisierung innovativer Energieprojekte zu erleichtern.

Die nationale CO₂-Bepreisung muss dabei angemessen ausgeglichen werden, um Wettbewerbsverzerrungen und ungewollte Umverteilungen in der Wirtschaft zu verhindern. Aktuelle Entlastungen und Kompensationsmöglichkeiten sind bisher nur in Ansätzen vorhanden. Energie- und emissionsintensive Unternehmen sind auf die Kompensation der Wettbewerbsnachteile angewiesen.

Erneuerbare Energien spezifisch nutzen

Thüringen braucht eine zielführende Förderung innovativer Technologien. Die Entwicklung und der Einsatz erneuerbarer Energietechnologien wie Photovoltaikanlagen, Stromspeichern und Wasserstoffherzeugung sind entscheidend für eine nachhaltige Energiezukunft Thüringens. Wir werden bestehende Förderprogramme prüfen und anpassen, um den spezifischen Bedürfnissen und Herausforderungen der Energiewende in Thüringen gerecht zu werden. Dafür braucht es eine flexible Gestaltung der Förderprogramme, die sowohl die technologische Innovation als auch die Investitionssicherheit berücksichtigt. Wir befürworten gezielte Förderprogramme, die sowohl die direkte Nutzung durch Einzelunternehmen als auch die Transformation der gesamten Energiewirtschaft unterstützen.

Wir sind uns der potenziellen negativen Auswirkungen der für die Industrie notwendigen Energieinfrastruktur auf die Umwelt und insbesondere auf die landwirtschaftliche Nutzfläche bewusst und nehmen diese Bedenken ernst. Daher betonen wir die Notwendigkeit einer sorgfältigen Planung und Abwägung, um die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen und einen ausgewogenen Kompromiss zu finden.

Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass das freiwillige Engagement der Wirtschaft gefördert werden und ein besserer Ausgleich von Wirtschafts- und Umweltinteressen angestrebt werden muss. Insbesondere sollten Verwaltungserleichterungen für Unternehmen mit zertifizierten Managementsystemen (EMAS, ISO 14001, ISO 50001) umgesetzt werden.

Versorgungssicherheit technologieoffen gestalten

Die Forschung und Entwicklung im Bereich Energie und Rohstoffe muss unserer Meinung nach technologieoffen ausgebaut werden. Insbesondere ist uns der Erhalt und Ausbau von nachhaltigen Speicherkapazitäten ein Anliegen. Die vorhandenen Stromspeicherkapazitäten (z. B. etablierte technische Großspeicher in Form von multifunktionalen Pumpspeicherkraftwerken) sollten stärker genutzt werden.

Wir setzen uns für die Beschleunigung des Netzausbaus, den Erhalt der Versorgungssicherheit sowie den Ausbau der dezentralen Stromversorgung bei gleichzeitiger Begrenzung regionaler Kostennachteile bei Netzentgelten ein.

In Thüringen stehen wir für die Reduzierung der staatlichen Strompreisbestandteile. Insbesondere dürfen die Entschädigungen für die Stilllegungen von Kohlekraftwerken nicht auf den Strompreis umgelegt werden. Die Strompreissteigerungen durch die Herausnahme der Kraftwerke aus dem Markt müssen vollständig aus dem Bundeshaushalt kompensiert werden. Klimaschutz darf nicht zu einer weiteren Steigerung der Strompreise führen.

Wir sind der Meinung, dass eine vorsorgende Rohstoffsicherung gewährleistet werden muss. Dazu sind die planungs- und genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen zur Nutzung einheimischer Rohstoffe zu optimieren und die Akzeptanz für Rohstoffgewinnung zu steigern, beispielsweise mit einer breit angelegten Akzeptanzoffensive.

Wald bleibt Wald: Umwelt- und Naturschutz beim Windkraftausbau bedenken

Die FDP Thüringen setzt sich für eine Energieerzeugung im Einklang mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Natur ein. Wald muss Wald bleiben. Eine pauschale Öffnung des Waldes für Windkraft lehnen wir ab.

Wir Freie Demokraten fordern die Steuerung des Windenergieausbaus nach Gesichtspunkten der Effizienz. Windenergieanlagen sollen dort entstehen, wo die Windhöufigkeit für einen wirtschaftlichen Betrieb am besten gegeben ist. Die Nutzung von Waldflächen sehen wir unter Berücksichtigung der Klimaschutzfunktion des Waldes kritisch.

Stärkung der regionalen Energieerzeugung

Thüringen soll durch den Ausbau lokaler und regionaler Energieerzeugung gestärkt werden. Dies umfasst die Förderung von Kraftwerken, Photovoltaikanlagen, Windkraftanlagen und geothermischen Projekten, die eine dezentrale Versorgung ermöglichen und die Netzstabilität erhöhen.

Strom: Effizienz und Stabilität im Fokus

In einer vernetzten Welt müssen wir unser Energiesystem an die aktuellen Herausforderungen anpassen. Wir fordern mehr Maßnahmen zur Verbesserung der Resilienz der Energieinfrastruktur.

Die Entwicklung von Notfallkonzepten und die Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen für kritische Infrastrukturen soll sichergestellt werden.

Sicherung der Stromerzeugungskapazitäten

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Erhalt und zur Förderung flexibler Stromerzeuger. Die Energiewende braucht dabei aber auch eine Digitalisierungsstrategie der Netze, um Optimierungen im Last- und Einspeisemanagement zu ermöglichen. Wir setzen uns im Bund dafür ein, dass die Umrüstung bestehender Kraftwerke auf moderne, klimafreundliche Technologien ebenso unterstützt wird wie die

Forschung an zukunftsweisenden Energiequellen wie der Kernfusion.

Wir wollen mehr Investitionen in Forschungs- und Entwicklungsprojekte, insbesondere im Bereich der Energiespeichertechnologien und in innovative Technologien zur Reduzierung hochradioaktiver Abfälle.

Wasserstoff & Biomasse: Brücken in eine klimaneutrale Zukunft

Thüringen soll aktiv an das entstehende überregionale Wasserstoffnetz angebunden werden. Dies umfasst die Planung und Umrüstung bestehender Leitungen sowie die Förderung von Wasserstoffspeichern.

Ein zentrales Anliegen ist die Schaffung eines Wasserstoff-Zukunftsgesetzes sowie eines Updates der Wasserstoffstrategie für Thüringen, das den Aufbau einer umfassenden Wasserstoffinfrastruktur in Thüringen vorantreibt. Dies beinhaltet die Vorbereitung der Netze auf Wasserstoff und die Förderung dezentraler Wasserstoffherzeugung. Dabei unterstützen wir die Nutzung von Wasserstoff in Energieerzeugung und Industrieprozessen. Wir sehen großes Potenzial in der Entwicklung einer nachhaltigen Biomassestrategie, um Biomasse und Energiepflanzen effizienter zu nutzen.

Wärme: Effizienz und Nachhaltigkeit im lokalen Kontext

Thüringen braucht ein effizientes Wärmekonzept. Um die Wärmenetze zukunftssicher und nachhaltig auszubauen, setzen wir Freie Demokraten uns für die Entwicklung gemeinsamer regionaler Wärmeversorgungskonzepte zwischen Industrie und Kommunen ein. Die Nutzung und Vermarktung von Abwärme aus beispielsweise Rechenzentren und anderen Industrieanlagen soll gefördert und vereinfacht werden.

Förderung energetischer Sanierungen

Die energetische Sanierung von Gebäuden mit dem schlechtesten Energiestandard soll besonders unterstützt werden. Hierbei sollen Hemmnisse wie Bürokratie und Finanzierungs-Barrieren abgebaut werden, um die Sanierungsquote zu erhöhen.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Digitalisierung beschleunigen

Die digitale Transformation und der Einsatz digitaler Schlüsseltechnologien sind entscheidend für den Erfolg und die Stabilität aller gesellschaftlichen Bereiche. In Thüringen besteht ein erheblicher Nachholbedarf in der Digitalisierung, was den Standortnachteil verschärft. Wir setzen uns für eine konsequente Digitalisierungsstrategie ein, um Prozesse effizient zu gestalten, Daten besser zu nutzen und so erhebliche Effizienzgewinne zu erzielen. Unternehmen müssen für die Chancen neuer Geschäftsmodelle, Dienstleistungen und Kooperationen beispielsweise mit Start-Ups sensibilisiert und bei der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten praxisnah unterstützt werden. Unser Ziel ist es, Thüringen zu einem attraktiven und wettbewerbsfähigen Standort zu entwickeln, indem wir die Digitalisierung in Verwaltung, Wirtschaft, Bildung, Justiz, Wissenschaft und Gesundheit vorantreiben.

Auch der stationäre Einzelhandel muss im Prozess der Digitalisierung, vor allem bei der digitalen Vernetzung von Offline- und Online-Angeboten, beispielsweise durch entsprechende Informations- und Beratungsangebote, unterstützt werden.

Bürokratieabbau und digitale Verarbeitung

Wir fordern eine Überprüfung aller Landesgesetze und Verordnungen auf ihre Notwendigkeit und gegebenenfalls deren ersatzlose Streichung. Wir werden alle bestehenden Landesgesetze und Verordnungen einem „Digitalcheck“ unterziehen. Bei Nicht-Bestehen des „Digitalchecks“ wollen wir diese Gesetze ändern und vereinfachen. Neue Gesetze und Verordnungen sollen nur in Kraft treten, wenn sie konsequent auf Seiten der Verwaltung und auf Seiten der Bürger digital bearbeitet werden können. Der Bürokratieabbau geht mit einer echten Personalentwicklungskampagne einher, die den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht wird: Statt neues Personal einzustellen, soll bestehendes Personal entlang neuer Karrierewege qualifiziert und befähigt werden.

Straffung und Konsolidierung der Angebote zur Digitalisierung

Es gibt in Thüringen zu viele Player mit gleichen Interessen: Thüringer Finanzministerium, Wirtschaft 4.0, ZeTT, TZLR, Digitalagentur, KIV etc. Alle Institutionen und Projekte sollten auf dem Prüfstein gestellt und möglichst konsolidiert werden. Die Konsolidierung der digitalen Angebote und Institutionen soll Effizienz steigern und Doppelstrukturen vermeiden.

Gigabit-Freistaat Thüringen

Ein flächendeckendes Gigabit-Internet ist essenziell für die Daseinsvorsorge. Wir setzen auf den eigenwirtschaftlichen Ausbau und eine Willkommenskultur für Telekommunikationsunternehmen, um Versorgungslücken zu schließen und die digitale Infrastruktur zu stärken. Einen geförderten Ausbau wird es nur noch dort geben, wo es keine Ausbaubestrebungen gibt. Wir wollen die Thüringer Glasfasergesellschaft auflösen und einen beschleunigten Ausbau durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse erreichen.

Funklöcher schließen und freies WLAN ausbauen

Unser Ziel ist eine flächendeckende LTE-Versorgung, welche zukünftig erweiterbar auf 5G ist. Wir wollen freies WLAN in öffentlichen Einrichtungen und Plätzen, um die digitale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Basis dafür soll eine landesweit gebündelte WLAN-Strategie werden. Wir setzen uns dafür ein, dass es zur vollständigen Abschaffung der Störerhaftung kommt.

Schutz der Bürgerrechte und Transparenz

Wir setzen uns für ein Transparenz-System (FTS) bei Funkzellenabfragen ein, um mehr Transparenz zu schaffen sowie die Datenhoheit und Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Künstliche Intelligenz (KI) als Chance

Thüringen soll durch die Nutzung von KI zum Vorreiter werden.

Wir wollen Thüringen dazu verpflichten, eine Kooperation mit einem Experten-Verbund (wie ITnet oder Jena-Digital) abzuschließen und konsequent KI in die öffentliche Verwaltung einzuführen (Antragsverfahrensbewältigung, Steuerprüfung, Beihilfeprüfung usw., auch Auskunft-Services, interne Verwaltung etc.).

Ein sinnvoller Einsatz von KI fördert die Effizienz und wirkt auch dem Arbeitskräftemangel entgegen.

Darüberhinaus streben wir die Erweiterung der bestehenden Wirtschafts- und Forschungszusammenarbeit des Thüringer Zentrums für lernende Systeme und Robotik um eine rechtsberatende Komponente an.

IT-Sicherheit stärken

Angesichts der zunehmenden Vernetzung und der rasant wachsenden Zahl der Dinge, die ans Internet angeschlossen werden, ist eine starke IT-Sicherheit unerlässlich.

Wir planen den Aufbau eines Cyberdefencecenters in Kooperation mit der Thüringer Wirtschaft, denn IT-Security wird immer wichtiger zur Verhütung von Katastrophen-Szenarien.

Die Stärkung von Polizei und Verfassungsschutz im Bereich IT-Kriminalitätsbekämpfung ist lange überfällig. Eine Stärkung kann jedoch nur gelingen, wenn Karrierepfade in der öffentlichen Verwaltung grundlegend reformiert und Anreizsysteme geschaffen werden. (IT-)Spezialisten sind nicht zum Nulltarif zu haben.

Darüber hinaus fordern wir eine gesetzliche Vorgabe für das Prinzip Security-by-design, das Hersteller dazu verpflichtet, Sicherheitslücken möglichst auszuschließen und sie bei Schäden, die durch fahrlässig gewährte IT-Sicherheitslücken verursacht werden, mit in die Haftung zu nehmen.

E-Government-Offensive

Wir streben eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung an, ohne ein Digitalministerium einzuführen. Stattdessen soll ein Digitalrat mit Initiativrecht und ein Chief Digitilization Officer (CDO) von der Staatskanzlei aus die Digitalisierung des Freistaats strategisch vorantreiben.

CIO bleibt bestehen und ist verantwortlich für die operative IT-Steuerung in der Landesverwaltung. CIO und CDO werden sich im gleichen Haus ansiedeln, damit es nicht zum Kompetenzgerangel kommt.

Wir verfolgen weiterhin das Transparenzprinzip – der Bürger muss sehen können, welche Behörde zu welchem Zeitpunkt und aus welchem Grund auf diese Daten zugegriffen hat.

Wir machen uns für die Auflösung des TLRZ als Landesinstitution und „Entlassung“ in den freien Wettbewerb stark.

Genehmigungsfiktion und elektronische Partizipation

Wir Freie Demokraten wollen Bürger und Behörden auf Augenhöhe. Behörden sollen verpflichtet werden, Anträge innerhalb festgelegter Fristen zu bearbeiten, um das Verwaltungshandeln zu beschleunigen und die Bürgerbeteiligung zu fördern.

Liegt nach dem Fristablauf kein Bescheid vor, gilt die Genehmigung als erteilt.

Den Bürgern sollen über elektronische Partizipation einfache Verfahren geboten werden, um sie an Verwaltungsprozessen beteiligen zu können.

Transparenz und Open Government

Wir fordern ein Transparenzgesetz und die Förderung demokratischer Partizipation durch Open Data, um Informationen und Verwaltungsprozesse für alle zugänglich zu machen.

Dazu zählt die Ablehnung unverhältnismäßiger Abschreckungsgebühren.

Wir wollen die Verbesserung der demokratischen Partizipation, die Datenkompetenz in der Verwaltung ausbauen und Datenlabore einrichten, denn ohne strukturierte Daten kann keine KI effizient eingesetzt werden.

Wir fordern die Freigabe von Informationen und Gutachten der öffentlichen Verwaltung in maschinenlesbarer Form, die keine personenbezogenen oder schützenswerten Daten enthalten, in einem thüringenweiten Open-Data-Portal.

Die Zurverfügungstellung der Ergebnisse von Softwareprojekten als freier Code (Open Source) bietet und sichert qualitativ hochwertige Lösungen, zudem führt sie zur Vermeidung der Doppelausgaben von Lizenzen.

Digitale Dienstleistungen für Kommunen

Wir Freie Demokraten stehen für eine Digitalisierung in den Kommunen, die die Subsidiarität unseres föderalen Systems achtet. Anstatt eines zentralen Dienstleisters (KIV) soll es einen Koordinator geben, der über Rahmenverträge mit Vertretern aus der (Thüringer) Wirtschaft die digitalen Dienstleistungen in den Kommunen umsetzt.

Probleme der Digitalisierung auf größerer Ebene lösen

Wir Freie Demokraten wollen eine Digitalpolitik der klaren, schlanken Strukturen. Wir orientieren uns an Best-Practice-Modellen wie Estland, um Thüringens Verwaltungen bürgernah, effizient und modern zu gestalten.

Es soll keine Thüringer Alleingänge mehr geben. Stattdessen braucht es eine stärkere Harmonisierung der Digitalstrategien mit den Strategien des Bundes und anderer europäischer Länder.

Wir befürworten die e-Residency und die „digitale Staatsbürgerschaft“, mit der jede und jeder Zugang zu den digitalen Diensten des Landes erhalten kann.

Vorrangiges Ziel ist es, die Bürokratie abzubauen und eine papierarme Verwaltung zu schaffen.

Papierlose Antrags- und Genehmigungsverfahren

Wir Freie Demokraten wollen den Papierstau in den Thüringer Behörden angehen.

Die Neuausrichtung interner Verwaltungsabläufe hin zu automatisierten, schlanken, effizienten und papierlosen Prozessen ist unser Ziel, um den Bürgerservice zu verbessern und die Verwaltung zu modernisieren. Zudem sollen etliche Verwaltungsabläufe automatisiert in Gang gesetzt werden, z. B. die Beantragung von Kindergeld nach der Geburt eines Kindes. Dies ist in anderen Ländern bereits etabliert und ist ein gutes Beispiel für bürgerfreundliche Verwaltungsprozesse. Ein Dokument im PDF online zur Verfügung zu stellen, das dann ausgedruckt und ausgefüllt wieder eingescannt werden muss, entspricht nicht unserer Vorstellung eines papierlosen Verwaltungsverfahrens.

Faxausstieg jetzt!

Sowohl die Faxgeräte als auch die sogenannten digitalen Faxe, die am Ende eine PDF-Datei im E-Mail-Postfach bedeuten, wollen wir aus der öffentlichen Verwaltung verbannen. Immer mehr Datenschützer weisen darauf hin, dass die Verwendung nicht sicher ist. Sie bedeuten immer einen Medienbruch, das heißt die Informationen müssen manuell ausgelesen werden. Mit digitaler Informationsübermittlung hat das nichts zu tun. Hierfür ist es für die Übermittlung von Dokumenten zwischen Behörden wichtig, endlich echte digitale Wege zu schaffen und Bürgern das fristwahrende Übermitteln per E-Mail zu ermöglichen.

Medienland Thüringen – Perspektive 2030

Bis 2040 werden die Teilmärkte der Kreativ- und Kulturwirtschaft im Bereich der Medien noch stärker zusammenwachsen. Inhalte aus den unterschiedlichen Segmenten werden durch die Digitalisierung zunehmend verschmelzen und gleichzeitig abrufbar sein. Trotz der vielen Herausforderungen durch diese Konvergenzentwicklung sind wir Freien Demokraten davon überzeugt, dass die Medien- und Digitalwirtschaft im Freistaat über gute Ausgangsbedingungen verfügt, um auch zukünftig als Kreativstandort zu bestehen. Thüringen beheimatet eine Vielzahl leistungsstarker Unternehmen der Medienbranche als Teil der Kreativ- und Kulturwirtschaft, zahlreiche Vertreter der Rundfunk- und Filmwirtschaft sowie der Print- und Online-Medien. Mit der Region Ilmenau–Erfurt–Weimar–Jena kann Thüringen einen bedeutenden Medienstandort aufweisen. Diese wollen wir Freie Demokraten weiter stärken, indem die Angebote der Thüringer Hochschulen und Universitäten, der ansässigen Unternehmen der Medienwirtschaft, des Mitteldeutschen Rundfunks sowie der Thüringer Printmedien und des Bürgerfunks enger verflochten werden. Gerade durch Kooperationsvereinbarungen über die Bereitstellung von Praktikumsplätzen können dringend benötigte Nachwuchskräfte nicht nur Weiterbildungsmöglichkeiten und neue Zukunftschancen in Thüringen erhalten, sondern auch das Potenzial der Kreativ- und Kulturwirtschaft im Bereich der Medien erfahren.

Um die Thüringer Produktionswirtschaft zu stärken, wollen wir auf eine angemessene Beteiligung von unabhängigen Produktionsunternehmen an der Herstellung des Rundfunkangebots des MDR, gerade hinsichtlich von Dienstleistungs- und Auftragsproduktionen, hinwirken.

Medienvielfalt stärken – lokale Medienanbieter fördern

Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass lokale Medienanbieter essenziell sind, um eine geeignete Medienvielfalt herzustellen. Sie stärken die lokale Vielfalt und fördern den öffentlichen demokratischen Diskurs. Wir wollen daher die Förderungsmöglichkeiten für kommerzielle lokale Medienanbieter erweitern sowie die Fördermöglichkeiten für Bürgermedien unbürokratischer ausgestalten. Die Bürgermediensatzung der Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) möchten wir reduzieren. Die Medienbildung bei den Bürgermedien wollen wir Freie Demokraten stärken, indem Stellen für Medienpädagogen zukünftig aus einem separaten Budget finanziert werden sollen.

Um den privaten Hörfunk als wichtige Säule des dualen Rundfunks zu stärken, wollen wir Freie Demokraten die Thüringer Privatradios bei der Transformation analoger Übertragungswege (UKW) zu digitalen Übertragungswegen (DAB+) unterstützen.

Für einen modernen, leistungsfähigeren und transparenteren öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Für uns Freie Demokraten ist ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der der Meinungsvielfalt, der Unabhängigkeit und der Ausgewogenheit der Berichterstattung verpflichtet ist, gerade in Zeiten von Polarisierung und Desinformation, für eine offene, vielfältige, tolerante, gebildete und demokratisch gefestigte Gesellschaft unabdingbar. Angesichts der sinkenden gesellschaftlichen Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist für uns Freie Demokraten klar, dass dieser umfassend reformiert und der Rundfunkbeitrag perspektivisch halbiert werden muss.

Wir Freie Demokraten wollen den Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit einem Fokus auf die Themenkomplexe Information, Bildung und Kultur konkretisieren. Da teure Sportübertragungen und reine Unterhaltungsformate genauso gut von Privaten übernommen werden können, setzen wir uns dafür ein, dass diese im öffentlich-rechtlichen Rundfunk stark reduziert werden.

Wir Freie Demokraten wollen auf eine strenge Konzentration der Fernseh- und Hörfunkkanäle auf die Erfüllung des Rundfunkauftrags unter Beachtung des Grundprinzips, dass der Auftrag mit so wenig

Sendern wie möglich zu erfüllen ist, hinwirken. Wir setzen uns daher für eine deutliche Reduzierung der Anzahl öffentlich-rechtlicher Fernseh- und Hörfunkkanäle sowie die Fusion von Anstalten ein. Durch die Bündelung von zentralen Verwaltungsaufgaben aller Rundfunkanstalten wollen wir zudem Mehrfachstrukturen abbauen.

Thüringen – ein durchsetzungsfähiger, unkomplizierter und bürgernahe Rechtsstaat

Digitalisierung unter Wahrung der Bürgerrechte

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Digitalisierung der Polizeiarbeit unter der Wahrung der Bürgerrechte ein. Daher begleiten wir die Entwicklungen im Bereich des Polizei- und Sicherheitsrechts und die Ausweitung von Überwachungsbefugnissen kritisch. Wir fordern, dass zur Wahrung der Bürgerrechte die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Frühjahr 2023 endlich in das Thüringer Polizei-Aufgaben-Gesetz umgesetzt wird. Sofern nötig, werden wir dazu einen eigenen Gesetzesentwurf vorlegen.

Polizeinachwuchs fördern

Wie auch die Justiz wird sich die Polizei dem demografischen Wandel stellen müssen. Deshalb fordern wir, mehr Polizisten auszubilden, als planmäßig den Polizeidienst verlassen werden. So könnten neben altersbedingten Abgängen auch Wechsel in andere Behörden oder Berufe ausgeglichen werden. Zudem sorgt Personalmangel zu einer höheren Arbeitsbelastung, welche im ohnehin schon anspruchsvollen Betätigungsfeld der Polizei vermieden werden soll. Jungen Polizeibeamten sollten dementsprechend auch die Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Thüringer Polizei aufgezeigt werden.

Zeitgemäße Ausstattung der Polizei

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine moderne Ausstattung der Polizei ein. Dass es weiterhin bei so zentralen Dingen wie Internetzugängen und mobiler Arbeitsfähigkeit klemmt, ist unbefriedigend für die Polizisten ebenso wie für die Bürger. Wir fordern für die Polizei eine Ausstattung, die technisch auf dem neuesten Stand ist. Das gilt sowohl für die Ausstattung von Büros als auch für Polizeifahrzeuge. Diese sehen wir zukünftig als mobile IT-Stationen mit einer vollwertigen Ausstattung inklusive Drucker. Es ist gefährlich, wenn das Verbrechen besser ausgestattet ist als die Sicherheitsbehörden. Das zeigt sich vor allem im Bereich der Cyberkriminalität.

Die steigende Kriminalität über das Internet kann nur von einer digital kompetenten und entsprechend ausgestatteten Polizei bewältigt werden. Wir Freie Demokraten wollen innerhalb der Polizei spezialisierte Stellen einrichten, die explizit für digitale Kriminalitätsfelder qualifiziertes Personal anwerben. Dafür eignet sich am besten das Landeskriminalamt als eine zentral zuständige Instanz. Dies erfordert eine attraktive und wettbewerbsfähige Besoldung, aber auch zeitgemäße Arbeitsweisen in den Behörden. Dazu gehört, dass alltägliche Abläufe durch Digitalisierung beschleunigt und nicht verkompliziert werden.

Polizeidienst soll sich lohnen

Polizisten leisten rund um die Uhr ihren Dienst für die Sicherheit der Gesellschaft. Wir Freie Demokraten wollen, dass gerade für den Dienst zu ungünstigen Zeiten ein angemessener Ausgleich bezahlt wird. Daher wollen wir die Höhe der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ) anpassen.

Darüber hinaus streben wir generell eine Reform des Zulagenwesens in der Polizei an. So soll die Polizeizulage der durch die Polizisten übernommenen Verantwortung gerecht werden und die besonderen Anforderungen gerade in Sondereinheiten oder anderen Funktionsstellen widerspiegeln.

Kernaufgaben in den Fokus

Polizeiarbeit ist vielfältig und komplex. Bestehende Arbeitsabläufe und Organisationsstrukturen müssen daher fortlaufend evaluiert und bei Bedarf angepasst werden. Die Präsidenten der Behörden und Leiter der Einrichtungen brauchen Gestaltungsspielraum zur Modernisierung ihrer Organisationsstrukturen. Derzeit müssen Änderungen an den Organisationsstrukturen vom Innenministerium abgesegnet werden, was Modernisierungsbemühungen verschleppt und generell die Motivation hemmt. Als Grundlage braucht es eine umfassende Aufgaben- und Prozessanalyse, die dann entsprechende Entwicklungsspielräume für die jeweiligen Einheiten und Einrichtungen einräumt.

Aufstieg vereinfachen

Die Thüringer Polizei braucht attraktive Karrieremöglichkeiten mit einem transparenten und attraktiven Zugang zum gehobenen und höheren Dienst. Der Polizeiberuf lebt von Erfahrungen auf der Straße und dem Austausch mit den Bürgern. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Reform der veralteten Aufstiegsstrukturen ein. Ziel sind kurze Verfahren und vorhersehbare und transparente Qualifizierungswege für zukünftige Fachexperten und Führungskräfte. So sollen interessierte Polizistinnen und Polizisten zeitgemäße Aufstiegsmöglichkeiten wahrnehmen können, die nach den Prinzipien der Bestenauslese funktionieren, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

Zeitgemäßes Versammlungsrecht

Neue Formen des Demonstrationsgeschehens sowie die Weiterentwicklung der Rechtsprechung machen es notwendig, dass der Freistaat Thüringen sich ein modernes Versammlungsrecht gibt. Wir Freie Demokraten haben in der laufenden Legislaturperiode einen Entwurf eines Versammlungsgesetzes vorgelegt, der in zeitgemäßer Form die Demonstrationfreiheit schützt und gleichermaßen dem Ordnungs- und Sicherheitsanspruch gerecht wird. Dabei sind für uns insbesondere Rechtsklarheit bezüglich der behördlichen Zuständigkeiten sowie Rechtssicherheit für die Versammlungsleiter zentrale Anliegen. Wir wollen diesen Entwurf zur Umsetzung bringen.

Katastrophenschutz stärken – Resilienz in der Bevölkerung erhöhen

Die letzten Jahre haben deutlich gemacht, wie notwendig ein funktionierender Katastrophenschutz ist. Von der Corona-Pandemie über die Zerstörungen im Ahrtal bis zum Hochwasser an verschiedenen Stellen in Thüringen zum Jahreswechsel 2023/2024: Jede dieser Situationen wäre ohne den Einsatz haupt- und ehrenamtlicher Helfer mit Katastrophenschutz Ausbildung schlimmer ausgefallen. Daher wollen wir die Zusammenarbeit mit den Akteuren weiter verstärken und aus Fehlern der Vergangenheit lernen, um uns für zukünftige Herausforderungen besser aufzustellen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bundeswehr im Bereich des Katastrophenschutzes wollen wir beibehalten.

An vielen Stellen ist Katastrophenschutz Hilfe zur Selbsthilfe. Daher ist es für einen effizienten Katastrophenschutz notwendig, dass dieser auch auf eine resiliente Bevölkerung trifft.

Verhaltensregeln für den Brand- und Katastrophenfall sollten wieder in der Bevölkerung verankert werden. Diese Forderung der Akteure im Katastrophenschutz unterstützen wir aus vollem Herzen und setzen uns für die konsequente Beübung von Warntagen und die Vermittlung der notwendigen Sicherheitskenntnisse in den Schulen ein.

Ersthelferausbildung in den Schulen etablieren

Wir Freie Demokraten sprechen uns dafür aus, die Ersthelferausbildung wieder zum verpflichtenden Teil der allgemeinen Schulbildung zu machen. Oft unterbleibt eine Hilfeleistung, aus Angst, etwas falsch zu machen. Wenn Kinder von klein auf mit Übungen in der Ersten Hilfe an Nofallsituationen herangeführt werden, senkt dies die Hemmschwelle, im Ernstfall Hilfe zu leisten. Zudem werden die Rettungsdienste entlastet, wenn die Bevölkerung wieder lernt, sich bei kleineren Verletzungen selbst zu versorgen. Dies wird bereits vereinzelt an Schulen praktiziert, jedoch noch nicht in ausreichender Intensität und Verbreitung.

Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort im Katastrophenschutz

Große Teile des Katastrophenschutzes in Deutschland sind ehrenamtlich organisiert, obwohl es sich um eine der originären Aufgaben des Staates handelt. Die Ehrenamtlichen müssen durch eine angemessene Finanzierung der hauptamtlichen Strukturen unterstützt werden. Berichtspflichten und bürokratische Hindernisse müssen gerade im Bereich des Katastrophenschutzes auf das notwendige Minimum reduziert werden. Solange in Thüringen ein Anspruch auf Bildungsurlaub existiert, sprechen wir uns dafür aus, dass vor allem Bildungsveranstaltungen zur Bevölkerungsresilienz für diesen anerkannt werden.

Im Katastrophenfall tragen vor allem kommunale Mandatsträger die Verantwortung. Doch Katastrophenfälle machen selten an einer Landkreisgrenze halt. Daher muss der Freistaat sicherstellen, dass Strukturen auch über Kreisgrenzen hinweg geschaffen und erhalten werden. Das Land muss gerade auch mit Transparenz zur Verfügbarkeit von technischem Gerät und anderen Ressourcen sowie deren Zugänglichkeit Unterstützung leisten.

Gut ausgerüstete Feuerwehren für Thüringen

Die Freien Demokraten verstehen sich als Ansprechpartner und Unterstützer der Thüringer Feuerwehren. Wir sprechen uns für die Entwicklung und den Ausbau der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz aus. Für eine bürokratiearme Unterstützung der Feuerwehren halten wir die Feuerwehrpauschale sowie die Jugendfeuerwehrpauschalen für geeignete Mittel, welche auch zukünftig erhalten bleiben sollen.

Starke Justiz – Resilienz gegen Einflussnahmen der Politik

Wir Freie Demokraten beachten und bewahren das Wirken der Exekutive als reine Sachwalterschaft für die Justiz. Unsere Verfassung sieht die Verwirklichung der Demokratie durch drei Staatsgewalten vor. Historisch gewachsen ist jedoch gerade die Judikative mit der Exekutive in Form eines Justizministeriums verschränkt.

Trotz dieser organisatorischen Zusammengehörigkeit darf den Bürgerinnen und Bürgern unter keinen Umständen der Anschein einer Einflussnahme auf richterliche Entscheidungen entstehen. Das untergräbt das Vertrauen in die Funktionsweise unseres Rechtsstaats.

Wir werden entschieden jedweder unmittelbaren oder auch nur mittelbaren Einflussnahme der Politik auf die Arbeit unserer Thüringer Richter und Staatsanwälte entgegenreten.

Aufgabenkritik für eine zeitgemäße und digitale Justiz

Wir Freie Demokraten fordern eine Aufgabenkritik in der Justiz.

Die Prozesse in der Justiz wandeln sich insbesondere durch das Voranschreiten der Digitalisierung. Viele der Arbeitsabläufe um die bisherige haptische Gerichtsakte fallen weg, wie z. B. das Abheften von Posteingang, die Anbringung von Seitennummerierungen, die Vorlage beim Richter, die Versendung der Akte an Gutachter oder zur Akteneinsicht. Unter Berücksichtigung der angestrebten oder teilweise schon vorhandenen digitalen Modernisierungen im Justizalltag verändern sich damit auch die Aufgabenprofile in nahezu allen Bereichen.

Gleichzeitig schlittern wir in der Justiz in eine Pensionierungswelle. In den nächsten zehn Jahren könnten bis zu 75 % des derzeitigen Personals den Dienst verlassen.

Den auf Initiative der Freien Demokraten gefassten Beschluss des Thüringer Landtags zur Durchführung einer konsequenten Aufgabenanalyse wollen wir für eine sachgerechte Umstellung auf digitale Prozesse ermöglichen und die Anpassung an neue Arbeitsstrukturen vorantreiben.

Besoldung anpassen, Spezialisierung fördern

Wir Freie Demokraten wollen die Besoldung wieder an das jeweilige Amt binden und damit die regelmäßig stattfindende Diskussion zu verfassungsgemäßer Mindestalimentation aufgreifen. Aus der von uns durchgesetzten Aufgabenkritik abgeleitet, muss auch die Besoldungsstruktur in der Justiz überarbeitet werden.

Die Pensionierungswelle verschärft die Konkurrenz um die Fachkräfte nicht nur mit der freien Wirtschaft, sondern auch mit dem öffentlichen Dienst der anderen Länder, der Kommunen und des Bundes. Daher muss insbesondere die Anfangsbesoldung in der Justiz, sowohl im richterlichen als auch im nichtrichterlichen Dienst, konkurrenzfähiger gestaltet werden. Das betrifft vor allem Bereiche, in denen Kenntnisse notwendig sind, die bisher nicht als Bestandteil der Justiz betrachtet wurden, wie beispielsweise der IT-Bereich. Gerade für juristische Spezialisten mit Expertise in der IT muss die Beschäftigung in der Justiz eine echte Alternative zum Gang in die Wirtschaft darstellen. Dafür sind die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen entscheidende Kriterien. Wenn anderswo digitale Prozesse das Leben und auch das Arbeitsleben vereinfachen, dürfen sie in der Justiz nicht behindern oder verlangsamen.

Wir Freie Demokraten wollen daher eine verstärkte Spezialisierung von Richtern und Staatsanwälten ermöglichen und auch lohnenswert machen. Durch den technischen Fortschritt ändern sich die rechtlichen Rahmenbedingungen aller Justizbereiche gerade umfänglich. Richter und Staatsanwälte müssen daher auch in Spezialgebieten, wie z. B. im IT-Bereich, „auf einer Höhe“ mit dem Spezialwissen von Anwälten und im Strafrecht auch gerade mit dem der (Cyber-)Straftäter sein.

Papierloser Gerichtssaal

Wir Freie Demokraten wollen den elektronischen Rechtsverkehr weiter ausbauen und den Gerichten und Staatsanwaltschaften dafür auch die notwendigen personellen und sachlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Wir wollen sicherstellen, dass die Vorteile der besonderen elektronischen Postfächer auch durchgängig barrierefrei von der Justiz genutzt werden. Alle Beteiligten, insbesondere Bürger, Anwälte und Behörden, sollen mittels moderner Kommunikationsmittel mit der Justiz kommunizieren können. Unser Ziel ist der papierlose Gerichtssaal. In geeigneten Fällen soll die Möglichkeit bestehen, Zeugenvernehmungen und Gerichtsverhandlungen per Videokonferenztechnik abzuhalten. Zudem wollen wir Verfahren um die Grundbuchakte durch eine bürgernahe, vollelektronische Lösung beschleunigen.

Juristenausbildung

Wir Freie Demokraten wollen die Juristenausbildung reformieren und an die Anforderungen der

Neuzeit anpassen. Dazu gehört auch, dass nicht mehr alle juristischen Berufe die hochqualifizierte Ausbildung mit zwei Staatsexamina benötigen. Wir wollen für bestimmte Berufe Zugangsmöglichkeiten mit geringeren und dennoch qualifizierten Anforderungen ermöglichen.

Deshalb wollen wir einen integrierten Bachelorabschluss im Studium der Rechtswissenschaften. So können wir auch sicherstellen, dass sich weiterhin ausreichend junge Menschen das Jura-Studium zutrauen. Die Initiative „iur.reform“ einiger junger Juristen finden wir spannend und wollen wir weiterverfolgen.

Im Zusammenhang mit der Veränderung der Juristenausbildung stellen sich automatisch Besoldungsfragen. Hier wollen wir im Rahmen einer Reform des Besoldungsrechts dafür sorgen, dass sich für Juristen ohne zweites Staatsexamen auch ein Einstieg in den Öffentlichen Dienst z. B. in die Kommunalverwaltungen lohnt. Nicht immer werden Volljuristen gebraucht, wo sie ausgeschrieben sind. Hier wollen wir für eine Offenheit der Personalverantwortlichen in der Verwaltung sorgen und mit einem flexiblen Besoldungsrecht eine Grundlage schaffen.

Gerichtsvollzieher der Aufgabe entsprechend ausbilden

Wir Freie Demokraten fordern für die Gerichtsvollzieher eine Ausbildung, die den Aufgaben und den Anforderungen ihres Berufsbildes gerecht wird. Sowohl durch die Reformen in der Zwangsvollstreckung als auch durch die Digitalisierung hat sich der Arbeitsalltag der Gerichtsvollzieher extrem gewandelt. Nur wenigen ist bewusst, dass Gerichtsvollzieher in hoher Eigenverantwortung einen staatlichen Auftrag erfüllen und dabei nicht nur Verantwortung für sich und ihre Mitarbeiter übernehmen müssen, sondern auch in sehr sensiblen und riskanten Einsätzen unterwegs und dabei teilweise auf sich allein gestellt sind. Ein Hochschulstudium soll dafür sorgen, dass die rechtlichen Grundlagen ihrer Arbeit vertiefend vermittelt werden können, und so ein Aufstieg mindestens der Obergerichtsvollzieher in den gehobenen Dienst gerechtfertigt ist.

Justizvollzugsdienst attraktiver gestalten

Wir Freie Demokraten wollen über attraktive Arbeitszeitmodelle und finanzielle Anreizsysteme den Arbeitsort JVA interessanter machen.

Die Arbeit im Justizvollzugsdienst ist sowohl körperlich als auch seelisch herausfordernd. Deshalb müssen neue Formen der Personalgewinnung entwickelt werden. Für die Reduzierung der Belastung der Bediensteten ist eine vollständige Besetzung aller vakanten Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst das A und O. Fehlende Kollegen erschweren die Arbeit für alle. Deswegen wollen wir dem Personalmangel, der durch Eintritte in den Altersruhestand auf Thüringen zukommt, frühzeitig durch Ausbildung und Einstellungen begegnen. Das muss sich aber auch in den jeweiligen Einstiegsgehältern widerspiegeln. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass der Einstieg in den Justizvollzugsdienst auch für Menschen in der Mitte ihres Lebens interessant ist. Dafür muss Flexibilität bei der Einstufung der jeweiligen Lebenserfahrung herrschen.

Migration mit klaren Regeln

Wir Freie Demokraten stehen uneingeschränkt für das Recht auf Asyl und für ein weltoffenes Thüringen. Willkommen sind alle, die sich in unserer Gesellschaft einbringen und sich ein besseres Leben aus eigener Kraft aufbauen wollen.

Für uns Freie Demokraten steht die Begegnung auf Augenhöhe und das Zutrauen in den Menschen im Vordergrund. Das gilt auch für die Asyl- und Migrationspolitik. Wir trauen den Menschen zu, unsere Regeln zu verstehen und zu akzeptieren. Und wir sind bereit, diese zu formulieren. Die Vereinbarung,

dass jeder seinen Beitrag leistet, ist überhaupt erst Grundlage dafür, dass wir in diesem Wohlstand miteinander leben und solidarisch mit den Schwachen der Gesellschaft sein können. Diese Vereinbarung muss für alle gelten, auch für Asylsuchende und Zuwanderer. Die eigene Mitwirkung muss vor dem Zugriff auf den Sozialstaat stehen. Es ist an uns als Gesellschaft und als Verwaltung, die Einhaltung dieser Vereinbarung aktiv einzufordern.

Moderne Gesetzgebung und effiziente Durchsetzung in der Asylpolitik

Noch immer fehlt es in Deutschland an einer transparenten und klaren Zuwanderungsgesetzgebung, die eine Einladung an die Fleißigen dieser Welt ausspricht, nach Deutschland zu kommen, hier zu arbeiten und sich ein Leben aufzubauen. Noch immer ist für weite Teile der Welt der Weg über ein Asylgesuch die einzige Chance auf die Zuwanderung nach Deutschland. Das wollen wir ändern. Deswegen unterstützen wir Thüringer Freie Demokraten die Bundesebene in ihrer Arbeit an einem modernen Zuwanderungsrecht, das die Einwanderung mit klaren Anforderungen verbindet. Ein solcher Zugang ist nicht nur notwendig zur Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften, sondern auch zur Entlastung des Asylsystems.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Es ist unsere Aufgabe als Land, als Gesellschaft, als Politik und Verwaltung, klare Regelwerke aufzustellen und sie dann auch durchzusetzen. So fordern wir für die Ausgabe der Asylbewerberleistungen die Einführung einer mindestens thüringenweit einheitlichen Bezahlkarte.

Europaweit einheitliche Standards für die Unterbringung von Asylsuchenden

Es ist ein utopischer Irrglaube, wir könnten alle Probleme dieser Welt auf deutschem Boden lösen. Es ist genauso ein Irrglaube, allein mit der Schließung von Grenzen Menschen davon abzuhalten, nach Europa zu fliehen. Neben einem transparenten Regelsystem zur regulären Zuwanderung außerhalb von Asylrechtstatbeständen braucht es europaweit einheitliche Standards für den Umgang mit Asylsuchenden. Denn eine faire Verteilung der Aufgaben funktioniert nur, wenn die Standards zu Unterbringung, Versorgung, finanzieller Ausstattung und Rückführung in allen Ländern der EU gleich geregelt sind. Nur so verhindern wir die Sekundärmigration innerhalb der Europäischen Union, die gerade die Ausländerbehörden in deutschen Landkreisen stark belastet. Mit der EU-Asylreform und der Einigung auf das Rückführungspaket in Deutschland sind entscheidende Schritte gegangen worden, um etwas mehr Steuerung und Ordnung in die Migrationspolitik zu bringen. Aber der Weg ist noch weit.

Asylverfahren beschleunigen und frühzeitig Perspektiven schaffen

Die Verwaltungsprozesse in Asylverfahren müssen sinnvoller, effektiver und effizienter organisiert werden. Solange die Bearbeitung der Asylanträge nicht an den Außengrenzen erfolgen kann, plädieren wir Freie Demokraten dafür, an der Erstaufnahmeeinrichtung auch eine Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge anzusiedeln, wo die Asylanträge gestellt und die Anhörungstermine für die Feststellung der Identität und der Bleibeperspektive durchgeführt werden können. Erst nach dieser Feststellung erfolgt eine Verteilung auf die Landkreise und kreisfreien Städte, die dann entsprechend der Bleibeperspektive eine Unterkunft auswählen können. Bei bereits absehbarer Rückführungsanordnung kann ein Verbleib in der Erstaufnahmeeinrichtung geboten sein.

Wir Freie Demokraten wollen keine Hoffnung schüren, wo keine Bleibeperspektive gegeben ist. Wir wollen Duldungstatbestände im Asylrecht transparenter konkretisieren und den Menschen frühzeitig ein Signal geben, dass ein Verbleib in Deutschland unter den gegebenen Umständen nicht möglich ist. Genauso wollen wir aber Perspektiven eröffnen, wenn eine Zuwanderung als Fachkraft möglich ist. Diese Prüfung muss Teil der Feststellung der Bleibeperspektive sein. Eine schnelle Vernetzung der Personen mit Institutionen am Arbeitsmarkt kann hier zu einer Beschleunigung von Integration

führen. Uns Freien Demokraten ist bewusst, dass wir auf gute Fachkräfte in den nächsten Jahren nicht verzichten können. Die Wirtschaft Deutschlands braucht vieler Hände Arbeit. Wir werden niemanden ausschließen, der sich am weiteren Erhalt und Aufbau des Wohlstands in Deutschland beteiligen und dann auch davon profitieren möchte.

Integrationsbemühungen in den Kommunen unterstützen

Wir Freie Demokraten wollen es den Landkreisen und kreisfreien Städten leicht machen, Integration zu leisten.

Denn die Kommunen sind für die Integrationsarbeit maßgeblich zuständig. In den Städten und Dörfern unseres Freistaats werden Asylsuchende und Zugewanderte von engagierten Bürgern, Vereinen, sozialen Trägern, den Schulen, Kindergärten und Gemeindeverwaltungen aufgenommen und in das gesellschaftliche Leben eingebunden. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass die Mitmenschen eine Bleibeperspektive haben und die Integrationsbemühungen nicht irgendwann ins Leere laufen. Schon allein deswegen ist es wichtig, frühzeitig Entscheidungen in den Asylverfahren herbeizuführen. Genauso müssen die Kommunen auch finanziell und organisatorisch für diese Aufgaben der Integration ausgestattet werden.

Bei den Angeboten für den Spracherwerb müssen wir flexibler sein. Nichts spricht dagegen, allen den Zugang zu Sprachkursen zu ermöglichen, die für längere Zeit in Deutschland sind. Aber auch hier erwarten wir Eigenverantwortung. Gerade die Digitalisierung und entsprechende Sprachlern-Applikationen geben jedem und jeder die Möglichkeit, in Eigenverantwortung die deutsche Sprache zu lernen.

Zentrale Ausländerbehörde zur Unterstützung der Kommunen

Wir Freie Demokraten sind nach wie vor davon überzeugt, dass die Aufgaben Migration und Integration auch wegen ihrer Nähe zu den kommunalen Verantwortungsträgern am besten im Innen- und Kommunalministerium aufgehoben sind. Für die Unterstützung der Kommunalen Ausländerbehörden und die Koordination landesweiter Herausforderungen wie die Identitätsfeststellungen und Aufenthaltsbeendigungen (Abschiebungen) wollen wir eine zentrale Ausländerbehörde einrichten, in der nicht nur Experten im Zuwanderungsrecht beschäftigt sind, sondern auch entsprechend spezialisierte Einheiten für die Durchsetzung von Aufenthaltsbeendigungen gebildet werden können. Diese sollen eng mit den kommunalen Ausländerbehörden zusammenarbeiten, um auch bereits erfolgte Integrationstatbestände berücksichtigen zu können.

Modernisierung der Verwaltung für einen dienstleistenden Staat

Die Modernisierung der Verwaltung ist eines unserer zentralen Anliegen. Während die Bürgerinnen und Bürger Dokumente immer form- und fristgerecht beizubringen haben, tut sich der Staat schwer damit, Verfahren zügig, transparent und bürgerfreundlich durchzuführen. Bürger, Unternehmen und Verwaltungen gemeinsam zu entlasten, und Prozesse schneller, effizienter und einfacher zu gestalten – das ist unser Ziel.

Zentrale Digitalisierung für den übertragenen Wirkungskreis

Die Kommunen müssen eine große Bandbreite an Aufgaben erfüllen. Um sie dabei zu unterstützen, muss der Freistaat Thüringen die digitalen Anwendungen, die für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises notwendig sind, zentral entwickeln und den Kommunen zur Verfügung stellen. Das ist

Grundlage für einen zentralen Support sowie einheitliche Schnittstellen für den Datentransfer. Wir Freie Demokraten wollen außerdem nach einer umfangreichen Aufgabenanalyse auch die Rückübertragung von Aufgaben der Kommunen im übertragenen Wirkungskreis zurück auf die Landesebene in Erwägung ziehen, um so die kommunalen Behörden zu entlasten und durch Aufgabenbündelung die Aufgaben dort effizienter erledigen zu können, wo sich die Möglichkeit dazu ergibt.

Kompatibilität von Schnittstellen als Grundpfeiler einer modernen Verwaltung

Ein vielfältiger Markt für IT-Anwendungen mit unterschiedlichen Anbietern bringt mit sich, dass die Verwaltungen in Bund, Ländern und Gemeinden oft mit unterschiedlichen Programmversionen beziehungsweise der Software unterschiedlicher Hersteller arbeiten. Diese sind zuweilen untereinander nicht kompatibel, weshalb ein automatischer Datentransfer häufig nicht möglich ist.

In vielen Bereichen der Thüringer Landesverwaltungen werden zwar die gleichen Programme verwendet, unzureichende Kompatibilität und fehlende Schnittstellen verhindern jedoch automatischen Datentransfer zwischen den Institutionen. Stattdessen werden die Daten teilweise ausgedruckt und händisch wieder eingepflegt. Abgesehen von der Absurdität solcher Vorgänge, kann sich der Freistaat mit Blick auf den fortschreitenden Fachkräftemangel einen solchen Einsatz wertvoller Arbeitszeit schlichtweg nicht mehr leisten. Die Kompatibilität aller in der Verwaltung verwendeter Systeme ist zwingende Voraussetzung, um überhaupt durch Digitalisierung eine effizientere Verwaltungsarbeit zu gewährleisten.

Wir Freie Demokraten fordern die zügige Definition von Schnittstellen für die schnelle und reibungslose Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verwaltungsanwendungen. Ein seit Jahrzehnten erprobtes Beispiel ist der Gemeinsame Ausschuss für Elektronik im Bauwesen (GAEB), über dessen Schnittstellen jede gängige Ausschreibungssoftware im Bau verfügt.

Bürokratieabbau durch effiziente Digitalisierung und Standardabbau

Die Freien Demokraten setzen sich von jeher für einen schlanken, aber funktionierenden Staat ein. Leider sind derzeit weite Teile der Verwaltung Bürokratiemonster, zum Leidwesen sowohl der Bürger als auch der dort beschäftigten Verwaltungsangestellten und -beamten. Dies entwickelt sich zu einem echten Standortnachteil. Daher fordern wir, dass intelligente digitale Prozesse die Verwaltungstätigkeiten beschleunigen und einfacher machen. Darüber hinaus ist es notwendig zu prüfen, an welchen Stellen Bürokratie durch die Vereinfachung oder Streichung von Vorschriften, Verordnungen und Gesetzen abgebaut werden kann. Manche gesetzlich verankerten Standards sind schlichtweg überholt beziehungsweise überflüssig. Wir Freie Demokraten wollen Thüringen entfesseln durch weniger und einfachere Regeln.

Deswegen werden wir auch in der nächsten Legislatur erneut ein Standarderprobungsgesetz vorlegen. Damit wollen wir den kommunalen Körperschaften ermöglichen, neue Formen der Aufgabenerledigung zu testen, die dann nach erfolgreicher Umsetzung in der Praxis auch landesweit adaptiert werden können. Ein solches Gesetz dient dazu, den zukünftigen Herausforderungen der Kommunen mit flexiblen und an die Gegebenheiten vor Ort angepassten Lösungen zu begegnen, und so neue Wege bei der Aufgabenerfüllung auszuprobieren. Dass das funktionieren kann, zeigt beispielsweise die Praxis im Bundesland Brandenburg.

Cyber-Sicherheit in den Kommunen

Der Cyber-Angriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld hat diesen etwa zwei Millionen Euro gekostet und bis heute laufen noch nicht alle Prozesse wieder im Normallauf. Wir Freie Demokraten sehen in der Cybersicherheit unsere Achillesferse im Informationszeitalter, daher wollen wir ihre Bedeutung für Verwaltung und für die Wirtschaft stärken. Wir brauchen eine umsetzbare und agil weiterzuentwickelnde

Cybersicherheitsstrategie. Hierbei ist insbesondere die Prävention zu stärken.

Dies ist durch regelmäßige Überprüfung der Notfallregelungen sowie eine konsequente Einbeziehung der „Human Firewall“ zu erreichen. In den meisten Fällen entstehen Cyberangriffe durch unbedachtes Verhalten von Mitarbeitern in den Verwaltungen. Um dies in Zukunft zu minimieren oder im besten Fall ganz zu verhindern, muss das Personal intensiv und regelmäßig geschult und beraten werden.

Gerade in den Kommunen ist es oft gar nicht möglich, qualifiziertes Fachpersonal für den Bereich der Cybersicherheit zu finden. Daher sprechen wir Freie Demokraten uns dafür aus, dass im Innenministerium alle Kompetenzen in diesem Bereich gebündelt und ausgebaut werden. Dann sollen die Kommunen dort entsprechende Ansprechpartner finden und Unterstützung erhalten.

Darüber hinaus müssen Kosten für eine sichere IT-Infrastruktur im Rahmen des Konnexitätsprinzips in die Erfassung des kommunalen Finanzbedarfs im kommunalen Finanzausgleich mit einberechnet werden. Denn IT-Sicherheit ist Pflichtaufgabe auf allen Verwaltungsebenen.

Freiheit vor Ort in der kommunalen Familie

Wir Freie Demokraten stehen für Freiheit und Selbstbestimmung vor Ort in der kommunalen Familie. Unser Ziel ist die Schaffung schlagkräftiger Verwaltungseinheiten und die rechtliche Verankerung neuer Formen der kreisübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten bei gleichzeitiger Stärkung von Zentralfunktionen im Landesverwaltungsamt. Die politischen Entscheidungen im Sinne der regionalen Identität belassen wir vor Ort und schaffen zugleich effizientere, digitale und großräumige zukunftsfeste Verwaltungsstrukturen. Vor allem der kommunale Aufgabenbereich im übertragenen Wirkungskreis muss komplett in diesem Sinne auf den Prüfstand gestellt werden. Hier müssen dringend Synergien gebündelt und standardisierte Prozesse geschaffen werden. Wir können uns keine unterschiedlichen Verwaltungsgeschwindigkeiten bei der Erfüllung gleicher Aufgaben leisten. Die Effizienz der Arbeitsprozesse innerhalb des Landesverwaltungsamtes wollen wir nachhaltig verbessern, insbesondere im Zusammenspiel mit den Ministerien und den Kommunen.

In den Gemeinden steht die Erfüllung der Daseinsvorsorge, die Sicherheit und die Lebensqualität für die Einwohner im Mittelpunkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Städte und Dörfer, auf der Grundlage eines fairen Interessenausgleichs bei der finanziellen Ausstattung zwischen Land und kommunaler Familie, möglichst selbstbestimmt die Leistungsfähigkeit der Aufgabenerfüllung im eigenen Wirkungskreis und die Potenziale interkommunaler Zusammenarbeit bewerten können. In kommunalen Verwaltungsstrukturen, in denen die Verwaltung und die Einwohnerschaft im Sinne des öffentlichen Gemeinwesens gemeinsam nicht mehr in der Lage sind, ihre Aufgaben kosteneffizient und leistungsfähig vollständig zu erfüllen, müssen in der Zukunft auch neue Wege gegangen werden. Kommunen, welche aus eigenem Willen heraus den Weg Richtung einer neuen Gemeindestruktur wählen, sollen zukünftig weiter eine Landesunterstützung in Form eines einmaligen Start-Zuschusses erhalten.

Interkommunale Zusammenarbeit weiter fördern

Ein Weg, trotz kleinteiliger Strukturen und trotz Selbstständigkeit auch in kleinen Gemeinden, nicht in jedem Dorf das Rad neu erfinden zu müssen, besteht in der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ). Sie schafft leistungsfähige regionale Strukturen, ohne dabei die Selbstverwaltung vor Ort einzuschränken. Ob gemeinsame Bauhöfe, gemeinsame Wasser- oder Feuerwehren, gemeinsame Behörden – wie heute schon oft bei Standesämtern praktiziert: Dem Ideenreichtum vor Ort sind da keine Grenzen gesetzt. Wir werden die bestehende rechtliche Förderung von Initiativen interkommunaler Zusammenarbeit mit Blick auf ihre Wirksamkeit überprüfen und streben eine grundlegende Vereinfachung an, um den Abruf öffentlicher Finanzmittel für die kommunale Familie zu erleichtern.

Bagatellgrenze zum förderunschädlichen Maßnahmenbeginn

Wir Freie Demokraten wollen eine Bagatellgrenze von 100.000 Euro für den förderunschädlichen Maßnahmenbeginn einführen. Der bürokratische Aufwand bei der Beantragung von Fördermitteln stellt insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen sowie gemeinnützige Organisationen eine erhebliche Belastung dar. Durch die Einführung der Bagatellgrenze können notwendige Investitionen noch vor dem eigentlichen Maßnahmenbeginn angestoßen werden.

Reform des Thüringer Vergaberechts

Wir fordern eine Reform des Thüringer Vergabegesetzes, um sowohl der Wirtschaft als auch den Behörden die Arbeit zu erleichtern. Vergabeverfahren müssen grundsätzlich vereinfacht werden. Das beginnt damit, dass vergabefremde Kriterien, wenn sie überhaupt Teil eines Vertrages sein sollen, lediglich in der Leistungsbeschreibung und den Vertragsbedingungen aufgeführt werden und nicht im Vergabeverfahren zu berücksichtigen sind. Dies soll Rechtssicherheit für die am Verfahren Beteiligten schaffen und die Verfahrensdauer verkürzen.

Darüber hinaus soll verstärkt mit losweisen Vergaben gearbeitet werden, wobei die Losgrößen für kleinere und mittelständische Unternehmen zu bewältigen sein müssen. Die Anforderungen sollten in den Ausschreibungsbedingungen nur so hoch gesetzt werden wie für den konkreten Fall notwendig und nicht so hoch wie möglich.

Eigentum verpflichtet. Das gilt auch für öffentliches Eigentum.

Zu den Immobilieneigentümern im Freistaat Thüringen gehört in nicht unerheblichem Umfang auch der Freistaat Thüringen. Wir Freie Demokraten fordern, dass das Land als Eigentümer mit gutem Beispiel vorangeht, seine Immobilien in einem guten Zustand erhält und wenn bestimmte Gebäude bzw. Grundstücke nicht mehr gebraucht werden, dafür Sorge trägt, dass es eine angemessene und zeitnahe Nachnutzung gibt, die einer geordneten städtebaulichen Entwicklung vor Ort gerecht wird. Dazu bedarf es fachlich rechtzeitig im Vorfeld des Nutzungsendes einer qualifizierten konzeptionellen Arbeit in verantwortungsbewusster Kooperation mit den betroffenen Kommunen, um regionale Akteure vernetzen und erforderlichenfalls frühzeitig entsprechende Bauleitplanungen einleiten zu können. Dies gilt für den Umgang mit ehemaligen Klinikgebäuden in Jena genauso wie für die gemäß Staatsvertrag mit Sachsen in absehbarer Zeit außer Betrieb zu nehmende JVA Hohenleuben. Hier wird der Freistaat dem Grundsatz, dass Eigentum verpflichtet, in keiner Weise gerecht. Wir sagen aber, dass es Investruinen wie die so genannte „Kettenburg“ in Tonna aufgrund konzeptionell unzureichenden Handelns des Freistaats in Zukunft nicht mehr geben darf.

Nachhaltigkeit durch Innovation

Freie, unternehmerische und mittelständisch geprägte Landwirtschaft

Wir Freie Demokraten stehen für eine freie, unternehmerische, nachhaltige und mittelständisch geprägte Landwirtschaft. Deshalb wollen wir Bürokratie auf allen Ebenen abbauen und unsere Landwirte nicht durch zusätzliche Vorschriften belasten. Wir stehen für eine zukunfts- und marktorientierte Landwirtschaftspolitik in Thüringen, die sich konsequent am Verbraucher ausrichtet. Eine starke Landwirtschaft ist Garant und wesentlicher Partner für einen ländlichen Raum mit Perspektive. Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Thüringens leisten einen elementaren Beitrag zum Erhalt und zur Pflege unserer Kulturlandschaften. Darüber hinaus sind sie auch ein Tourismusfaktor im Freistaat und

tragen, durch regionales Engagement, zu einem lebhaften und lebenswerten Miteinander in ländlichen Räumen bei.

Die gesellschaftlichen Ansprüche an eine moderne, multifunktionale und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft steigen. Deshalb wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stärken. Landwirte brauchen eine Agrarpolitik, die ihnen weiterhin eine flächendeckende, leistungsfähige Nahrungsmittelerzeugung bei gleichzeitig möglichst weitgehender Schonung der Ressourcen ermöglicht. Zahlreiche Themen in Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Energiewende und regionaler Entwicklung waren und sind nur gemeinsam mit der Landwirtschaft zum Erfolg zu bringen. Die Politik auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene ist gegenüber den landwirtschaftlichen Betrieben zu einer planbaren, langfristigen und verlässlichen Zusammenarbeit verpflichtet. Wir Freie Demokraten in Thüringen stehen deshalb auch in Zukunft für Subsidiarität (Das bedeutet: Was unten entschieden werden kann, soll auch unten entschieden werden.) und drängen darauf, die Möglichkeiten der Subsidiaritätsrügen auf Landesebene ebenso auszuschöpfen wie die Rüge bei nicht gegebener Verhältnismäßigkeit neuer Vorschriften. Zugleich wollen wir die Landesvertretungen in Brüssel und Berlin in ihrer Rolle als Frühwarnsystem auch für unsere Landwirte stärken. Berichtspflichten müssen drastisch reduziert und vereinfacht werden, unsere Landwirte sind für uns Partner und nicht Gegner der Gesellschaft. Wir halten es für einen Fehler, beispielsweise hohe Nitratbelastungen einseitig der Landwirtschaft anzulasten und sehen auch die Notwendigkeit, Einflüsse etwa aus Kanalisationssystemen mit in die Betrachtung einzubeziehen. Hinsichtlich der sogenannten „Roten Gebiete“ suchen wir gemeinsam mit den betroffenen Landwirten nach Lösungen.

Unternehmerische Freiheit und Eigeninitiative müssen wir dabei stets im Blick behalten und befördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Landwirte wieder ein angemessenes Einkommen erwirtschaften können und ihre gesellschaftlichen Leistungen anerkannt werden, z. B. durch den Abbau von Bürokratie und überbordenden Regulierungen, die Verbesserung von Vermarktungsstrukturen und die Sensibilisierung der Verbraucher. Echte Risikovorsorge beginnt nicht in der Krise, sondern davor. Deshalb setzen wir uns auch auf Bundesebene für eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage in der Land- und Forstwirtschaft ein. Um Ertragsschwankungen für landwirtschaftliche Betriebe infolge von Wetterrisiken zu minimieren, soll Land- und Forstwirten die Bildung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage bis zur Höhe des durchschnittlichen Gewinns der vergangenen vier Wirtschaftsjahre ermöglicht werden.

Wir Liberale in Thüringen haben uns bereits – beispielsweise mit dem erfolgreichen Antrag zur mobilen Schlachtung – dafür eingesetzt, die Abhängigkeit der Landwirtschaft von Monopolen und Oligopolen etwa beim Schlachten oder auch beim Vertrieb zu verringern. Wir unterstützen regionale Initiativen zur Wiedereinrichtung regionaler Schlachthöfe oder auch zur gemeinsamen Vermarktung Thüringer Lebensmittel. Marktvielfalt ist das beste Mittel, das Preisdiktat der Konzerne zu durchbrechen. Die Thüringer Landwirte werden wir auch weiterhin in ihrem Einsatz für das Tierwohl unterstützen.

Wir Freie Demokraten stehen für die Verlässlichkeit und Rechtssicherheit behördlicher Entscheidungen. Sind Anlagen beispielsweise in der Viehzucht durch Behörden genehmigt, müssen sie über ihre gesamte Abschreibungsdauer Bestandsschutz haben.

Landwirte engagieren sich seit Jahrzehnten im Bereich der erneuerbaren Energien und können in vielfältiger Weise zum Energiemix der Zukunft beitragen. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für einen Ausbau des Biogassektors für Verstromung und Gasnutzung, die Agro-Photovoltaik (als Kombination von Energie- und Agrarproduktion) sowie die generelle Stärkung der Landwirte als Energiewirte ein. Wir Thüringer Liberale sehen auch Bio-Kraftstoffe als ökologisch sinnvolle Alternativen an, die die Einkommen landwirtschaftlicher Betriebe unterstützen können und für deren Einsatz es sich zu streiten lohnt.

Innovationen und Agrarforschung: Chancen und Risiken ideologiefrei abwägen

Landwirte sind gut ausgebildete Fachleute, die ihren Beruf mit Leidenschaft ausfüllen und sich ständig weiterbilden. Wir setzen uns für die gesellschaftliche Anerkennung dieser Qualifikationen und gegen das zunehmend vorverurteilende Misstrauen gegen landwirtschaftliche Tätigkeiten ein.

Wir Freie Demokraten orientieren uns an neuen Entwicklungen der Produktionsmethodik sowie am technischen Fortschritt und wissenschaftlichen Erkenntnissen für eine moderne Landwirtschaft. Die Sicherheit für Mensch und Umwelt hat oberste Priorität. Für uns sind die Anwendungen der Biotechnologie stets eine objektive Abwägung der Chancen und Risiken. Für deren gesellschaftliche Akzeptanz wollen wir Freie Demokraten den mündigen Verbraucher durch transparente Informationen sensibilisieren und das Forschungsklima technologiefreundlich gestalten. Eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Tiere und Pflanzen sowie deren Folgeprodukte befürworten wir ausdrücklich im Sinne einer qualifizierten Kaufentscheidung der Verbraucher und Erzeuger.

Wir Freie Demokraten befürworten die verantwortbare Zulassung grüner Gentechnik in der Landwirtschaft und eine ergebnisoffene Diskussion über ihren weiteren Einsatz. Das Genome Editing ist eine Chance zur schnelleren Züchtung von Pflanzen mit spezifischen Eigenschaften. Die Gefahr einer weltweiten Monopolbildung möchten wir ausschließen. Dafür muss der europäische Markt insgesamt wettbewerbsfähiger werden, indem bürokratischer Aufwand und schwierige Zulassungsverfahren reformiert werden. Hierbei setzen wir auf eine aktive Einbindung von Fachleuten, die Entscheidungen anhand von Fakten (und nicht anhand von Ideologien) treffen. Das Prinzip der Risikovorsorge muss auch bei der Gentechnik beachtet werden.

Liberale Umweltpolitik handelt mit den Menschen – nicht gegen sie

Mit Hans-Dietrich Genscher, der als damaliger Bundesinnenminister das Umweltressort zunächst in seinem Ministerium aufbaute, stellte die FDP den ersten Umweltminister Deutschlands. Für uns Freie Demokraten ist die Bewahrung der Umwelt selbstverständliche Grundlage für die Existenzsicherung unserer Gesellschaft. Klimaschutz ist dabei für uns integraler Bestandteil gesamtheitlich gedachter Ökologie.

Umwelt- und Naturschutz ideologiefrei und mit Augenmaß

Wir wollen einen Umwelt- und Naturschutz mit Augenmaß. Das Nebeneinander von Mensch und Natur stellt eine große Herausforderung dar, um eine intakte und lebenswerte Umwelt auch für kommende Generationen zu erhalten. Die vorsorgliche Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang haben vor der nachsorgenden Beseitigung solcher Schäden. Moderne Umweltpolitik orientiert sich nicht an Ideologien, sondern an dem, was gut für Mensch und Umwelt ist. Deshalb müssen Umwelt- und Naturschutz mit den Menschen gemeinsam gestaltet werden. In der Umweltpolitik müssen anspruchsvolle Ziele festgelegt werden. Gleichzeitig gilt es auch, flexible Lösungen zu ermöglichen, damit diese Ziele erreicht werden können, ohne die Akzeptanz der Menschen zu verlieren. Wir fordern deshalb einen effizienteren Einsatz von Fördermitteln und eine 1:1-Umsetzung der Bundes- und EU-Regelungen. Behördliche Entscheidungen sollen möglichst bei den Kommunen liegen. Das schafft Ortsnähe, Bürgerfreundlichkeit und Transparenz. Wir stehen für einen Perspektivwechsel in der Umweltpolitik: weg von der staatsbürokratischen Umweltpolitik hin zu einer Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen Anreizen und einem deutlich reduzierten Ordnungsrecht. Staatliche Reglementierung soll es nur dort geben, wo sie unverzichtbar ist. Statt behördlicher Ausweisung neuer Naturschutzflächen wollen wir vermehrt eine ökologische Aufwertung bestehender Gebiete.

Thüringer Gewässer schützen

Auch wenn sich die meisten Gewässer in Thüringen seit dem Ende der sozialistischen Diktatur in ihrer Qualität erheblich verbessert haben, gibt es noch viel zu tun. Noch immer ist der Anschlussgrad der Thüringer Haushalte an eine geordnete Abwasserentsorgung im Bundesvergleich unterdurchschnittlich. Viele Flüsse sowie Bäche sind begradigt und naturfern verbaut. Die Zielsetzungen der Wasserrahmenrichtlinie sind weiter umzusetzen, ohne jedoch dabei die örtlichen Gegebenheiten und die Verhältnismäßigkeit aus dem Auge zu verlieren. Auch die jüngsten Hochwasserereignisse haben gezeigt, dass noch vielerorts dringender Bedarf besteht, durch die Renaturierung von Fließgewässern den Abfluss von Oberflächenwasser zu verlangsamen und so zu puffern, wie die naturnahen Verläufe auch in Trockenphasen zu einem vergleichsmäßigsten Wasserhaushalt beitragen.

Doch ebenso ist klar, dass vernünftiger Hochwasserschutz in einem so dicht besiedelten Land wie Thüringen ohne technische Bauwerke wie Talsperren, Deiche und Flutgräben nicht zu denken ist. Wir wollen deshalb unsere Talsperren im Regelfall erhalten und sowohl für den Hochwasserschutz als auch für die Wasserbevorratung für Trockenheit ebenso wie in ihrer Funktion als meist hochwertige Biotope erhalten.

Insoweit Querbauwerke, beispielsweise im Zusammenhang mit Energiegewinnung, unverzichtbar sind, soll der Eingriff so gering wie möglich gestaltet werden. Auflagen gegenüber den Betreibern von Kleinkraftanlagen sind jedoch grundsätzlich mit Augenmaß und nur so weit zwingend erforderlich zu erteilen, um die wirtschaftliche Existenz der Wasserkraftanlagen nicht zu gefährden. Als Freie Demokraten setzen wir darauf, dass Politik und Verwaltung gemeinsam mit Anglern, Jägern, Naturschützern und den Inhabern wasserrechtlicher Genehmigungen nach vernünftigen Lösungen im Einzelfall suchen, die die unterschiedlichen Interessen unter einen Hut bringen. Dabei hat der Artenreichtum für uns einen hohen Stellenwert.

Bei Wasserkraftanlagen wollen wir die Belange der Energiegewinnung und des Schutzes von Fischen durch geeignete technische Maßnahmen – wie mehr und bessere Fischaufstiege, geringe Gitterabstände oder andere Verfahren wie z. B. Schneckenräder – miteinander in Einklang bringen, ohne jedoch auf die weitgehend grundlastfähige Wasserkraft zu verzichten.

Wie die Landesregierung bei der Beantwortung kleiner Anfragen einräumen musste, wird nur an einem sehr kleinen Teil der Thüringer Talsperren auch Elektroenergie gewonnen. Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass gerade an Talsperren, an denen das Querbauwerk nun einmal nicht zu vermeiden ist, auch Energie gewonnen werden muss.

Im Rahmen des Hochwasserschutzes wollen wir die Deiche weiter fachgerecht sanieren und ausbauen, aber auch, wo das möglich ist, weiter zurücksetzen und den Fließgewässern wieder mehr Raum geben. Auch Altarme sollen, wo das möglich ist, wieder mehr in den Hochwasserschutz einbezogen werden.

Hochwasserschutz setzt aber auch voraus, das Übel an der Wurzel zu packen. Wir wollen deshalb die Regenwasserbewirtschaftung durch die Anlage von Versickerungsbauwerken wie Mulden-Rigolen-Anlagen, wo dies schadlos möglich ist, und durch den Bau von Regenrückhaltebecken in den Ortsentwässerungen stärken, um so einen wesentlich langsameren Zustrom von Regenwasser zu den Bächen und Flüssen zu erreichen. Beim Bau von Regenrückhalteeinrichtungen setzen wir verstärkt auf Teichanlagen, die nicht nur preiswerter sind, sondern zugleich das Löschwasserdargebot verbessern können und das Kleinklima fördern.

Oft gibt es gerade im Bergland Hochwasserereignisse, die nicht auf Fließgewässer zurückzuführen sind, sondern auf sogenanntes Außengebietswasser – Wasser, das von den Feldern in die Dörfer und Städte strömt. Die unterschiedliche Zuständigkeit von Kanalnetzbetreibern, Straßenbaulastträgern und Grundstückseigentümern ist dabei hinderlich: Wir Freie Demokraten wollen deshalb die

unterschiedlichen Akteure an einen Tisch bringen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Die Verringerung und Verlangsamung der Abflüsse durch Versickerung, Verdunstung und Regenrückhaltung ist bei Trockenheit zugleich ein Weg, um Hochwasser entgegenzuwirken und stellt einen wesentlichen Baustein zum Umgang mit Klimafolgen dar.

Für den Erhalt kommunaler Selbstverwaltung – auch bei Gewässern

Wir Freie Demokraten stehen für die Freiheit vor Ort. Dies gilt auch für den Unterhalt und die Entwicklung unserer Fließgewässer zweiter Ordnung. In der sechsten Legislaturperiode wurde durch die rot-rot-grüne Landesregierung die Zwangsmitgliedschaft in meist neu zu gründende Gewässerunterhaltungsverbände erzwungen. Wir Freie Demokraten wollen uns dafür einsetzen, dass der Austritt aus dem Verband möglich sein soll, wenn die Mitgliedsgemeinden in der Lage sind, die Aufgaben in eigener Zuständigkeit nachweislich besser zu erfüllen.

Gewässerbewirtschaftung mit Augenmaß begreift zudem Landwirte als Partner, nicht als Gegner. Ziel muss es sein, Wege zu finden, wie mit den Landwirten gemeinsam eine Verminderung des Nährstoffeintrags in Gewässer und eine ökologischere Gewässerentwicklung erreicht werden kann. Das bedeutet, Thüringens Einfluss auf Bundes- und europäischer Ebene stärker geltend zu machen, um bestehende Fördermechanismen so weiterzuentwickeln, dass auch Gewässerrandbereiche und renaturierte Gewässer nicht zu einer wirtschaftlichen Benachteiligung der Landwirte führen.

Abwasserbehandlung mit Augenmaß

Der massive Bau von Kläranlagen vor allem in den 1990er Jahren führte seinerzeit zu einer hohen Belastung der Grundstückseigentümer durch Abwasserbeiträge. Eine ähnliche Entwicklung ist zu befürchten, wenn in überzogener Umsetzung der EU-Vorgaben jetzt auch bei kleineren Kläranlagen hinsichtlich des Abbaus von Phosphorverbindungen und Nitraten und auch mit Blick auf Mikroplastik sowie Arzneimittelrückstände in menschlichen Ausscheidungen übertriebene Sanierungsanordnungen erlassen werden. Wir Freie Demokraten stehen deshalb dafür, bürgerfreundliche Lösungen zu finden, Auflagen nur dort zu erteilen, wo es das fehlende Selbstreinigungsvermögen des Gewässers unbedingt erfordert und darüber hinaus über Pilotprojekte nach kostengünstigeren, gegebenenfalls auch naturnahen Ausbaustufen zu suchen.

In der sechsten Legislaturperiode des Thüringer Landtags hat im Regelfall die rot-rot-grüne Koalition willkürlich in Siedlungsgebieten unter 200 Einwohnern die Abwasserbeseitigungspflichtigen (Gemeinden bzw. Zweckverbände) aus der Pflicht entlassen, den Anschluss an eine Kläranlage zu ermöglichen. Das bedeutet, dass dort die Grundstückseigentümer selbst vollbiologische Kläranlagen bauen und unterhalten müssen. Davon sind rund 1.150 Dörfer und Siedlungsgebiete in Thüringen betroffen. Das ist eine klare Benachteiligung des ländlichen Raums. Wir Freie Demokraten fordern deshalb, dass auch in den Dörfern und Siedlungsgebieten unter 200 Einwohnern die Abwasserbeseitigungspflichtigen anhand eines qualifizierten Variantenvergleichs prüfen müssen, ob eine zentrale oder semizentrale Lösung gesamtwirtschaftlicher ist und sie nur dann aus ihrer Pflicht entlassen werden können, wenn sich private Einzellösungen als kostengünstiger erweisen.

Um die Kosten der Abwasserbehandlung bei kleinen Kläranlagen gering zu halten, setzen wir auf den verstärkten Einsatz naturnaher Verfahren wie z. B. Pflanzenkläranlagen oder Abwasserteichanlagen, die zugleich im Betrieb nur wenig oder keine Fremdenergie benötigen.

Fortgeschriebene Abwasserlandbehandlung

Die Herausforderungen des Klimawandels werden neben verstärkten Hochwasserereignissen auch vermehrt Trockenheiten mit sich bringen. Deshalb wollen wir frühzeitig Wege erproben, die in Zeiten

niedrigen Wasserdargebots unkonventionelle Möglichkeiten erschließen. Dazu wollen wir auf dem Wege von Pilotprojekten eine Fortschreibung der Abwasserlandbehandlung, ähnlich wie beim Wolfsburger Modell, erproben. Anders als bei der Abwasserlandbehandlung der 1960er Jahre, bei der mechanisch gereinigtes Abwasser auf Felder ausgebracht wurde, wollen wir zunächst vollbiologisch gereinigtes Abwasser vor allem aus kleineren Kläranlagen erproben. Zugleich würde dabei der Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft reduziert und vielleicht auch zusätzliche Löschwasserreservoirs in der Natur für die Bekämpfung von Feld- und Waldbränden ermöglicht werden können.

Klimaschutz als Teil ganzheitlichen Umweltschutzes

Klimaschutz lässt sich nicht losgelöst von Umweltschutz denken. Wir Freie Demokraten stehen sowohl für die energetische Sanierung des Gebäudebestands mit Augenmaß als auch für vernünftige Verkehrslösungen. Klimaschutz bedeutet auch, Klimafolgen zu begegnen. Deshalb stehen wir für einen ökologischen Stadtumbau, der mehr Grün berücksichtigt, Dachbegrünungen ermöglicht, offene Gewässer in Städten schafft und Flächen entsiegelt, wo dies möglich und sinnvoll scheint. Standortgerechte Aufforstungen binden nicht nur Kohlendioxid, sie beschatten auch die Erdoberfläche. Dabei sind wir uns im Klaren, dass CO₂ nicht das einzige klimaschädliche Gas ist. Mit SF₆ tragen Windkraftanlagen zu einem erheblichen Anwachsen dieses Klimakillers bei. Wir Freie Demokraten fordern deshalb, dass auf Landesflächen nur noch SF₆-freie Windkraftanlagen errichtet werden dürfen.

Forstwirtschaft stärken

Wir Freie Demokraten wollen die PEFC-Zertifizierung des Thüringer Staatswaldes beibehalten. Doppelzertifizierungen lehnen wir ebenso ab wie die Ausweitung der Stilllegungsflächen. Wir setzen insgesamt auf Artenvielfalt und möchten standortgerechte Gehölze wieder stärker berücksichtigen. Die Douglasie, als wärmeverträgliche Baumart, sehen wir als guten und notwendigen Bestandteil des Waldumbaus im Zuge des Klimawandels.

Wir werden uns für die Einhaltung des Abwägungsgebotes bei Nutzungsänderungen im Wald einsetzen. Mit den Freien Demokraten wird es keinen Raubbau am Wald durch Wildwuchs von Windkraft im Wald geben. Die Errichtung von Windkraftanlagen in Thüringer Wäldern lehnen wir ab, ebenso die starren Flächenvorgaben an die Bundesländer für die Ausweisung von Windvorranggebieten.

Unsere Wälder sind ein wertvoller Landschaftsbestandteil. Wir wollen sie in ihrer Biotopwertigkeit und Resilienz entwickeln und sehen auch ihr hohes Erholungspotenzial, das zugleich einen wesentlichen Faktor für den Tourismus in unserem Freistaat darstellt. Ein gesunder und nachhaltig bewirtschafteter Wald ist ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels.

Wir Freie Demokraten möchten die Betroffenen von Borkenkäferschäden über steuerliche Verlustabschreibungen entschädigen. Wir setzen uns für die konsequente Wiederaufforstung geschädigter Waldflächen ein und werden die Waldbesitzer in dieser Generationenaufgabe unterstützen. Bestehende Programme wollen wir fortsetzen und ausbauen.

Wir als Freie Demokraten werden die Forstbetriebsgemeinschaften bei der Bewirtschaftung und Bewahrung des Grünen Herzens Deutschlands unterstützen.

Wir setzen uns ein für zukunftsfähige Holzvermarktungslösungen und wollen die Vermarktung für alle Waldbesitzerarten, auch den Kleinwaldbesitz, möglich machen. Wir unterstützen die weitergehende Modernisierung der Land- und Forstwirtschaft. Thüringen braucht in Zukunft eine aktive Politik für unsere vielfältigen, lebenswerten, ländlichen Räume. Wir wollen Strukturanpassungen unterstützen und Kulturlandschaften erhalten. Die Lebens-, Umwelt- und Wirtschaftsqualität der ländlichen Räume muss im Lichte des demografischen Wandels, der Digitalisierung, einer modernen Infrastruktur und einer zeitgemäßen öffentlichen Daseinsvorsorge weiterentwickelt werden.

Auch werden wir weiterhin für eine verstärkte Nutzung heimischer Hölzer in der Bauwirtschaft werben.

Jagd ist Natur- und Tierschutz

Für uns Freie Demokraten ist Jagd verlässlicher Natur- und Tierschutz. Artenreiche und angepasste Bestände wild lebender Tiere sind seit Jahrzehnten das Ziel der Jägerinnen und Jäger. Mit ihnen gemeinsam setzen wir uns für den Natur- und Tierschutz zum Wohle des Wildes, des Waldes und der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen ein. Konkret müssen wir uns auch Einzelthemen widmen, die nachfolgend beschrieben werden.

Jagdrecht beim Wolf: ja – Jagdzeiten: nein

Der Wolf kehrt in unsere mitteldeutschen Wälder zurück. Diese Entwicklung ist aus ökologischer Sicht zu befürworten, allerdings müssen die damit einhergehenden Sorgen der Menschen auch ernst genommen werden. Die Akzeptanz der Wölfe in der Gesellschaft setzt ein verantwortungsbewusstes Wolfsmanagement voraus.

Wir stehen für eine unbürokratische Entschädigung von durch Wolfsrissen betroffene Weidetierhalter in Thüringen. Herdenschutzmaßnahmen wie wolfssichere Zäune, Herdenschutzhunde oder -esel sollen weiterhin gefördert werden.

Wir Freie Demokraten wollen den Wolf auf europäischer Ebene im Schutzstatus zurückstufen, um perspektivisch eine Aufnahme in das Jagdrecht zu ermöglichen. So können wir auf die aktuelle Bestandsentwicklung reagieren. Der Wolf muss als jagdbare Tierart eingestuft werden, damit in Einzelfällen in Bestände eingegriffen oder umgehend auf Problem- oder Hybridwölfe reagiert werden kann. Ein angefahrener Wolf kann ohne das Jagdrecht nur vom Amtsarzt erlöst werden. Diese Praxis lässt verwundete Tiere unnötig leiden, wenn ein Amtsarzt nicht schnell verfügbar ist.

Jagd, Sportschützen und Waffenrecht nicht weiter einengen

Wir Freie Demokraten sehen die Landesjägerschaften als wichtige Partner beim Naturschutz. Weitere Einschränkungen für rechtstreu Sportschützen, Jäger und Waffensammler lehnen wir ab, insbesondere eine verschärfte Umsetzung des EU-Rechts durch den Bundesgesetzgeber. Anlasslose Kontrollen stellen eine Einschränkung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung dar und sind gegenüber unbescholtenen Bürgern nicht akzeptabel. Die Bedrohung der inneren Sicherheit geht von illegalem Waffenbesitz aus, der konsequent bekämpft werden muss. Eine Waffensteuer lehnen wir ab.

Europaweites Kormoran-Management

Wir Freie Demokraten hinterfragen den Schutzstatus des Kormorans und des Bibers. Der Bestand von Reh-, Dam-, Rot-, Schwarzwild und Füchsen wird vom Menschen reguliert. Kormorane sind bestandsgefährdend für die Fischfauna in kleineren Fließgewässern. Der Fortbestand einzelner Populationen wird dadurch gefährdet. Ein regulierender Eingriff des Menschen ist notwendig, weil keine selbstregulierende Natur mehr vorhanden ist. Beim Bestandsmanagement des Kormorans streben wir eine europäische, mindestens aber eine bundeseinheitliche Lösung an. Eine Bejagung in Thüringen darf weder auf Gebiete noch zeitlich eingeschränkt werden. Die Vermehrung dieses hochmobilen Jägers ist europaweit kaum mehr einzudämmen und bedarf eines entschlossenen Vorgehens, um dem Totalverlust wesentlicher Fischarten entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir Freie Demokraten hierbei die Kleinteiligkeit beenden und durch ein europaweites Kormoranmanagement ersetzen.

Bibermanagement für Thüringen

Die Vermehrung des Bibers muss verantwortlich beobachtet werden. Während an großen Flüssen

kaum mit Beeinträchtigungen zu rechnen ist, kann der Dammbau an kleinen Bächen und Zuflüssen zur Trockenlegung von Teichen und zur Überflutung von Nutzflächen führen. Daraus resultieren erhebliche Beschädigungen an der Infrastruktur und an Hochwasserschutzanlagen. Hier muss in Abstimmung mit kommunalen Behörden im Einzelfall der Abschuss von „Problem“-Bibern möglich sein.

Umweltverträgliche Kaliproduktion auf dem aktuellen Stand der Technik

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine umweltverträgliche Kaliproduktion auf dem aktuellen Stand der Technik ein. Ziel unserer umweltpolitischen Agenda sind die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze in der Kaliregion sowie eine naturnahe und saubere Werra gleichermaßen. Die Verursacher der Werraversalzung und der Laugenverpressung müssen die Verantwortung für die ökologischen Folgen der Kaliproduktion und der Halden tragen. Wirtschaftliche Belange und der Natur- und Umweltschutz müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie müssen in Zukunft erfüllt werden.

Biologische Vielfalt erhalten

Wir wollen den Verlust der biologischen Vielfalt in Thüringen stoppen. Die Ursachen für den besorgniserregenden Rückgang von blütenbestäubenden Fluginsekten wie Bienen und Schmetterlingen müssen geklärt und ein dauerhaftes Insekten-Monitoring aufgebaut werden, um die Insektenvielfalt mit gezielten Maßnahmen wieder steigern zu können. Insekten sind auch eine wichtige Nahrungsquelle für viele heimische Fisch- und Vogelarten. Die Auswirkungen der monokulturellen Bewirtschaftung von Flächen sowie der Verlust von Brut- und Nistplätzen für Insekten durch den Sedimenteintrag in Gewässer müssen deshalb besonders beobachtet werden. Der Erhalt der biologischen Vielfalt erfordert auch die konsequente und dauerhafte Bekämpfung invasiver Tier- und Pflanzenarten. Wir begrüßen die Einstellung der Planungen für ein Pumpspeicherwerk Schmalwasser in Südthüringen, denn die schwerwiegenden Eingriffe hätten die Natur langfristig und unumkehrbar verändert.

Echte Kreislaufwirtschaft statt Ressourcenverschwendung

Wir setzen uns für eine Vereinfachung des Baustoffrecyclings ein. Die Verwendung von Recyclingbaustoffen auch für geotechnische Bauwerke wie im Deponiebau oder bei der Sanierung von Bergbaufolgelandschaften und dergleichen muss ermöglicht werden. Wir befürworten eine praxisnahe Gestaltung und Auslegung der Ersatzbaustoffverordnung über die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA).

Beispielsweise könnte die Verfüllung von Baugruben bei Investruinen als technisches Bauwerk im Sinne der LAGA definiert werden, um diese Brachen schnell und unbürokratisch zu reaktivieren.

Mobilität für alle

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung der Teilhabe in unserem Freistaat, sei es bei der Freizeitgestaltung oder der Erreichbarkeit des Arbeits- oder Ausbildungsplatzes. Hierbei haben wir Freie Demokraten nicht nur die soziale Teilhabe im Blick, sondern auch die Teilhabe an Chancen und individuellen Gestaltungsmöglichkeiten für das eigene Leben. Kein Thüringer darf sich abgehängt vom Zugang zu Infrastruktur und Mobilitätsangeboten fühlen. Nur so ist eine freie Entfaltung der persönlichen Lebensgestaltung möglich.

Gute Straßen braucht das Land

Wichtig für die Freien Demokraten ist, dass der Investitionsstau auf Thüringens Straßen ein Ende hat. Dafür müssen im Landeshaushalt die notwendigen Haushaltsmittel eingestellt werden und

alternative Finanzierungsvarianten Anwendung finden. Darüber hinaus fordern wir die Erstellung eines Straßenkatasterplans zum Zustand, zur Auslastung und zum Investitionsbedarf auf Landesebene. Wir Freie Demokraten lehnen zudem die Herabstufung von unsanierten Landes- zu Kreis- oder Kommunalstraßen ab, da sich der Freistaat dadurch der Erhaltungspflicht entzieht und notwendige Investitionskosten vom Land auf die Kreise und Kommunen überträgt. Die finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen dürfen nicht dazu führen, dass künftige Ausbaumaßnahmen und der Erhalt der Landesstraßen vor dem Aus stehen.

Bei anstehenden Infrastrukturbaumaßnahmen fordern wir eine Priorisierung der Straßenbauprojekte, um diese zügig fertigzustellen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine zeitnahe Umsetzung aller im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) eingebrachten Projekte in Thüringen ein.

Auch gilt es zu prüfen, ob die Errichtung von Straßen mit einer geringen Verkehrslast nach den Regeln des ländlichen Wegebbaus erfolgen kann, um Verfahren zu verkürzen und Kosten zu reduzieren.

Wettbewerbsfähige Straßeninfrastruktur

Straßen sind nicht nur das Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur, sie stehen für Mobilität und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und schaffen die Voraussetzungen für eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft in Thüringen. Deshalb müssen von zentralen Verkehrsadern weiter entfernte Regionen (z. B. Saalfeld-Rudolstadt oder Bad Salzungen) an direkt ausgebaute Autobahnzubringer oder überregional ausgerichtete Fernstraßen angeschlossen werden, um auch hier die Voraussetzungen für Investitionen und Lebensqualität zu schaffen. Die Zusammenarbeit Thüringens mit den benachbarten Bundesländern muss diesbezüglich ebenfalls deutlich verbessert werden. Straßen und Brücken in Thüringen befinden sich überwiegend in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand und müssen in den kommenden Jahren nachhaltig saniert werden. Die Infrastrukturpolitik im Freistaat muss die in der heutigen Zeit erhöhten Anforderungen an die Mobilität verstärkt in den Fokus rücken.

Zur Beschleunigung von Bauprojekten im ländlichen Raum, beispielsweise bei Dorfverbindungsstraßen, setzen wir Freie Demokraten uns für eine Standardvereinfachung bei Erschließungsanlagen und Verkehrswegen mit niedrigen Verkehrsbelastungszahlen ein. Hierbei können die Entwurfsstandards des ländlichen Wegebbaus als Grundlage dienen.

Die intelligente Straße – smarte Verkehrssteuerung und autonomes Fahren

Wir Freie Demokraten sehen in intelligenter Verkehrssteuerung, die den Verkehrsfluss in und um Städte autonom regelt, große Innovationspotenziale für mehr Ressourceneffizienz. So können Parkleitsysteme den Verkehr in Städten deutlich reduzieren und zu lebenswerteren Innenstädten beitragen.

Die digitale Infrastruktur mit entsprechenden 5G-Netzen und Gigabitverbindungen für autonomes Fahren möchten wir schnellstmöglich bereitstellen. Thüringer Autobahnen möchten wir zu 5G-Autobahnen aufrüsten. Wir Freie Demokraten werden insbesondere Forschung und Entwicklung für autonome Mobilität unterstützen und Thüringen damit insgesamt wieder zum Vorreiter machen. Deshalb setzen wir uns für entsprechende Lehrstühle an der Technischen Universität Ilmenau ein.

Wir sehen im Freistaat große Potenziale für Anwendungen der autonomen Mobilität: vom Individualverkehr bis zum autonomen ÖPNV, aber auch als Baustein zur Lösung des Fachkräftemangels im Transportgewerbe. Wir Freie Demokraten wollen Innovationen und neue Mobilitätsangebote für die Bürger erlebbar und das alltägliche Leben in der Stadt und auf dem Land besser machen.

Mobilität der Zukunft – technologieoffen und ideologiefrei

Wir Freie Demokraten wollen ein Innovationsreferat für die Mobilität der Zukunft im Infrastruktur-

ministerium schaffen. Die Entwicklung von zukunftsfähigen Antriebskonzepten im Individualverkehr (etwa Elektromobilität oder Brennstoffzelle) muss technologieoffen und ideologiefrei begleitet werden. Insbesondere eine einseitige Festlegung auf batterieelektrische Antriebe ist kritisch zu hinterfragen. Ein Mix aus klassischen Verbrennungsmotoren mit regenerativen Energieträgern, batterieelektrischen sowie Brennstoffzellenantrieben ist hierbei nach gegenwärtigem Stand der Technik die bevorzugte Wahl. Wir Freie Demokraten möchten Infrastruktur (etwa Ladestationen oder Wasserstofftankstellen) bereitstellen, anstatt kurzfristig Autos zu subventionieren. Ein Ausbau der benötigten flächendeckenden Infrastruktur muss beschleunigt werden. Fahrverbote für Dieselfahrzeuge lehnen die Freien Demokraten ab.

Auch auf der Schiene ergeben sich Potenziale, vor allem auf den nichtelektrifizierten Strecken in Thüringen, welche mit alternativ betriebenen Fahrzeugen erschlossen werden können.

Mobilität für alle – Stadt und Land verbinden

Eine gute Erreichbarkeit mit angemessenen Wegezeiten und attraktiven Verbindungen, vor allem im ländlichen Raum, ist eine Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Thüringen. Wir Freie Demokraten wollen durch bedarfsgerechte, nachfrageorientierte und bezahlbare Verkehrs- und Mobilitätskonzepte die Trennung zwischen Stadt und Land überwinden.

In Zukunft können wir unsere Mobilität per App abrufen, anstatt uns nur nach festen Fahrplänen zu richten. Diese Chancen möchten wir nutzen und mit innovativen Mobilitätsangeboten wie autonomen Kleinbussen oder Straßenbahnen erproben und nutzen.

Ebenso wollen wir das Angebot an Rufbussen und Bürgerbussen gemeinsam mit regionalen Personenbeförderungsunternehmen unter vollständiger Berücksichtigung der rechtlichen und gewerblichen Gesichtspunkte ausbauen. Diese Angebote dienen vor allem als Ersatz und Ergänzung des öffentlichen Mobilitätsangebots für niedrig frequentierte Strecken und Zeiten. Ein moderner ÖPNV muss heute mehr leisten als das klassische Linienangebot des Schülerverkehrs. Des Weiteren werden wir den Taktfahrplan im Busbetrieb sowie die Intermodale Mobilität zwischen Straße und Schiene voranbringen.

Fußverkehr stärken, mehr Sicherheit für Fußgänger schaffen

Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Menschen auch zu Fuß sicher von A nach B kommen. Hierzu sind sichere Fußwege erforderlich. In den großen Städten (z. B. Jena, Weimar) sind dabei auch eigene Bereiche nur für Fußgänger notwendig, in denen sie sich ohne andere Verkehrsteilnehmer sicher bewegen können. Wir Freie Demokraten wollen damit Bereiche für mobilitätseingeschränkte Menschen, Menschen mit Kindern und ältere Menschen schaffen, in denen sie keine Angst vor Autos oder Radfahrern haben müssen.

Fahrradmobilität stärken – Infrastruktur für den Fahrradverkehr verbessern

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsmittel ein und wollen, dass alle Arten der Mobilität individuell nebeneinander existieren. Wir fordern unter anderem, die Fahrradmobilität in Thüringen zu stärken. Gemeinsam mit den Kommunen verbessern wir die Infrastruktur für den Fahrradverkehr. Dazu gehören beispielsweise mehr und vom Autoverkehr entkoppelte Fahrradtrassen, sichere Abstellmöglichkeiten und regionale Radschnellwege.

Außerdem setzen wir uns mit Unterstützung des Bundes für ein landesweites Netz von Radfernwegen ein, die unabhängig und straßenbegleitend zu vorhandenen Bundes- und Landesstraßen verlaufen. In den Kommunen unterstützen wir den echten Ausbau von Radwegen (baulich getrennt vom Restverkehr). Der Radwegausbau sollte durchgängig für solche Wegebeziehungen erfolgen, die für die Radfahrer

Hauptstrecken darstellen, beispielsweise stimmige Trassierungskonzepte durch die Innenstädte der Grund-, Mittel- und Oberzentren. Auch unterstützen wir Bike-Sharing-Systeme und den Ausbau von Ladestationen für E-Bikes unter anderem an öffentlichen Gebäuden bei entsprechender Nachfrage. Außerdem fordern wir einen Lückenschluss durch straßenbegleitende Radwege für Verbindungsstraßen.

Fernbusse auch im ländlichen Raum

Zur Entlastung des Straßenverkehrs setzen wir auch auf privaten Fernverkehr, der mit digitalen und modernen Innovationen bei Eisenbahnen und insbesondere bei Fernbussen die Anbindung Thüringens deutlich verbessern würde. Fernbusse bieten soziale und ökologische Mobilität. Wenn sich die Deutsche Bahn aus der Fläche zurückzieht, sehen wir in Fernbussen eine hervorragende Alternative. Diese sollen nicht nur Universitäts- und Studentenstädte anschließen, sondern auch in den ländlichen Regionen des Landes Fernverkehr ermöglichen.

Für ein optimiertes Parkraummanagement an Autobahnen

Jeder Auto- und LKW-Fahrer kennt das Problem: Zu den typischen Ruhezeiten sind die Stellplätze an den Autobahnen meist komplett überfüllt. Insbesondere Berufskraftfahrer stehen dadurch vor einer Herausforderung, weil sie ihre Lenkzeiten nicht überschreiten dürfen. Deshalb möchten wir Freie Demokraten in Thüringen ein digitales Parkplatzmanagement an den Autobahnen einführen. Durch eine Auslastungserfassung können freie Kapazitäten besser kommuniziert und entlang der Routen geplant werden. Als Vorbild kann hier die digitale A9 im Freistaat Bayern dienen.

Ebenso wollen wir das System des Kolonnen- oder Kohortenparkens für LKWs auf geeigneten Standorten einführen. Durch entsprechende Systeme kann die Parkplatzkapazität um etwa 25 Prozent erhöht werden. Ein geeignetes Modellprojekt möchten wir gemeinsam mit dem Fuhrgewerbe erproben und die daraus folgenden Erkenntnisse wissenschaftlich auswerten. Auch setzen wir uns dafür ein, dass an Rastplätzen und Autohöfen LKW-Enteisungsanlagen aufgestellt werden, um der Gefahr durch Eisabwurf zu begegnen.

Fahrverbote an regionalen Feiertagen aufheben

Durch die unterschiedlichen Feiertagsregelungen gleichen die Fahrverbote an bundesweit uneinheitlichen Feiertagen einem Flickenteppich. Kraftfahrer müssen aktuell vor dem Feiertag das andere Bundesland ohne Feiertag erreichen, sonst „stranden“ sie innerhalb Deutschlands. Diese regionale Regelung ist praxisfern und ein echtes Mobilitätshemmnis für das Verkehrsgewerbe. Deshalb wollen wir Freie Demokraten die Fahrverbote an regionalen Feiertagen auf Bundesautobahnen und wichtigen Fernstraßen aufheben. Ebenso ist das Fahrverbot zu Hauptreisezeiten im Sommer kritisch zu hinterfragen.

Mehr Förderung für neue Fahrzeuge im ÖPNV

Die finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen dürfen nicht dazu führen, dass die Anbindungen durch den Öffentlichen Personennahverkehr auf ein Minimum reduziert werden. Bundesmittel für Investitionen der Mobilitätsanbieter in neue Fahrzeuge muss der Freistaat Thüringen stärker aufstocken, zum einen, um einen barrierefreien ÖPNV zu ermöglichen, zum anderen aber auch, um alternative Antriebe zu unterstützen und so einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

Thüringenweiter Verkehrsverbund

Wir Freie Demokraten wollen einen thüringenweiten Verkehrsverbund einführen. Das Deutschlandticket ist bereits ein Erfolgsmodell und hat gezeigt, welche Vorteile eine einfache und bundesweit einheitliche Tarifstruktur mit sich bringt. Auch für Fahrgäste, welche das Deutschlandticket nicht nutzen möchten,

wollen wir diese Vorteile implementieren.

Neben einem gemeinsamen Tarif sehen wir als Freie Demokraten auch positive Effekte in der Werbung für den ÖPNV oder Skaleneffekte bei Beschaffung und Verwaltung der beteiligten Verkehrsunternehmen.

Fahrplan- und Echtzeitdaten als Open Data freigeben

Wir Freie Demokraten werden dafür sorgen, dass alle öffentlichen Mobilitätsanbieter in Thüringen ihre Fahrplan- und Echtzeitdaten in einem festgelegten Format als Open Data verfügbar machen. Nur so können neue, innovative Ideen entstehen, die vorhandene Mobilitätsangebote ergänzen und verknüpfen. Es könnten z. B. Apps entwickelt werden, auf denen Passagiere die Position von Bussen und Bahnen in Echtzeit auf einer Karte sehen und so besser planen können. Als Anreiz zur Freigabe der Daten wollen wir die ÖPNV-Mittel des Bundes aufstocken – geknüpft an entsprechende Bedingungen und Standards zu Open Data. Thüringen soll zum Vorreiter moderner und innovativer Mobilitätskonzepte werden.

Straßen- und Güterverkehr zukunftsfit machen

Deutschlandweit übernimmt die Straße vier von fünf Tonnen des Güterverkehrs, dabei sind die LKWs als Zubringer für die Fracht per Bahn, Binnenschiff und Flugzeug unterwegs. Daraus resultieren zwei Aufgaben. Zum einen plädieren wir für einen bedarfsgerechten Straßenausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur. Zum anderen sollen durch verbesserte Angebote mehr Güter von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Auch setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, das Schienengüterfernverkehrsnetzförderungsgesetz anzupassen, um die Reaktivierung von Schienenstrecken zu erleichtern. Insbesondere die Kyffhäuserbahn, die Hölletalbahn oder die Rennsteigbahn bieten hier Potenziale.

Freie Fahrt für freie Bürger

Wir Freie Demokraten sprechen uns gegen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen aus. Die erlaubte Geschwindigkeit steht nicht in positiver Korrelation mit der Verkehrssicherheit, denn in Deutschland gibt es nicht mehr Verkehrstote als in anderen europäischen Ländern. Wir stellen uns dem Trend zum generellen Tempo 30 in Innenstädten entgegen. Unter Einbindung der gesellschaftlichen Akteure (Verkehrsgewerbe, Fahrlehrerverband etc.) möchten wir das Tempolimit für LKWs über 7,5 Tonnen auf Landstraßen auf 80 km/h anheben, wo es der Ausbaugrad der Straßen (Straßenbreite und Kurvenradius) zulässt. Damit tragen wir der technischen Entwicklung im Automobilbau Rechnung. Wir setzen uns dafür ein, die zulässige Höchstgeschwindigkeit bei der Führerscheinklasse AM (Mopedführerschein) auf 60 km/h zu erhöhen, wie es bereits bei Bestandsfahrzeugen aus DDR-Produktion, z. B. Simson, erlaubt ist.

Verkehrssicherheit statt Gewinnmaximierung bei Blitzern

Die Standorte stationärer Blitzanlagen müssen der Verkehrssicherheit dienen und nicht der Sanierung kommunaler Haushalte. Substanzielle Gewinne aus Blitzanlagen sollten daher an den Freistaat Thüringen abgeführt werden. Stationäre Blitzer kurz hinter den Ortseingängen, an denen weder ein Unfallschwerpunkt vorliegt noch eine Schule, ein Kindergarten oder eine andere sensible Einrichtung vorhanden sind, dienen in der Regel nur der Gewinnmaximierung und nicht der Verkehrssicherheit. Die Bürgerinnen und Bürger haben nur dann Verständnis für diese Maßnahmen, wenn sie wirklich zielgerichtet zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eingesetzt werden.

Schieneverkehr als Mobilitätsgarantie im 21. Jahrhundert

Die Stadt Erfurt hat sich mit der Fertigstellung der Schnellfahrstrecke Nürnberg – Leipzig/Halle zu

einem zentralen Fernverkehrsknoten in Deutschland entwickelt. Für zahlreiche Thüringer Städte ergeben sich hierdurch Verkürzungen der Fahrzeiten und eine Attraktivitätssteigerung im Fernverkehr. Durch die Inbetriebnahme des ICE-Knotens Erfurt benötigt Thüringen aber auch eine funktionsfähige und belastbare Ost-West-Traversalin in Gestalt der Mitte-Deutschland-Verbindung.

Jedoch profitieren nur wenige Thüringer Regionen und Städte vom ICE-Knoten Erfurt. Beispielsweise für die Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte Jena, Saale-Holzland-Kreis und Saalfeld-Rudolstadt müssen die Flughäfen München, Berlin, Nürnberg und Leipzig schnell, in ausreichend dichter Taktung und komfortabel erreichbar bleiben. Das ist landesweit durch einen entsprechenden Einsatz der Regionalisierungsmittel abzusichern. Mittelfristig muss auch Gera wieder an den Schienenfernverkehr angebunden werden. Die Nahverkehrsbedarfe in der Fläche möchten wir durch integrale Taktverkehre absichern und dadurch die Anbindung der Regionen Süd-, Ost-, West- und Nordthüringens an den ICE-Knoten Erfurt sicherstellen. Die Bedarfshaltepunkte im Schienenpersonenverkehr möchten wir erhalten. Wir wollen prüfen, welche geschlossenen Haltepunkte wiedereröffnet werden können und wo gegebenenfalls neue Halte notwendig sind – gerade im Hinblick auf die Stärkung des ÖPNV als wichtige Maßnahme zur Verbesserung des regionalen und damit globalen Klimas. Auch die Reaktivierung von Bahnstrecken für den Personen- und Güterverkehr sollen realisiert werden.

Wir wollen zudem die Infrastruktur ertüchtigen, um mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Damit verbunden ist auch ein Strecken- und Lärmschutzausbau.

Als Freie Demokraten engagieren wir uns seit Jahren für den zweigleisigen und elektrifizierten Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung. Wir werden uns auch in der kommenden Legislatur für eine zügige Umsetzung dieses Vorhabens einsetzen.

Zur Leistungssteigerung des SPNV gehört auch der Ausbau bestehender Schienenstränge und deren Leistungssteigerung durch die Schaffung von Begegnungs- und Ausweichstellen auf eingleisigen Abschnitten, wie beispielsweise zwischen Weida und Bernsgrün. Auch setzen wir uns für den Erhalt und gegebenenfalls Neubau von Bedarfshaltepunkten ein, um die Netzabdeckung des SPNV zu verbessern.

Thüringen hat im Bahnverkehr eine Vielzahl von Stellwerken, die mehr als 150 Jahre alt sind. In den letzten Jahren häufen sich die Zugausfälle im ländlichen Raum. Während der Fernverkehr digitalisiert ist, ist die Situation im ländlichen Raum teilweise katastrophal. Insbesondere aus dem Norden Thüringens ist die Landeshauptstadt kaum noch erreichbar. Als FDP stehen wir für eine Digitalisierung des Nahverkehrs und werden uns dafür einsetzen, dass ein Masterplan zur Digitalisierung der Stellwerke in Thüringen erarbeitet wird.

Wohneigentum statt Wohnungsmangel – Bauen mit Verantwortung in Freiheit

Die eigenen vier Wände, egal ob im Eigentum oder zur Miete, sind ein Grundbedürfnis der Menschen. Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen zu setzen, dass sich die Menschen ihre Vorstellungen vom Wohnen erfüllen können.

Gegenwärtig sehen wir in der Europa-, Bundes- und Landespolitik aber gegenteilige Entwicklungen. Immer weiter ausufernde Bürokratie, Auflagen und baubedingte Steuern, wie Grundsteuer und Grunderwerbssteuer, bremsen private Investitionen im Wohnungsbau und machen es den Menschen immer schwerer, selbst Eigentum zu erwerben.

Anstatt Wohnungseigentum zu verteufeln, machen wir Freie Demokraten es den Menschen leichter. Wir setzen uns für eine liberale Bau- und Wohnungspolitik ein, die Investitionen in den Wohnungsmarkt

und den Erwerb vom Eigenheim erleichtert.

Ein starker ländlicher Raum entlastet auch die Städte

Der Freistaat Thüringen ist geprägt von einer überwiegend ländlichen Siedlungsstruktur. Wir Freie Demokraten wollen den ländlichen Räumen gute Entwicklungschancen für die Zukunft bieten – ebenso wie den urbanen Zentren.

Die Verfügbarkeit leistungsfähiger Internetanschlüsse ist hierbei mehr als nur eine Standortfrage. Allerdings gibt es aber noch Orte ohne Handyempfang. Corona hat die Entwicklung hin zu alternativen Arbeitswelten beschleunigt: Homeoffice, Remote Arbeiten und der Trend, das Büro nicht mehr täglich zu besuchen. Voraussetzung hierfür ist, dass die technische Infrastruktur leistungsfähig ausgebaut ist. Erfolg darf sich nicht am Wohnort entscheiden. Entscheidend muss allein die Bereitschaft sein, sich für die eigenen Träume einzusetzen. Für uns Freie Demokraten sind Infrastruktur, Mobilität und die Erreichbarkeit von essenziellen Dingen des Lebens die zentrale Herausforderung für den Freistaat Thüringen.

Den vermeintlichen Gegensatz zwischen Stadt und Land wollen wir beenden und neue Brücken durch moderne Mobilitätsangebote und eine leistungsfähige Infrastruktur bauen. Wenn wir Stadt und Umland besser verknüpfen, profitieren davon auch die Städte. Attraktive Dörfer können nicht nur die städtischen Zentren entlasten, sondern gerade für Familien ein Ort des naturnahen, gemeinschaftlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Generationen sein.

Die Digitalisierung in Verbindung mit autonomen Fahrzeugen und Künstlicher Intelligenz sehen wir als innovativen Schlüssel, um das Erreichbarkeitsproblem der Daseinsvorsorge neu zu lösen. Handel, Mobilität, Gesundheit und schnelles Internet sind zentrale Fragen der Infrastruktur für den ländlichen Raum. Mit autonomen Drohnen können wir z. B. unsere Logistikketten noch flexibler, schneller und effizienter gestalten. Wir möchten in einer Modellregion die Voraussetzungen dafür schaffen, dass beispielsweise Einkäufe und Medikamente per Drohne ausgeliefert werden können.

Die Errungenschaften des medizinischen Fortschritts sind nur für die Menschen nutzbar, wenn auch die medizinische Infrastruktur vor Ort vorhanden ist; alternativ werden in Zukunft telemedizinische Angebote im ländlichen Raum eine stärkere Rolle spielen.

Wohnungsbau entfesseln – Thüringer Bauordnung anpassen

Wir Freie Demokraten wollen die Thüringer Bauordnung von übermäßigen bürokratischen Vorschriften befreien, um die Zeiten für Genehmigungen zu verkürzen und Kosten zu sparen. Alle Regelungen sollen dahingehend überprüft werden, ob sie wirklich erforderlich sind. Wir orientieren uns an einer schlanken Musterbauordnung und setzen uns dafür ein, bundeseinheitliche Regelungen zu etablieren. Insbesondere für Bauherren oder Unternehmen, welche auch über Landesgrenzen hinaus tätig sind, kann dadurch eine Entlastung entstehen. Das muss jedoch im Einzelfall nicht ausschließen, eigene Regelungen zu treffen, die die Menschen in Thüringen von Bürokratie entlasten und die zu unserem Land passen.

Wir Freie Demokraten werden den Wohnungsbau in Thüringen entfesseln. Chancen sehen wir insbesondere in der Erleichterung durch eine modulare und serielle Bauweise, um Kosten und Zeit zu sparen. Dabei werden sowohl die Planungs- und Genehmigungszeiten wie auch Bauzeiten verkürzt. Ist ein Gebäudetyp mit verschiedenen Varianten einmal gründlich geplant und genehmigt, ist damit auch der gesamte Planungs- und Genehmigungsprozess für jedes neu zu errichtende Gebäude bereits durchgeführt.

Wir wollen die Thüringer Bauordnung außerdem für weitere Baustoffe öffnen. Insbesondere Lehm und

Holz sollten als natürliche Ressourcen des waldreichen Thüringens stärker in den Mittelpunkt rücken. Beim Lehm- und Holzbau haben wir Freie Demokraten bereits jetzt mit unserem vom Landtag einstimmig angenommenen Antrag gezeigt: Mit Beharrlichkeit und Fachkompetenz kann man Bürokratie abbauen und gleichzeitig ökologisch sowie ökonomisch sinnvolle Bauweisen ermöglichen. Brandschutz, mehrgeschossige Bauten und Architektur, passend zur Region, lassen sich in dieser Bauweise hervorragend realisieren. Wir wollen prüfen, wie alternative Wohnformen in eine geänderte Bauordnung aufgenommen werden können.

Energetische Sanierung mit Augenmaß

Wir Freie Demokraten kritisieren die immer weiter zunehmenden Verschärfungen des Gebäudeenergiegesetzes, die über das volkswirtschaftliche und auch baulich sinnvolle Maß hinausgehen. Unter anderem dadurch sind Baukosten massiv über die allgemeine Preisentwicklung hinaus angestiegen. Es ist festzustellen, dass neben der finanziellen Belastung durch die weitreichenden energetischen Vorschriften teilweise auch die bautechnischen Möglichkeiten überstrapaziert werden, sodass es von Baubeginn an zu Bauschäden kommt. Wir treten für einen Wettbewerb von Baustoffen und Bauarten ein. Bei der Bausanierung im Bestand stehen wir dafür, dass Vorschriften und Verwaltungshandeln in Einklang mit den Erfordernissen des Ortsbilds und der vorhandenen Gebäude gebracht werden. Ortsbildprägende Fachwerkhöfe oder kunstvolle Fassaden sollen auch künftig den Anblick unserer Dörfer und Städte bereichern dürfen.

Eigentumserwerb fördern

Förderinstrumente und Steuervergünstigungen für Erwerber von Wohneigentum in den letzten Jahrzehnten abzubauen, waren Fehler, die eine geringe Eigentümerquote, Wohnungsnot und steigende Mieten zur Folge hatten. Wenn ein wachsender Anteil der Bevölkerung über Wohneigentum zur Selbstnutzung, Einkommens- und Alterssicherung verfügen kann, profitiert die gesamte Gesellschaft davon.

Mehr Wohnraum schaffen

Wir Freie Demokraten wollen die Wohnungsnot bekämpfen. Anstatt Mangel zu verwalten, muss zunächst mehr Wohnraum geschaffen werden. Bezahlbares Wohnen erreichen wir nur durch mehr Wohnraum im Angebot. Zusätzlicher Wohnraum muss von einer intelligenten Strukturpolitik begleitet werden, um Stadt und Land in Thüringen besser zu verknüpfen. Den Neubau von Wohnungen machen wir attraktiver: etwa durch eine Erhöhung der jährlichen Abschreibungsrate für Gebäude von zwei auf drei Prozent. Die Förderung von Sozialem Wohnungsbau muss zielgerichtet in den Kommunen ankommen, in denen ein angespannter Wohnungsmarkt vorherrscht. Die Idee einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft als Doppelstruktur zu bestehenden kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften lehnen wir ab.

Mieten-TÜV als Folgenabschätzung für Wohnkosten

Wir Freie Demokraten möchten eine Selbstverpflichtung des Thüringer Landtags für einen Mieten-TÜV für Gesetze mit Einfluss auf die Wohn- und Baukosten durchsetzen. Größter Preistreiber der Baukosten sind noch immer staatliche Auflagen. Deshalb brauchen wir eine Folgenabschätzung für alle Entwürfe von Gesetzen, Verordnungen und Normen. Auswirkungen auf die Wohnkosten dürfen bei zukünftigen Vorhaben nicht ignoriert werden.

Thüringen braucht weder Mietpreisbremse noch Mietendeckel

Statt einer Mietpreisbremse braucht Thüringen eine Wohnagenda für den ganzen Freistaat, inklusive des ländlichen Raumes. Mietpreisbremsen, Mietendeckel oder gar Diskussionen um Enteignungen

privater Vermieter vergiften das Investitionsklima. Investoren werden sich zurückziehen und aus der Mietpreisbremse wird eine Wohnraumbremse. In den Jahren vor 1990 waren diese Wirkungen in Thüringen zu beobachten. Vor allem für Privatpersonen ist die Rentabilität von Investitionen zurzeit fraglich. Gerade diese stellen laut der Gebäude- und Wohnungszählung aber etwa zwei Drittel der Mietwohnungen bereit. Darüber hinaus sind Privatpersonen diejenigen Akteure im Wohnungsmarkt, die eben keine Erwirtschaftung horrender Renditen zum Ziel haben. Wenn sich die privaten Vermieter aus dem Markt zurückziehen, verknappt das Wohnungsangebot weiter, die Chancen auf bezahlbaren Wohnraum werden dadurch schlechter. Wir Freie Demokraten stehen dafür, schneller und unkomplizierter Bauland auszuweisen, dabei Verfahren zu straffen und die innerörtliche Nutzung von Brachflächen sowie das Flächenrecycling zu unterstützen, um so das Angebot an Bauflächen auch im Interesse angemessener Preise zu verbessern.

Sozial nachhaltige Quartiersentwicklung

Wir wollen die Programme zum Bau von Studentenwohnungen und altersgerechtem Wohnen verstärkt fortführen. Dabei soll auch auf seriell und kostengünstiges Bauen gesetzt werden. Durch intelligente Stadtplanung soll dabei Ghettobildung vermieden werden.

Energetische Sanierung sinnvoll nutzen

Einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz stellt die Möglichkeit der energetischen Sanierung dar. Sie soll deshalb im volkswirtschaftlich sinnvollen Maß umgesetzt werden. Dazu müssen die rechtlichen Voraussetzungen für eine betriebswirtschaftliche Amortisation verbessert werden. Speziell im Bereich nachträglicher Dämmung ist es unabdingbar, die gesamten ökologischen Folgen zu betrachten und Fördermaßnahmen daraufhin zu überprüfen.

Die Internationale Bauausstellung (IBA) als Chance

Wir Freie Demokraten möchten die Potenziale der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen nutzen, um eine innovative Siedlungsstruktur in städtischen und ländlichen Regionen des Freistaats zu entwickeln. Für den Freistaat Thüringen sehen wir auch für die Bereiche Wohnen, Mobilität und Infrastruktur große Chancen durch die Digitalisierung. Mit neuen Ideen und zusammenhängendem Denken soll Thüringen weiter ein Land der Baukultur sein und sich entwickeln.

Bauwerksdatenmodellierung (BIM) und digitalisiertes Bauen

Wir Freie Demokraten unterstützen die Kommunen dabei, ein zeitgemäßes und einheitliches System zur Einreichung von Bauanträgen in digitaler Form zu etablieren: vom Antrag über Ausschreibung, Genehmigung und Planung bis hin zu BIM-Betrachtungen für Kosten. Für den Bauablauf und dessen Ausführung muss ebenfalls ein Zustand vergleichbar der Industrie 4.0 geschaffen werden. Daraus werden mittelfristig Bauzeitverkürzungen und Zugewinne über die Nutzungsdauer des Immobilienbestands resultieren. Bei der gewerkeübergreifenden Digitalisierung stehen wir für mehr Kompatibilität durch konsequente Normierung von Schnittstellen und konsequente georeferenzierte Planung im einheitlichen, anstehenden Koordinatensystem.

Wir wollen den Bausektor für die Digitalisierung öffnen. Dazu zählt der digitale Bauantrag als Teil einer digitalen Bauplanung. Angefangen von der Ermittlung der Grundlagen über den Genehmigungsprozess bis zur Bauüberwachung und Baustellenplanung kann so schneller, günstiger und mit weniger Mängeln gebaut werden. Mit digitaler Planung, z. B. mittels 3-D-Visualisierungen, lassen sich architektonische Aspekte und Raumgestaltung neu denken. Auch böse Überraschungen bei den Baukosten ließen sich so schneller entdecken, Kosten für den Unterhalt von Gebäuden wären in der Bauplanung leichter einzukalkulieren. Die digitale Steuerung der vielen, an einer Baustelle tätigen Gewerke kann Bauzeiten verkürzen und teuren Leerlauf vermeiden.

Bürokratie bei Bau, Planung und Vergaben abbauen

Viele Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Zeitverluste und höhere Kosten sind die Folge. Baugenehmigungsverfahren müssen deshalb durch die Einführung verbindlicher Fristen beschleunigt werden. Eingereichte Unterlagen müssen zunächst innerhalb einer Woche ebenfalls verbindlich auf Vollständigkeit geprüft sein. Danach sollen vereinfachte Baugenehmigungsverfahren innerhalb eines Monats entschieden werden. Wir Freie Demokraten möchten im sogenannten Normalverfahren zwingend innerhalb von zwei Monaten über Bauanträge entscheiden lassen. Werden diese Fristen überschritten, sollen die eingereichten Anträge als genehmigt gelten. Nur mit weniger Vorschriften und Belastungen machen wir Wohnungsbau wieder attraktiv. Deshalb lehnen wir Milieuschutzsatzungen, übertriebene Bauvorschriften in der Thüringer Bauordnung oder etwa ein pauschales Verbot für Ferienwohnungen als Eingriff ins Eigentum ab.

Wir Freie Demokraten fordern eine erneute Anpassung der Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen und eine Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte und freihändige Vergaben im sogenannten Unterschwellenbereich. Auch das europäische Vergaberecht möchten wir vereinfachen. Insbesondere bei der Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen bedarf es für die Ermittlung von Schwellenwerten einer klaren Definition und Trennung unterschiedlicher Fachgebiete. Wir Freie Demokraten setzen auf eine Regelung, die im Sinne des bisherigen Vollzugs von § 3 Absatz 7 der Vergabeverordnung nicht gleichartige Leistungen bei der Beurteilung des Schwellenwerts nicht berücksichtigt.

Soweit vergabefremde Kriterien Eingang in Vergabeverfahren finden, sollen sie nicht Gegenstand des Vergabeverfahrens an sich sein, sondern allenfalls wie andere vertraglich zugesicherte Eigenschaften, beispielsweise von Materialien, lediglich in der Beschreibung von Leistungsverzeichnis-Positionen oder in allgemeinen Vertragsbedingungen ihren Niederschlag finden. Anforderungen an Bieter sollen nicht so hoch wie möglich, sondern nur so hoch wie für eine ordnungsgemäße Leistungserbringung nötig formuliert werden.

Wir Freie Demokraten wollen die Ausgestaltung der Landesbehörden als Servicepunkte, die vor allem dafür stehen, wie Bauvorhaben rechtskonform erreicht werden können, anstatt diese zu verhindern. Unser Ziel ist es, durch kompetentes, den Bürgern zugewandtes Verwaltungshandeln zu beraten, wie man Dinge ermöglichen kann, anstatt sie zu blockieren.

Für eine effiziente Verwaltung im Beteiligungsverfahren

Um eine Straffung der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zu ermöglichen, setzen wir uns dafür ein, dass Landesbehörden und Landratsämter die fachlichen Stellungnahmen ihrer Fachbehörden intern abwägen und als eine, intern bereits in sich abgewogene Stellungnahme in den Beteiligungsprozess zu Bauleitplanungen, Genehmigungsverfahren und dergleichen einspeisen.

So kann der bisherigen Praxis begegnet werden, dass im Rahmen der TÖB-Beteiligung nicht selten sehr widersprüchliche Stellungnahmen, beispielsweise im Spannungsbogen zwischen Ordnungsbehörden und Brandschutz einerseits sowie Naturschutz andererseits, Kommunen in der Abwägung vor zeitraubende Herausforderungen stellen.

Von der hausinternen Zusammenfassung und Abwägung der jeweiligen Stellungnahme versprechen wir Freie Demokraten uns eine höhere Qualität der TÖB-Beteiligungen und eine Beschleunigung von Bauleitplanungen und Genehmigungsverfahren.

Architektur, Wohnquartiere und Bauhaus-Universität Weimar – Baukultur für Thüringen

Bauen ist Ausdrucksweise unserer Kultur und sagt etwas darüber aus, wie wir leben. Mit der Bauhaus-Universität Weimar besitzt Thüringen eine international renommierte Institution der Baukultur. Deshalb wollen wir Architektur und Quartiersentwicklung als Bestandteil der Thüringer Baupolitik und Regionalplanung stärken. Uns geht es nicht nur darum, ausreichend Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung zu stellen, sondern auch anspruchsvolle und individuelle Gestaltung von Häusern und Wohnquartieren zu ermöglichen. Da Bauen auch eine emotionale und ästhetische Frage ist, wollen wir die Baukultur in Thüringen fördern und insbesondere auch kreative Bau- und Wohnkonzepte unterstützen. Das soll u. a. durch Wettbewerbe für Architekten, Bauingenieure und Stadtplaner geschehen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Stärkung der regionalen Architektur, denn Thüringen soll auch weiterhin so bunt bleiben, wie es ist.

Investitionen in Mobilität und Verkehrsinfrastruktur

Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass die Probleme der Wohnungsknappheit nicht alleine in den großen Städten gelöst werden können. Deshalb werden wir neue, flexible Mobilitätsangebote unterstützen und die Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln. Gute Verkehrswege sind auch ein Beitrag zum Erhalt der Strukturen im ländlichen Raum. Im ländlichen Raum ist die Eigentumsförderung das wichtigste Instrument zur Förderung von Wohnraum.

Wohneigentum fördern und neuen Wohnraum schaffen

Der Staat sollte nach Ansicht der Freien Demokraten in Thüringen Bedingungen schaffen, um die Vorstellungen der Menschen vom Wohnen umzusetzen, aber dabei gleichzeitig auch eine Überregulierung vermeiden. Investitionen im Baugewerbe und der Erwerb von Wohneigentum werden durch bürokratische Hindernisse, bauliche Auflagen und durch unklare Steuermodelle bei Grundsteuer- und Grunderwerb behindert. Auch der Blick, Wohneigentum als Altersvorsorge zu fördern, bleibt im Mittelpunkt der Betrachtung. Außerdem müssen rechtliche Randbedingungen geändert werden, um Abschreibung und Reinvestition über die gesamte Lebenszeit der Immobilie zu betrachten. Wir Freie Demokraten wollen den Bau von Eigenheimen und Investitionen im Wohnungsmarkt erleichtern und fordern eine landesweite Wohnungsmarktstrategie, in der alle Maßnahmen zusammengeführt werden. Durch die Förderung von Eigentum im angrenzenden ländlichen Raum in Verbindung mit einer mobilen Anbindung an die städtischen Zentren kann hier eine zusätzliche Entlastung erreicht werden.

Denkmalschutz zeitgemäß gestalten

Die Vereinfachung des Regelungsregimes des Denkmalschutzes ist ein Thema von großer Bedeutung. Die Bewahrung unseres kulturellen Erbes und die damit einhergehende Erhaltung historischer Gebäude und Stätten für kommende Generationen wird durch den Denkmalschutz sichergestellt. Der gegenwärtige Prozess des Denkmalschutzes ist jedoch von Komplexität und Bürokratie geprägt, die zu Verzögerungen und Schwierigkeiten führen. Eine Vereinfachung dieses Prozesses trägt dazu bei, dass eine größere Anzahl von Personen in der Lage ist, historische Gebäude zu restaurieren und zu nutzen. Dies führt zu einer erhöhten Wertschätzung und erleichtert gleichzeitig die Erhaltung und Pflege historischer Gebäude. Die Vereinfachung trägt langfristig zur Bewahrung unseres kulturellen Erbes bei.

Konkret wollen wir Bagatellmaßnahmen von der Genehmigungspflicht befreien und stattdessen lediglich eine Anzeigepflicht vorsehen. Darüber hinaus stehen wir dazu, mehr Entscheidungsbefugnisse den Unteren Denkmalschutzbehörden zuzugestehen und nicht jedes kleinere Vorhaben durch die Obere Behörde entscheiden zu lassen. Auch dadurch tragen wir zum Abbau von Bürokratie bei. Auch wollen wir Nutzungsänderungen erleichtern, wenn dadurch das Denkmal nicht dem Verfall preisgegeben wird.

Raumordnung neu denken

Die Raumordnung bedarf aus Sicht der Thüringer Liberalen einer modernen, zeitgemäßen und den Thüringer Strukturen angemessenen Weiterentwicklung. Ein Baustein zur Bekämpfung von Wohnungsmangel in urbanen Ballungsräumen besteht für uns darin, die Potenziale ländlicher Räume besser zu nutzen, den Leerstand benachteiligter Räume durch eine bessere Anbindung an digitale und Verkehrsinfrastruktur und durch eine bessere Nutzung nicht ausgelasteter Gewerbegebiete und Gewerbeflächen auch außerhalb der großen Städte abzubauen. Anstatt als „beleuchtete Schafweiden“ bespöttelte Gewerbegebiete auch in Zukunft nicht auszulasten und durch Arbeitsplatzmangel zusätzliche Pendlerverkehre zu bewirken, setzen wir Freie Demokraten darauf, vorhandene Flächen für die Entwicklung von Arbeitsplätzen zu nutzen und die Vorteile eines staufreien Berufsverkehrs im ländlichen Raum als Chance für Unternehmen, Arbeitskräfte und die Gesellschaft zu begreifen. Dabei sehen wir die besondere Verantwortung der öffentlichen Hand, auch öffentliche Arbeitsplätze vor allem in benachteiligten Räumen anzusiedeln, von den dortigen Bedingungen zu profitieren und zugleich dort die Entwicklung mit Geschick und Augenmaß zu unterstützen. Entscheidungen, wie die Schließung der JVA Hohenleuben und die Verlagerung der Haft- und Arbeitsplätze in urbane Ballungsräume, dürfen nie wieder passieren. Die Freien Demokraten stehen für das faire Miteinander von Stadt und Land auf Augenhöhe. Starke Zentren brauchen ein starkes Umland und umgekehrt.

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Thüringen als Innovationstreiber in der Gesundheitsversorgung

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat sich die FDP im Thüringer Landtag als Innovationstreiber in der Gesundheitspolitik ausgezeichnet und die Gesundheitspolitik erfolgreich mitgestaltet. Mit den Landtagsbeschlüssen zum Ausbau der Studienplätze der Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie und zum Ausweiten der Niederlassungsförderung für Ärzte auf Zahnärzte und Apotheker wurden die wesentlichen gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in diesen Berufen auf Initiative der FDP beschlossen. Durch Gesetzesinitiativen beim Krebsregistergesetz und Thüringer Gesetz für psychisch kranke Personen wurden auf Initiative der FDP ausschlaggebende Gesetzeslücken geschlossen. Weitere erfolgreiche Initiativen, wie beispielsweise zum Aufbau und Erhalt von Frauenmilchbanken, zur Forschung, Versorgung und Aufklärung zu ME/CFS und zur Entwicklung eines Aktionsplans Endometriose, verdeutlichen die Relevanz der FDP im Thüringer Landtag für direkte Versorgungsverbesserungen in Thüringen.

Diesen konstruktiven und erfolgreichen Weg wollen wir mit unseren innovativen Ideen weiter gehen. Dies ist auch dringend erforderlich, denn das Thüringer Gesundheitswesen steht vor vielen Herausforderungen. Insbesondere der demografische Wandel macht Veränderungen im Gesundheitswesen notwendig. Dieser verstärkt nicht nur den Fachkräftemangel, indem altersbedingt immer mehr Fachkräfte verloren gehen. Durch den demografischen Wandel sowie dem wissenschaftlichen und medizintechnischen Fortschritt wird der Versorgungsbedarf in Thüringen nachhaltig verändert. Dadurch, dass Thüringen im Ländervergleich den zweithöchsten Anteil an über 65-Jährigen hat, sind bereits jetzt viele Auswirkungen dieses Wandels in Thüringen zu spüren. Doch wir Freie Demokraten wollen uns diesen Herausforderungen stellen und sehen diese besondere Situation Thüringens als Chance, Thüringen als führende Innovationsregion im Gesundheitswesen zu etablieren.

Der ambulante Sektor ist das Rückgrat der Versorgung

In der Versorgung halten wir Freie Demokraten weiter an dem Grundsatz „ambulant vor stationär“

fest. Allein die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten versorgen jährlich 18 Millionen Behandlungsfälle in Thüringen. Zusammen mit den niedergelassenen Zahnärzten, Heilmittelerbringern und Apotheken stellen sie das Rückgrat der Versorgung dar. Seit Jahren sinkt die Anzahl der inhabergeführten Praxen in Thüringen jedoch deutlich. Angesichts der vielen Herausforderungen und der hohen Innovationskraft der Selbstverwaltung in Thüringen ist es zwingend erforderlich, dass die Selbstverwaltung gestärkt wird. Wir wollen die Selbstverwaltung in die Lage versetzen, vor Ort von ihrer Möglichkeit, mit innovativen Konzepten von Bundesvorgaben abzuweichen, Gebrauch machen zu können.

Die ärztliche Niederlassung stärken

Angesichts der bereits jetzt überlasteten Praxen wollen wir Freie Demokraten die Ärzte entlasten, um die Zeit am Patienten zu maximieren. Hierfür ist es zwingend erforderlich, dass die das deutsche Gesundheitssystem besonders auszeichnende, überbordende Bürokratie abgebaut wird. Wir setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, dass die konkreten Vorschläge der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zum Bürokratieabbau im Rahmen eines Bürokratienteilastungsgesetzes umgesetzt werden. Zudem wollen wir auch auf Landesebene in Kooperation mit den Partnern der Selbstverwaltung gesetzliche Bürokratie abbauen.

Doch eine Entlastung von Bürokratie muss nicht nur durch den Gesetzgeber erfolgen, sondern auch durch die Krankenkassen und die Selbstverwaltung. Angesichts des gemeinsamen Interesses an einer hochwertigen Patientenversorgung müssen die Misstrauenskultur und der damit verbundene bürokratische Aufwand aus dem Weg geräumt werden.

Auch durch die Digitalisierung kann der bürokratische Aufwand im Gesundheitssystem deutlich reduziert werden, beispielsweise durch den Ausbau von Schnittstellen und der Umsetzung des Once-Only-Prinzips, bei dem Daten nur einmalig erhoben und anschließend automatisch verarbeitet werden.

Mit der Entbudgetierung von ambulanten Kinder- und Jugendärzten sowie der geplanten Entbudgetierung der hausärztlichen Leistungen wurden auf Bundesebene wichtige erste Schritte hinsichtlich einer leistungsgerechten Honorierung in der ambulanten Versorgung vollzogen. Wir Freie Demokraten wollen diesen Weg konsequent weitergehen und auch die Fachärzte entbudgetieren. Für uns Freie Demokraten ist klar: Auch in der Gesundheitsversorgung muss sich Leistung wieder lohnen.

Die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) ist zuletzt im Dezember 2011 novelliert worden. Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen ist eine Anpassung zwingend erforderlich. Wir Freie Demokraten unterstützen daher die Ärzte in ihrer Forderung nach der zeitnahen Umsetzung der GOÄ-Reform.

Am 24. Oktober 2023 hat das Bundessozialgericht in Kassel entschieden, dass „Poolärzte“ nicht automatisch selbstständig sind und damit der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Die Auswirkungen des Urteils auf die Versorgung in ganz Deutschland sind enorm. Auch in Thüringen erschwert das Urteil die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden und guten medizinischen Versorgung außerhalb der regulären Sprechstundenzeiten. Wir Freie Demokraten setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, dass eine Beitragsfreiheit der Einnahmen der Ärzte aus dem kassenärztlichen Notdienst in der Sozialversicherungspflicht angelehnt an den existierenden Regelungen für Notärzte (§ 23c Abs. 2 SGB IV) sowie ärztlichen Tätigkeiten in Impfzentren (§ 130 SGB IV) und Testzentren (§ 131 SGB IV) gesetzlich festgeschrieben wird.

Viele Ärzte im Ruhestand würden gerne noch stundenweise arbeiten. Überbordende Bürokratie, hohe Versicherungskosten und Auflagen verhindern die Teilnahme dieser Arztgruppe bei der Patientenversorgung. Wir Freie Demokraten wollen dieses bislang nicht erschlossene Potenzial voll ausschöpfen. Daher setzen wir uns für eine Abgaben- und Steuerbefreiung ein, um Ärzte im Ruhestand zur Entlastung der Versorgungsstrukturen zu gewinnen. Modelle, wie die Akutpraxis der kvT in Gera,

unterstützen wir ausdrücklich.

Zahnärztliche Versorgung in Thüringen

Die vertragszahnärztliche Versorgung wird durch ambulante Praxen durchgeführt. Experimente wie Gesundheitskioske sind hier auszuschließen. Therapie ist an entsprechend ausgestattete Praxen gebunden. Gleichzeitig steht auch die zahnärztliche Versorgung vor großen Herausforderungen. So fordert die Demografie auch in der Zahnmedizin Hinwendung und Aufsuchen. Dies ist nur möglich, wenn eine leistungsstarke, dezentrale ambulante Praxislandschaft erhalten bleibt.

Darüber hinaus haben die Thüringer Zahnärzte den konsequenten Wandel zu einer Prophylaxe-orientierten Zahnheilkunde mit großen Anstrengungen gemeistert. Die Mundgesundheit der Thüringer Bevölkerung hat sich dadurch signifikant verbessert. Kariesfreiheit bei Kindern und Zähne bis ins hohe Lebensalter sind nicht mehr Ausnahme, sondern die Regel. Die neu eingeführte Behandlungsstrecke der Parodontitis ist ein weiterer Meilenstein zur Bekämpfung dieser Volkskrankheit.

Die zahnärztlichen Praxen benötigen hierfür aber hochmoderne, kostenintensive technische Ausstattungen und hochqualifiziertes und hochmotiviertes Fachassistentenpersonal. Die hierfür benötigten Investitionen sind über viele Jahre zu refinanzieren. Um die dafür notwendige Planungs- und Investitionssicherheit zu gewährleisten, werden sich die Freien Demokraten auf Bundesebene konsequent für die Abschaffung der von Bundesgesundheitsminister Lauterbach eingeführten Budgets und Vergütungsabsenkungen einsetzen. Wir Freie Demokraten vertrauen der Selbstverwaltung der Krankenkassen und Zahnärzteschaft, dass diese sachgerecht und vertragspartnerschaftlich angemessene Vergütungen vereinbaren.

Wohnortnahe pharmazeutische Versorgung thüringenweit erhalten

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein wirtschaftlich gesundes, flächendeckendes Netz an Apotheken vor Ort und damit für die niedrigschwellige, qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung in Thüringen ein. Statt einer Aushöhlung und eines Rückbaus des heilberuflich getragenen Apothekennetzes wollen wir Freie Demokraten das bestehende und funktionierende System der ambulanten Arzneimittelversorgung durch die Apotheken vor Ort im Sinne einer resilienten und überall gleichwertigen Versorgung aller Menschen stärken und fortentwickeln. Die unverzichtbaren Leistungen der Apotheken vor Ort, wie z. B. die unverzügliche Belieferung von Arzneimitteln und Beratung zur Anwendung, Herstellung von Rezeptur Arzneimitteln, Notdienst und Sicherstellung der Versorgung im Katastrophenfall, sind staatliche Aufgaben und unbedingt zu erhalten.

Seit Jahren sinkt aufgrund der wirtschaftlich immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen und des Nachwuchsmangels allerdings die Anzahl der Apotheken rapide, vor allem in den ländlichen Regionen. Gerade für Apotheker in den ländlichen Regionen, die ihre Apotheke gerne übergeben würden, wird es immer schwieriger, einen Nachfolger zu finden. Der Ausbau der Studienplatzkapazität und der Niederlassungsförderung kommt daher einer zentralen Rolle zu, um Nachwuchs in Thüringen zu binden. Allgemein stellt die Vergütung von Beratungs- und Versorgungsleistungen das zentrale Element dar, um die Niederlassung wieder attraktiver zu machen. Wir wollen uns daher auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung der Vergütungs- und Leistungselemente von Apothekern einsetzen. Zentral ist hierbei insbesondere die Bestandteile des in der Arzneimittelpreisverordnung geregelten Festzuschlags zunächst auf ein wieder auskömmliches Niveau anzuheben und anschließend zu dynamisieren sowie die pharmazeutischen Dienstleistungen angemessen zu vergüten. Darüber hinaus wollen wir Freie Demokraten die Übernahme von Apotheken dadurch vereinfachen, dass bei der Übernahme und Weiterführung einer Apotheke der Nachfolger Anspruch auf den Bestandsschutz des Vorgängers erhält. Auch treten wir auf Bundesebene gegen die Einführung von Scheinapotheken und Übertragung pharmazeutischer Aufgaben auf Parallelstrukturen ein, um die Arzneimittelversorgung und -sicherheit nicht zu gefährden.

Im Rahmen des Digital-Gesetzes auf Bundesebene ist die Einführung des Angebots von assistierter Telemedizin in Apotheken vorgesehen. Apotheken sollen demnach die Infrastruktur stellen, Patienten anleiten und einfache medizinische Routineaufgaben zur Unterstützung anbieten. In Frankreich ist dies bereits weit verbreitet: jede fünfte Apotheke ist mit Telemedizin-Kabinen ausgestattet, welche die Apotheke rund 500 Euro pro Monat kosten und trotzdem wirtschaftlich sind. Um die Chancen der assistierten Telemedizin in Apotheken bestmöglich zu nutzen, wollen wir Freie Demokraten Modellprojekte zur Telemedizin fördern, um in Kooperation mit den Vertragsärzten neue Versorgungsmodelle entwickeln zu können. Telemedizin durch Vertragsärzte, angeboten in Apotheken, sollen Versorgungslücken insbesondere in ländlichen Regionen im intersektoralen Zusammenwirken schließen. Sobald probate Versorgungskonzepte entwickelt sind, setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass diese den Patienten schnell zur Verfügung stehen. Zu diesem Zweck setzen wir uns für die Förderung der Erstausrüstung von Apotheken und Vertragsarztpraxen mit notwendiger Telemedizininfrastruktur ein. Schlussendlich sind wir Freie Demokraten zudem vom Wert pharmazeutischer Dienstleistungen für das Gesundheitswesen überzeugt und fordern, dass diese zum Nutzen für die Patienten im intersektoralen Zusammenwirken der ambulanten Versorgung weiterentwickelt werden.

Das Potenzial der Heilmittelerbringer voll ausschöpfen

Heilmittelerbringer, wie beispielsweise die Physio- und Ergotherapeuten, verfügen über eine Vielzahl an Kenntnissen und Erfahrungen, die diese bislang nicht vollumfänglich einsetzen dürfen. Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass das Potenzial und die Fachkompetenz der Heilmittelerbringer voll ausgeschöpft werden sollten. Daher setzen wir uns auch dafür ein, dass anhand von Modellprojekten in Thüringen der Direktzugang zu den Heilmittelerbringern erprobt wird. Um eine bestmögliche Versorgungsqualität sicherzustellen, ist sowohl der Qualifizierungsweg in die Heilberufe weiterzuentwickeln als auch ein Voreinschätzungsverfahren, ein sogenanntes „Red-flag“-System, einzuführen. Wir Freie Demokraten wollen durch den Direktzugang sowohl die Versorgungsqualität weiter verbessern als auch die Kosten im Gesundheitswesen reduzieren. Zudem wollen wir hierdurch die Hausärzte entlasten und die Anzahl der medizinisch nicht notwendigen Patientenkontakte verringern.

Aufgrund relevanter formaler Fehler auf Verordnungen sehen sich Physiotherapeuten, Stimm-, Sprech- und Sprachtherapeuten, Ergotherapeuten, Podologen und Ernährungstherapeuten mit häufigen und hohen Absetzungen durch die Krankenkassen konfrontiert. Dies führt sowohl zu hohen wirtschaftlichen Belastungen für die betroffenen Leistungserbringer als auch zu hohem bürokratischem Aufwand und hoher Frustration. Wir Freie Demokraten setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, dass bei nicht therapie relevanten Fehlern das Absetzen von Verordnungen ausgeschlossen wird. Wir wollen sicherstellen, dass sich die Leistungserbringer auf die Vollständigkeit und die Korrektheit der mittels zertifizierter Praxissoftware ausgestellter Verordnungen verlassen können und beim Auftreten eines Formfehlers auch nachträglich die Möglichkeit zur Ergänzung oder Korrektur erhalten. Änderungen der Verordnung durch den Arzt, beispielsweise handschriftlich auf dem Verordnungsblatt, wollen wir als Absetzungsgrund ausschließen.

Mit der Niederlassungsförderung Versorgungslücken proaktiv verhindern

Zur Sicherstellung der Versorgung, gerade im ländlichen Raum, ist es notwendig, dass sich wieder mehr Ärzte, Zahnärzte und Apotheker in Thüringen niederlassen. Um die Niederlassung in Gemeinden bis 45.000 Einwohner attraktiver zu gestalten, hat der Thüringer Landtag auf Initiative der FDP das bundesweit einmalige Ausweiten der Niederlassungsförderung von Ärzten auf Zahnärzte und Apotheker beschlossen. Die von der Landesregierung zeitlich stark verzögert veröffentlichte Richtlinie über die Gewährung der entsprechenden Zuwendungen weicht erheblich vom Landtagsbeschluss ab und annulliert den präventiven Charakter der Förderung. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass die aktuelle Richtlinie erheblich verändert, entbürokratisiert und weiterentwickelt werden muss, damit die Niederlassungsförderung ihr volles Potenzial als prospektives Instrument der Regional- und

Wirtschaftsförderung ausschöpfen kann. Durch das Streichen der Berücksichtigung des aktuellen Versorgungsgrads wollen wir den präventiven Charakter der Niederlassungsförderung wiederherstellen. Für uns ist klar, dass die Niederlassung in einer Gemeinde auch dann gefördert werden muss, wenn aktuell zwar keine Unterversorgung vorliegt, eine solche Entwicklung allerdings absehbar ist. Angesichts der Mitversorgereffekte bei einer Niederlassung und somit der verbesserten Versorgungslage einer ganzen Region wollen wir auch die Staffelung der Förderhöhe in Abhängigkeit zur Einwohneranzahl streichen. Des Weiteren ist für uns Freie Demokraten unabdingbar, dass die Unterschrift eines Vertrags zur Übernahme einer Praxis oder Apotheke keinen vorfristigen Maßnahmenbeginn darstellt und förderfähig bleiben muss. Ebenso werden wir innerfamiliäre Weiterführungen von Praxen und Apotheken fördern.

Fachkräfteoffensive – medizinische, zahnmedizinische und pharmazeutische Versorgung 2030

Aufgrund der mit der höheren Lebenserwartung zunehmenden Multimorbidität der Bevölkerung und dem gestiegenen Durchschnittsalter macht sich an vielen Stellen im Gesundheitssystem der Fachkräftemangel bemerkbar. Gerade im medizinischen, zahnmedizinischen und pharmazeutischen Bereich wollen wir Freie Demokraten daher die Studienkapazitäten im Freistaat ausbauen. Ärzte, Zahnärzte und Apotheker, die wir vor Ort ausbilden, können wir später am besten für die Versorgung in Thüringen halten. Der im Thüringer Landtag auf Initiative der FDP beschlossene Ausbau an Studienplätzen der Pharmazie, Medizin und Zahnmedizin ist, insbesondere bei der Pharmazie und der Zahnmedizin, an der räumlichen und personellen Ausstattung, bislang nicht erfolgt. Wir setzen uns daher für einen möglichst zeitnahen Beginn und Abschluss der Bauvorhaben im Zusammenhang mit der Zahnklinik und der Pharmazie am Uniklinikum Jena ein. Der Aufbau und Ausbau wird allerdings einiges an Zeit in Anspruch nehmen. Thüringen braucht jedoch sofort mehr Ausbildungskapazitäten. Diese wollen wir schaffen, indem die Studienkapazitäten privater oder europäischer Hochschulen bis zum Abschluss des Ausbaus der benötigten Studienplätze in Thüringen genutzt werden. Im Rahmen eines Landesprogramms wollen wir Freie Demokraten für die Dauer der Regelstudienzeit die Studiengebühren der im Medizin, Pharmazie- oder Zahnmedizinstudium an einer privaten Hochschule in Deutschland oder an einer staatlichen oder privaten Hochschule im EU-Ausland eingeschriebenen Programmteilnehmer durch Landesmittel finanzieren, die sich dazu verpflichten, die Praxisbestandteile der Studiengänge und der Weiterbildungen in Thüringen zu erbringen sowie sich anschließend für fünf Jahre in Thüringen niederzulassen. Hierzu wollen wir Freie Demokraten die Kooperation mit privaten Hochschulen in Deutschland oder Universitäten oder Hochschulen im EU-Ausland, welche ein Medizin-, Zahnmedizin- oder Pharmaziestudium anbieten, anstreben.

Berufszugang für medizinische und zahnmedizinische Fachkräfte beschleunigen

Das Thüringer Landesverwaltungsamt als Approbationsbehörde wird zunehmend als Flaschenhals bei der Erteilung von Berufszugangserlaubnissen wahrgenommen. Bearbeitungszeiten von bis zu acht Wochen, um eine Approbationsurkunde nach erfolgreich bestandem Examen auszustellen, sind nicht akzeptabel. Junge Ärzte und Zahnärzte verlassen daher Thüringen und beginnen ihren beruflichen Werdegang in anderen Bundesländern. Wir Freie Demokraten in Thüringen werden deshalb die Approbationsbehörde bei der Landesärzte- und Landeszahnärztekammer ansiedeln.

Überdies dauern die Anerkennungsverfahren bei Medizinern und Zahnmedizinern, die ihr Studium außerhalb der Europäischen Union absolviert haben, zu lange. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für eine Abschaffung der Gleichwertigkeits- und Kenntnisprüfungen ein. Statt lange und teure Anerkennungsverfahren fordern wir das Ablegen der auch für Inländer notwendigen Prüfungen und Examen.

Bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen schaffen, Ambulantisierung vorantreiben

Für uns Freie Demokraten steht fest, dass zukünftig eine sektorenübergreifende Versorgungsplanung stattfinden muss, auf deren Basis anschließend die regionalen Versorgungsstrukturen abgeleitet werden. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass eine optimale Versorgung von Patienten nur als Teamleistung aller Akteure und Sektoren des Gesundheitswesens gelingt.

Durch medizintechnischen Fortschritt kann mittlerweile ein wesentlicher Teil der bislang stationären Leistungen auch in ambulanten Strukturen erbracht werden. Dass weiterhin viele dieser Behandlungen allerdings stationär erbracht werden, ist nicht nur für die Beitragszahler besonders teuer, sondern wirkt sich auch nachteilig auf die Patienten aus. Die ambulanten Versorgungsstrukturen wollen wir Freie Demokraten daher so weiterentwickeln, dass zukünftig möglichst viele ambulant-sensitive Fälle im ambulanten Bereich erbracht werden.

Angesichts des sich verstärkenden Fachkräftemangels, des medizintechnischen Fortschritts, der Digitalisierung und des geänderten Versorgungsbedarfs ist eine Weiterentwicklung der aktuell bestehenden Versorgungsstrukturen unerlässlich. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass einige Krankenhausstandorte, um eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung der Patienten auch in Zukunft abzusichern, in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsakteuren vor Ort unter Berücksichtigung der Krankenhausreform auf Bundesebene zu innovativen Versorgungsstrukturen weiterentwickelt werden müssen. Gerade kleine Krankenhäuser wollen wir im Dialog mit den Krankenhäusern entsprechend dem regionalen Bedarf zu innovativen regionalen Gesundheitszentren weiterentwickeln. Wir Freie Demokraten sehen darin die Chance, die Versorgungsqualität zu bessern und das medizinische Angebot an den tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung anzupassen und Versorgungsstrukturen abzusichern.

Krankenhausstrategie 2030

Nachdem durch Rot-Rot-Grün die Krankenhausplanung sträflich vernachlässigt wurde, stellt für uns Freie Demokraten der nächste Krankenhausplan eine der zentralsten gesundheitspolitischen Maßnahmen der kommenden Legislaturperiode dar. Angesichts des geänderten Versorgungsbedarfs und der Krankenhausreform im Bund wollen wir Freie Demokraten durch eine Krankenhausstrategie 2030 die stationäre Versorgung in Thüringen zukunftsfest aufstellen. Hierfür müssen die Kriterien der aktuellen Krankenhausplanung umfassend überarbeitet werden. Unter Berücksichtigung der im Bund geregelten Leistungsgruppensystematik muss das gesamte Leistungsgeschehen in Leistungsbereiche und Leistungsgruppen geordnet werden, um bedarfsgerechte Leistungen fundiert planen zu können. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass durch die Implementierung eines empirischen Instruments zur Analyse und Auswertung des Versorgungsgeschehens Transparenz hergestellt wird. Zentral für uns Freie Demokraten ist, dass der leistungsorientierte Planungsansatz mit geeigneten Qualitätsvorgaben verknüpft wird, sodass durch ein standardisiertes und systematisches Leistungscontrolling thüringenweit eine optimale Versorgungsqualität gewährleistet werden kann. Da höhere Fallzahlen zu einer höheren Qualität führen, ist auch in Thüringen eine stärkere Spezialisierung und Zentrenbildung im stationären Sektor erforderlich. Einer Abkoppelung des ländlichen Raums von medizinischen Leistungen werden wir entgegengetreten.

Innovative Modellprojekte zur Patientensteuerung und Fallmanagement in Thüringen

Die Digitalisierung schafft optimale Voraussetzungen, um die Patientensteuerung zu verbessern. Wir Freie Demokraten fordern daher, dass eine digitale Ersteinschätzung aufgebaut wird. Dies kann beispielsweise durch die Ergänzung der bundesweit einheitlichen Notdienstnummer (116 117) und der Informationsplattform der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zum ärztlichen Bereitschaftsdienst um eine telemedizinische Komponente erfolgen. Durch diese digitale

Triage sollen nicht notwendige Inanspruchnahmen der limitierten medizinischen Ressourcen verhindert werden und Patienten an der für ihr akut vorliegendes Erkrankungs- oder Verletzungsbild passenden Stelle im Gesundheitssystem unterstützt werden.

In vielen Fällen können nicht notwendige Inanspruchnahmen der limitierten medizinischen Ressourcen bei Patienten mit chronischen oder degenerativen Erkrankungen sowie bei Patienten mit komplexen gesundheitlichen Problemlagen durch ein aktives Fallmanagement (Case Management) verhindert werden. Um das Potenzial des Fallmanagements im Gesundheitssystem flächendeckend auszuschöpfen, wollen wir Freie Demokraten in Anlehnung an das Projekt „AGnES“ in einem Modellprojekt die Anstellung von Medizinischen Fachangestellten mit der Fortbildung „Case Management in der ambulanten medizinischen Versorgung“ bei den ambulanten Ärzten erproben. Diese sollen unter anderem den individuellen Bedarf durch Assessment und Beratung erheben und anstatt von Gesundheitskiosken den Patienten durch das Gesundheitssystem helfen. Das notwendige Fortbildungscurriculum von der Bundesärztekammer gibt es hierfür bereits.

Notfallversorgung in Thüringen stärken

Für uns Freie Demokraten ist immanent, dass jeder Patient – gerade bei Notfällen – schnellstmöglich die beste Versorgung erhält. Wir Freie Demokraten haben uns daher erfolgreich dafür eingesetzt, dass eine Rechtsgrundlage für den ergänzenden Einsatz von Telenotärzten und die Erprobung smartphonebasierter Systeme zur Ersthelferalarmierung durch den Landtag beschlossen wurde. Daran wollen wir anknüpfen und die Notfallversorgung in Thüringen weiter stärken. Wir Freie Demokraten setzen uns für einen Ausbau der Ausbildungskapazitäten für Notfallsanitäter ein, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und somit auch in Zukunft thüringenweit die Inanspruchnahme der Notfallrettung und des Krankentransports zu ermöglichen. Da die größere Zentrierung und Spezialisierung der Krankenhäuser zu mehr Einsätzen der Luftrettung führen wird, muss das Land als Aufgabenträger der Luftrettung für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kapazitäten sorgen. Wir Freie Demokraten fordern daher mehr Luftfahrzeuge.

Den Öffentlichen Gesundheitsdienst auf Krisen vorbereiten

Nicht erst seit der Corona-Pandemie sind die Defizite des deutschen Gesundheitssystems bei der Krisenbewältigung deutlich geworden. Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass das Gesundheitssystem angesichts möglicher weiterer Pandemien und anderer Krisen reaktionsschneller und anpassungsfähiger, zudem im Krisenfall koordinierter werden muss. Eine entscheidende Rolle kommt dabei dem Öffentlichen Gesundheitsdienst zu. Als unverzichtbare Säule des Gesundheitssystems braucht der Öffentliche Gesundheitsdienst in Thüringen eine gesetzliche Grundlage, um zukünftig auch bei gesundheitlichen Krisenlagen die Aufgaben mit einem qualitativ hohen Standard wahrnehmen zu können. Zur Erfüllung der vielen originären Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass dieser sowohl finanziell als auch personell mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet wird. Zudem wollen wir die kommunalen Gesundheitsämter durch eine Digitalisierungs- und KI-Strategie von routinemäßigen Verwaltungsaufgaben entlasten.

Gerade im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ist eine einheitliche und vergleichbare Herangehensweise von essenzieller Bedeutung. Wir wollen daher die bisher auf verschiedene Behörden verteilten fachlich Befassten zusammenfassen und an einer Stelle bündeln. Dadurch schaffen wir unter anderem einheitliche Leitlinien beim Infektionsschutz, einheitliche Vorgaben bei Bescheiden und Rechtssicherheit bei landesweit einheitlichen Verordnungen. Gleichzeitig wollen wir die kommunalen Gesundheitsämter dadurch von Gesundheitsberichterstattungen entlasten. Eine Übertragung der Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in den eigenen Wirkungsbereich der Kommunen lehnen wir entschieden ab.

Chancen der Digitalisierung für die medizinische Versorgung nutzen

Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass durch die Digitalisierung im Gesundheitswesen die Patientensicherheit verbessert, die Versorgungsqualität erhöht und die wirtschaftliche Effizienz und Nachhaltigkeit des Gesundheitssystems gesteigert werden kann. Digitale Anwendungen, die Patienten durch den Versorgungsalltag begleiten und ihnen individuelle Services bieten, die der Vorbeugung, Diagnose, Behandlung, Monitoring und Verwaltung dienen, werden in Zukunft zum Versorgungsstandard gehören. Um Ärzte und das medizinische Personal zu entlasten und gerade im häuslichen Wohnumfeld die Versorgungslage zu verbessern, wollen wir gemeinsam mit den Partnern im Gesundheitssystem innovative Modellprojekte und Versorgungsmodelle entwickeln und umsetzen.

Gerade die Erhebung und Auswertung von Daten bietet ein großes Potenzial, die Versorgung zu verbessern. Für Innovationen und Forschung, insbesondere bei seltenen Erkrankungen, sind Gesundheitsdaten mittlerweile unerlässlich. Wir Freie Demokraten setzen uns daher dafür ein, dass Antragsteller einen bürokratiearmen Zugang zu anonymisierten und aggregierten Datensätzen erhalten. In Abstimmungen mit den anderen Bundesländern wollen wir Freie Demokraten darauf hinwirken, dass nur noch eine Schwerpunktstelle für den Datenschutz sowie eine zuständige Ethikkommission den jeweiligen Bereich für das gesamte Bundesgebiet prüfen.

Um das Potenzial der Digitalisierung auszuschöpfen, wollen wir die Akteure im Gesundheitswesen in die Lage versetzen, die Errungenschaften der Digitalisierung erfolgreich nutzen zu können. Im Rahmen der Digitalisierung ist es zentral, dass die Leistungserbringer Zugang zu fundierten Kenntnissen über digitale Tools und digitale Gesundheitsanwendungen erhalten und entsprechend in die Lage versetzt werden, diese auch anzuwenden. Dementsprechend wollen wir Freie Demokraten auf eine Bildungsstrategie hinwirken, die eine enge interprofessionelle Verzahnung von Medizininformatik und Medizin voranbringt und in der Aus-, Weiter- und Fortbildung von Leistungserbringern den Bereich der Digitalisierung und IT stärker berücksichtigt.

Angesichts der seit Jahren stetig sinkenden Gesundheitskompetenz in der Gesamtbevölkerung und die besonders geringe digitale Gesundheitskompetenz bei Menschen ab 65 Jahren wollen wir die Vermittlung von digitaler Gesundheits- und Medienkompetenz priorisieren. Hierzu wollen wir Freie Demokraten mit den Vertretern der Selbstverwaltung und dem Thüringer Seniorenverband einen Aktionsplan entwickeln.

Initiative für ein Thüringer e-Health- und MedTech-Cluster

Um die Zukunft der Thüringer Gesundheitslandschaft zu gestalten, ist es notwendig, den Standort Thüringen als Versorgungs-, Wissenschafts-, Ausbildungs- und Wirtschaftsstandort für Gesundheit weiterzuentwickeln. Dazu wollen wir den Wissenstransfer zwischen Industrie und Wissenschaft verbessern und somit die Translation von Forschungsergebnissen in die Praxis beschleunigen. Wir Freie Demokraten wollen durch die Unterstützung von Kooperationen die vorhandenen Potenziale der e-Health- und MedTech-Industrie stärken sowie ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit steigern. Gerade in der Gesundheitswirtschaft bietet Thüringen durch renommierte Unternehmen wie Jenoptic optimale Voraussetzungen. Zu diesem Zweck wollen wir Freie Demokraten die Clusterinitiativen der Unternehmen und Forschungseinrichtungen für das e-Health-Cluster Jena-Ilmenau unterstützen und die Möglichkeiten der neu in Erfurt angesiedelten Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) voll ausschöpfen.

Um das gemeinsame Umsetzen von innovativen Projekten durch die ambulanten und stationären Akteure des Gesundheitswesens, die Krankenkassen sowie der Industrie zu erleichtern und zu fördern, wollen wir ein Kompetenzzentrum schaffen. Wir Freie Demokraten wollen durch die dort gebündelten Projekt- und Prozessmanagementkompetenzen die Akteure untereinander, aber auch mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern besser vernetzen sowie bei der Durchführung gemeinsamer

Projekte unterstützen. Zur Erschließung der Potenziale der telemedizinischen und E-Health-Lösungen soll das Kompetenzzentrum zudem die Akteure bei der gezielten Nutzung der Förderstrukturen und -programme auf EU-, Bundes- und Landesebene beraten.

Durch das Mitteldeutsche Forschungszentrum die medizinische Forschung in Thüringen stärken

Auf Initiative der FDP hat der Thüringer Landtag im Juni 2021 beschlossen, innerhalb der Ländergemeinschaft – bestehend aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – auf die Einrichtung eines Mitteldeutschen Forschungszentrums hinzuwirken. Ziel der FDP-Initiative ist, die medizinischen Fakultäten der Universitäten und Kliniken in den Bundesländern im mitteldeutschen Raum zu einem Forschungscluster zusammenzuführen. Eine Umsetzung dessen durch die Landesregierung ist nicht erfolgt. Wir Freie Demokraten fordern daher weiterhin die Einrichtung eines Mitteldeutschen Forschungszentrums. Gerade in der Medizin- und Versorgungsforschung leistet eine enge Vernetzung einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der medizinischen Evidenz und der Translation der Forschungsergebnisse.

Für eine selbstbestimmte und menschenwürdige Pflege in Thüringen

Die Zahl der Menschen, die in Thüringen auf pflegerische Versorgung angewiesen sind, nimmt deutlich zu. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Pflegebedürftigen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung bleiben, soziale Kontakte aufrechterhalten und ihren Alltag weiterhin möglichst selbstständig bewältigen können. Aktuell wird ein wesentlicher Teil dieser Menschen zu Hause durch Angehörige und vergleichbar nahestehende Pflegenden versorgt. Diesen Pflegenden gehört nicht nur unsere große Wertschätzung, sondern wir Freie Demokraten sehen es als zentrale pflegepolitische Aufgabe, diese zu entlasten. Wir setzen uns daher insbesondere für mehr Kurzzeit-, Nacht- und Tagespflegeplätze ein. Um die häusliche Pflege weiter zu stärken, wollen wir innovative Projekte fördern und die Voraussetzungen zur Nutzung des Entlastungsbetrages weiter senken.

Angesichts des Fachkräftemangels in der Pflege setzen wir Freie Demokraten uns für eine Flexibilisierung der Fachkraftquote ein und lehnen rein quantitative Besetzungsvorgaben ab. Stattdessen wollen wir Vorgaben, die sich am tatsächlichen Pflege- und Betreuungsbedarf orientieren. Als weitere Sofortmaßnahme machen wir Freie Demokraten uns dafür stark, die Ausbildungszahl für die einjährige Pflegeausbildung deutlich zu erhöhen.

Zudem wollen wir Freie Demokraten die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte und Einrichtungsträger durch Abbau von Bürokratie, leistungsgerechte Vergütungen und einen für alle Beteiligten und unter Berücksichtigung der Fachkräfteverfügbarkeit am Arbeitsmarkt akzeptablen Personalschlüssel verbessern. Wir Freie Demokraten unterstützen deshalb auch eine starke berufliche Interessenvertretung der Pflegenden auf der Basis einer freiwilligen Mitgliedschaft.

Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass gerade im Pflegebereich Menschen aus dem Ausland benötigt werden. Daher wollen wir Freie Demokraten für interessierte Pflege-Auszubildende aus dem Ausland den Ausbildungszugang und die Zulassung an der Pflegeschule vereinfachen. Um den Gewinn von ausländischen Fachkräften zu erleichtern, fordern wir Freie Demokraten zudem eine vereinfachte Erteilung einer Arbeitserlaubnis für nachweislich qualifizierte Nicht-EU-Bürger.

Sozialpolitik als Hilfe zur Selbsthilfe

Moderne Sozialpolitik bedeutet für uns, wieder die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass jeder Mensch die Chance hat, sich in unserem Land frei zu entfalten. Wir wollen eine Gesellschaft,

in der Menschen unabhängig von Geschlecht, Weltanschauung, sexueller Orientierung oder sozialer Herkunft die größtmögliche Chance erhalten, ihre unterschiedlichen Fähigkeiten, Talente und Potenziale zu erschließen. In der Sozialpolitik muss allerdings auch immer die Generationen- und Leistungsgerechtigkeit mitgedacht werden. Für uns Freie Demokraten ist es selbstverständlich, solidarisch mit jenen in Not zu sein. Den Zweck von Sozialprogrammen sehen wir jedoch nicht darin, eine dauerhafte Alimentierung zu schaffen, sondern aktivierend den Betroffenen in seiner Selbsthilfe zu unterstützen. Auch in der Sozialpolitik setzen wir Freie Demokraten auf einen bedarfsgerechten Einsatz der Haushaltsmittel.

Angesichts der stetig wachsenden Ausgaben im Sozialhaushalt ist es zwingend erforderlich, dass die Mittelverwendungen, ähnlich wie bei den Arbeitsämtern, überprüft werden und nachvollziehbar sind. Allein hierdurch wird es möglich zu gewährleisten, dass die wirklichen Bedürfnisse der Leistungsempfänger im Mittelpunkt stehen. Hierzu wollen wir gemeinsam mit den Thüringer Hochschulen und den sozialen Trägern auf wissenschaftlicher Basis ein Benchmarking-System für den Sozialbereich entwickeln. Um eine bestmögliche Qualität für Betroffene zu erreichen, sollen die Programme und Leistungen sozialer Dienste analysiert und die verschiedenen sozialen Träger verglichen werden. Auf Basis dieser Erkenntnisse muss zum Zweck eines effektiveren Mitteleinsatzes die Mittelverteilung qualitätsorientiert ausgestaltet werden.

Ein zentrales Problem der Sozialpolitik besteht darin, dass in vielen Fällen nicht erkennbar ist, wer Anspruch auf welche Leistungen hat. Angesichts der etwa 120 verschiedenen Leistungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen bei 40 verschiedenen Behörden erscheint uns Freien Demokraten der Einsatz für mehr Bündelung und Transparenz unerlässlich.

Für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und wollen, dass Menschen mit Behinderung für sie wichtige Entscheidungen selbstbestimmt treffen können. Hierzu setzen wir uns für eine umfassende Barrierefreiheit ein, die sich auf sämtliche Lebensbereiche, wie den individuellen Wohnbereich, öffentliche Gebäude und Bereiche, das Verkehrswesen, Informationssysteme sowie sämtliche Freizeitangebote, erstreckt und den digitalen Raum einschließt.

Ziel unserer Politik ist es, dass Betroffene möglichst lange selbstbestimmt in den von ihnen favorisierten Formen leben können. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Weiterverbreitung des sogenannten persönlichen Budgets sowie für vereinfachte Verfahren und eine qualifizierte Beratung bei der Inanspruchnahme ein. Um dem Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen thüringenweit entsprechen zu können, muss das Angebot an Leistungsformen im Freistaat ausgebaut werden. Wir Freie Demokraten wollen die Gebietskörperschaften in die Lage versetzen, mit den Leistungserbringern vor Ort innovative Leistungsformen schnell und unbürokratisch zu entwickeln.

Die Eingliederungshilfe wird durch überbordende Bürokratie und Mehrfachzuständigkeiten sehr belastet. Sinnbildlich hierfür steht das Thüringen-spezifische Verfahren zum Abschluss von Vereinbarungen nach Teil 2, Kapitel 8 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuch (SGB IX). Wir wollen die landesgesetzlich geregelte Doppelzuständigkeit von den örtlichen und überörtlichen Trägern der Eingliederungshilfe sowie das komplizierte Verfahren bei fehlendem Einvernehmen beheben, um nicht nur schnellstmögliche, rechtssichere Vereinbarungen mit den bestmöglichen Leistungen für die Leistungsberechtigten zu erwirken, sondern auch die Belastung der Leistungserbringer durch hohe Vorleistungen erheblich zu reduzieren.

Wir wollen ein Thüringen, das tolerant und vielfältig ist

Freiheit und Vielfalt sind eng miteinander verbunden. Politische Kräfte, die gegen Vielfalt Ängste schüren, bekämpfen gesellschaftliche und individuelle Freiheit. Wir Freie Demokraten hingegen setzen uns für einen weltoffenen Freistaat Thüringen ein, in dem jeder unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung, Alter, gesundheitlicher Beeinträchtigung, Herkunft oder Religion diskriminierungsfrei leben kann.

Diskriminierung aller Art bekämpfen

Wir setzen bei der Bekämpfung von Diskriminierung aller Art verstärkt auf Jugendarbeit. Daher wollen wir die sozialarbeiterische Betreuung von Schulen und Jugendzentren stärker fördern und Schulen vor Ort ermutigen, die Angebote bestehender Projekte gegen Ausgrenzung und für Toleranz wahrzunehmen. Wir wollen die Kompetenzen aller Thüringer Beauftragten gegen Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu einem zentralen Antidiskriminierungsbeauftragten zusammenfassen. Um Antidiskriminierung als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu unterstreichen und die ministerielle Unabhängigkeit des Beauftragten sicherzustellen, soll seine Position direkt beim Thüringer Landtag angesiedelt werden. Auch das Diversity Management in privaten und öffentlichen Unternehmen möchten wir aktiv und unbürokratisch fördern.

Geschlechtergerechtigkeit

Wir Freie Demokraten kämpfen für Chancen- statt Ergebnisgleichheit bei der Gleichstellung der Geschlechter. Freidemokratische Geschlechterpolitik baut auf Qualifikationen, Stärken und Leistungsbereitschaft von Frauen und Männern und möchte somit die Ursachen, statt bloß die Ergebnisse von Benachteiligung abbauen. Dazu wollen wir unter anderem veraltete Rollenmodelle überwinden und die Digitalisierung als Schlüssel zu mehr Selbstbestimmtheit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzen. Die Sicherstellung politischer Rahmenbedingungen, die unabhängig vom Geschlecht mehr Flexibilität und Individualität bei der gemeinsamen Planung des Privat- und des Berufslebens erlauben, hat für uns höchste Priorität. Dafür setzen wir auf flexible Arbeitszeitmodelle, Langzeitkonten für Arbeitszeit und digitale Arbeitsplätze wie das Homeoffice. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir außerdem erweiterte und flexible Öffnungszeiten bei der Kinderbetreuung umsetzen sowie flächendeckend erschwingliche und zugleich hochwertige Betreuungsangebote schaffen und aufrechterhalten. Wir setzen uns für geschlechtergerechte Personalentwicklungskonzepte im öffentlichen Dienst ein, welche die bereits aufgeführten und von uns geforderten New-Work-Ansätze stärker berücksichtigen, um so dafür zu sorgen, dass Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht beruflichen Aufstieg erreichen können. Statische gesetzliche Quoten lehnen wir hingegen ab, da sie Menschen auf ihr Geschlecht reduzieren und einer echten Gleichberechtigung somit entgegenstehen.

Freiheit bedeutet Schutz der körperlichen Unversehrtheit

Gewalt gegen Frauen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, gegen das gezielt vorgegangen werden muss. Das zentrale Instrument dafür ist die Istanbul-Konvention, die dazu verpflichtet, Gewaltschutz für Frauen und Kinder auf allen Ebenen anzugehen. Wir Freie Demokraten bekennen uns zu dieser und wollen sie wirksam umsetzen.

Wir setzen uns für einen konsequenten Gewaltschutz in Thüringen ein. Jede Person, die von Gewalt betroffen ist, muss sich darauf verlassen können, einen sicheren Schutzplatz in Thüringen zu finden. Dafür muss eine bedarfsgerechte Anzahl an Schutzplätzen sichergestellt werden. Wir machen uns für eine angemessene Finanzierung der Sach- und Personalkosten von Schutzeinrichtungen und Interventionsstellen gegen Gewalt stark, um deren vielfältige Aufgaben wie 24-Stunden-Rufbereitschaft, Beratung und Kinderbetreuung sicherzustellen. Zudem halten wir eine landesweite Finanzierung der anonymen Spurensicherung für erforderlich.

Geschlechtliche Vielfalt anerkennen

Für uns Freie Demokraten ist es unabdingbar, dass sich Menschen aller sexuellen Identitäten in unserem Freistaat selbstbestimmt wohlfühlen. Auf Initiative der FDP hat sich der Thüringer Landtag mit dem Beschluss „Geschlechtervielfalt anerkennen und schützen – Erfordernis von Personenstandsangaben überprüfen, Transsexuellengesetz abschaffen“ klar positioniert und eine Verwaltungsvorschrift zum Themenfeld „Anerkennung und Schutz der Geschlechtervielfalt“ erwirkt. An dieses erfolgreiche Vorgehen wollen wir anknüpfen und uns weiter für den Schutz vor Stigmatisierung und Diskriminierung sowie die Stärkung des Selbstbestimmungsrechts einsetzen.

Wir treten dafür ein, dass Regenbogenfamilien in Thüringen nicht benachteiligt werden.

Wir Freie Demokraten fordern die Rehabilitation und angemessene Entschädigung für Männer, die auf Grundlage der bis 1994 bzw. 1988 geltenden §§ 175 des Strafgesetzbuches und § 151 des DDR-Strafgesetzbuches verurteilt wurden. Dabei soll für die Betroffenen als Alternative zu pauschalen Einmalzahlungen auch eine Opferrente ermöglicht werden.

Politik, die rechnen kann

Unsere Vision für ein Thüringen mit zukunftsorientierter Finanzpolitik

Der Beschluss des Thüringer Landeshaushalts ist das Königsrecht des Thüringer Landtags und bestimmt maßgeblich das politische Handeln im Land. Er setzt Prioritäten bei den Investitionen, um Thüringens Herausforderungen in der Stadt und auf dem Land zukunftsfest und generationengerecht zu meistern. Wir setzen uns für einen Zukunftshaushalt ein, welcher finanzielle Stabilität, haushälterische Solidität, generationsübergreifende Investitionsdynamik und eine neue finanzielle Fairness zwischen Kommunen und Land gleichermaßen in den Blick nimmt. Wir sind überzeugt, dass Thüringens Zukunft vor Ort in den Dörfern, Städten und Landkreisen entschieden und maßgeblich bestimmt wird, ob es uns gemeinsam mit den Menschen in unserem Freistaat gelingt, eine neue Thüringer Gründerwelle und Verantwortungskultur zu entfachen und vor allem auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse die richtigen zukunftsweisenden Antworten zu geben.

Wir werden die Herausforderung annehmen, die Fehler und Unzulänglichkeiten der Thüringer Haushaltspolitik in den vergangenen 10 Jahren zu korrigieren und die Weichen in der Haushalts- und Finanzpolitik neu zu setzen.

Es ist eine Frage des Respekts gegenüber der harten Arbeit der Menschen in Thüringen, dass auch die Politik mit finanzieller Weitsicht und Verantwortung handelt. Ebenso wie von jedem Einzelnen und jedem Unternehmen erwartet wird, sorgfältig mit seinen Mitteln umzugehen, muss dies auch für die Landesregierung gelten, die die ihr anvertrauten Steuergelder verwaltet. Die bisherige Finanzpolitik der Landesregierung zeichnete sich durch eine stetige Ausweitung des Haushaltsvolumens aus, während gleichzeitig EU-Fördermittel in Millionenhöhe ungenutzt blieben. Investitionen in die Zukunft und der Abbau von Schulden wurden vernachlässigt. Stattdessen wurden Steuermehreinnahmen für kurzfristige Maßnahmen und eine erfolglose Gebietsreform verwendet. Angesichts des Wegfalls der Solidarpaktmittel ab 2020 und der Reduzierung der Mittel aus dem Europäischen Kohäsionsfonds sowie der bevorstehenden erheblichen Steigerung der Pensionslasten ist eine solche kurzfristige Haushaltspolitik nicht tragbar. Wir, die Freien Demokraten, setzen uns für ein Ende dieser kurzfristigen Finanzpolitik ein.

Die Zukunft Thüringens sehen wir untrennbar mit einer verantwortungsvollen und generationengerechten Finanzpolitik verbunden. Die harte Arbeit der Thüringerinnen und Thüringer bildet das Fundament für das hohe Aufkommen an Steuern und Abgaben, welches wiederum die Haushaltsüberschüsse von Bund und Land ermöglicht. Wir stehen als einzige Partei für den Grundsatz, dass erst Leistung erbracht und Werte geschaffen werden müssen, bevor eine Verteilung erfolgen kann. Gerade in Zeiten hoher Steuereinnahmen ist es unsere Pflicht, sicherzustellen, dass der Freistaat nur das ausgibt, was wirklich sinnvoll und notwendig ist. Ein nachhaltiger Schuldenabbau schafft den finanziellen Spielraum, der für die dringend benötigten Zukunftsinvestitionen erforderlich ist. Die Freien Demokraten verpflichten sich, eine zukunftssichere Haushaltspolitik für Thüringen zu gestalten.

Verantwortungsvolle Finanzpolitik für zukünftige Generationen

Unser Ziel als Freie Demokraten ist es, die Finanzpolitik Thüringens entschlossen auf das Prinzip der Generationengerechtigkeit auszurichten. Vor allem mit Blick auf die finanzielle Nachhaltigkeit und Resilienz des Thüringer Landeshaushalts ist unser Leitgedanke ein ausgewogener Dreiklang bei der Verwendung der erwirtschafteten Haushaltsüberschüsse. Zukunftsinvestitionen, Tilgung von Schulden und der Aufbau von Rücklagen und Zukunftsvorsorge nehmen wir gleichermaßen in den Blick, um Thüringen zukunftsfest zu machen. Eine umsichtige Haushaltsführung erfordert zudem eine kontinuierliche Überprüfung der finanzierten Strukturen und Programme hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit, Notwendigkeit und Effizienz. Wir setzen auf Transparenz bei der Zuordnung von Finanzmitteln zu Projekten und Haushaltsjahren. Wie in der Privatwirtschaft, so ist auch im staatlichen Handeln ein effektives Controlling unerlässlich: Nur durch kritisches Hinterfragen können wir eine starke Zukunft gestalten. Wir, die Freien Demokraten, befürworten einen agilen und effizienten Staat, der in seiner Finanzpolitik klare Prioritäten setzt. Dabei muss einer Überprüfung der Staatsaufgaben und des Personalbedarfs stets eine kritische Analyse der bestehenden Aufgaben vorangehen. Unser Ziel ist es, die Aufgabenkritik zu intensivieren und Aufgaben, die verzichtbar sind oder an andere Ebenen delegiert werden können, zu identifizieren und zu überdenken.

Integration der Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung

Unsere Haushaltspolitik ist von Voraussicht und Verantwortung geprägt. Die Einführung einer Schuldenbremse, die einen festgelegten Tilgungsplan und ein verbindliches Investitionsgebot umfasst, soll in der Thüringer Verfassung verankert werden. Unser oberstes Ziel ist es, den Haushalt des Freistaats so zu gestalten, dass er seine Ausgaben vollständig durch bestehende Einnahmen decken kann, ohne neue Schulden aufnehmen zu müssen.

Eine schnelle Rückzahlung bestehender Verbindlichkeiten verringert nicht nur das Zinsrisiko im Haushalt, sondern entlastet auch zukünftige Landeshaushalte und schafft Freiräume für neue politische und soziale Initiativen. Die Freien Demokraten fordern einen verbindlichen und klar definierten Plan zum Schuldenabbau, der zu einer signifikanten Reduktion der jährlichen Zinsausgaben führen würde. Bei Mehreinnahmen oder sich ergebenden Haushaltsspielräumen setzen wir auf einen ausgewogenen Mix aus Investitionen, finanziellen Entlastungen und weiterem Schuldenabbau.

Der Abbau von Schulden und die Steigerung von Investitionen sind für uns zwei Seiten derselben Medaille. Wir streben eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für öffentlich-private Partnerschaften an, um den hohen Investitionsbedarf in Infrastrukturprojekte wie Straßen, Gebäude und Bildungseinrichtungen durch zusätzliches privates Kapital zu decken.

Wiedereinführung des Thüringer Pensionsfonds

Wir Freie Demokraten stehen für eine generationengerechte Haushaltspolitik in Thüringen. Vor allem die bereits entstandenen Pensionsverpflichtungen belasten die zukünftigen Thüringer Landeshaushalte signifikant und erfordern dringendes politisches Handeln. Wir fordern, den Fehler der R2G-

Landesregierung und der CDU aus dem Jahr 2021 zu korrigieren und den Pensionsfonds wieder einzuführen und weiterzuentwickeln. Wir streben an, den Pensionsfonds aus dem Landeshaushalt bzw. der Haushaltsrücklage mit mindestens 300 Millionen Euro als Start-Kapitalanlage auszustatten und im Sinne eines Generationenkapitals vorsorge- und renditeorientiert anzulegen, um zukünftige Pensionsbelastungen auf den Thüringer Landeshaushalt im Sinne der Generationengerechtigkeit nachhaltig zu dämpfen.

Privatinitiative vor staatlicher Einmischung – Die Rolle des Staates als neutraler Regulator

Unser Grundprinzip beruht auf dem Vertrauen in die Kraft und Effizienz der freien Marktwirtschaft. Wir vertreten die Auffassung, dass Unternehmen sich auf lange Sicht eigenständig am Markt behaupten sollen, ohne auf staatliche Beteiligungen oder finanzielle Unterstützung angewiesen zu sein. Der Staat sollte nicht als Unternehmer agieren, da die Privatwirtschaft in der Regel effizienter und innovativer ist. Unser Ziel ist es, die Beteiligungen des Freistaats Thüringen kritisch zu überprüfen und konsequent zu reduzieren. Dies umfasst insbesondere die Vermeidung einer Ausweitung von Beteiligungen an landeseigenen oder teilstaatlichen Unternehmen, um das finanzielle Risiko für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu minimieren und die Rolle des Staates auf die eines neutralen und fairen Schiedsrichters im wirtschaftlichen Wettbewerb zu beschränken.

Umso wichtiger ist auch ein nachhaltiger Wandel in Thüringen hin zu einer vielfältigen, unverkrampften und lebendigen Aktienkultur, einer gesunden Einstellung zu Risiko-Kapital und das Selbstverständnis, eine Gesellschaft von Eigentümerinnen und Eigentümern zu sein. Für sehr viele Menschen stärkt eigenes Eigentum und Beteiligungen auch die Motivation zur Übernahme von Verantwortung. Genau deshalb ist die faire Chance auf Erwerb und Mehrung von Eigentum ein urliberales Anliegen.

Das wäre auch ein Gamechanger für unsere zentralen Anliegen: individueller Aufstieg und selbstbestimmte Lebensführung. Eine in unserer Bevölkerung stärker verbreitete Unternehmensbeteiligung wäre ein optimales Fundament dafür, endlich beim Schließen der Vermögensschere voranzukommen. Das Eigentumsrecht schafft Fortschritt, persönlich und politisch. Moderne Demokratien sind auch aus Abwehrreflexen gegen unfaire Eigentumseingriffe entstanden. Denn die individuelle Eigentumsgarantie ist konstitutiver Bestandteil freier Gesellschaften und nur diese sichern nachhaltig echte Innovationskraft.

Auch vor diesem Hintergrund erkennen wir die bisherige Arbeit beispielsweise der Thüringer Aufbaubank und des Thüringer Beteiligungsmanagements ausdrücklich an und werden dies mit der notwendigen politischen Distanz und Praktikabilität weiter begleiten, um Zukunftsfinanzierungen in Kooperation mit privaten und öffentlich-rechtlichen Finanzinstituten in Thüringen mitzustrücken.

Moderation der Gewerbesteuer und Stärkung der kommunalen Finanzautonomie

Die Wirtschaftsunternehmen in Thüringen sind ein zentraler Pfeiler unserer regionalen Entwicklung. Um die sich selbst verstärkende Tendenz zu Steuererhöhungen in den Kommunen zu durchbrechen, setzen wir uns für die Implementierung einer Gewerbesteuer-Bremse ein. Unternehmen sollten nicht die Last einer unzureichenden Haushaltsführung auf Landes- oder kommunaler Ebene tragen müssen. Unser Ziel ist es, die kommunalen Finanzstrukturen umfassend und unter Einbeziehung aller Finanzierungsquellen langfristig zu reformieren. Dies soll den Kommunen mehr finanzielle Selbstständigkeit und Entscheidungsfreiheit ermöglichen, um ihre spezifischen lokalen Anforderungen und Projekte eigenverantwortlich zu gestalten und umzusetzen.

Eine neue Fairness zwischen dem Land und der kommunalen Familie

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung lebendiger regionaler Strukturen sowohl in städtischen als auch in ländlichen Räumen ein. Wichtiger als die Größe eines

Ortes ist die Weite seines Horizonts und dass man sich über die eigene Verwaltungsgrenze hinaus gemeinsam entwickeln kann und muss. Nur so kann auch im kleinsten Ort Großes entstehen.

Mit der nächsten großen Evaluation des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes muss die Grundlage für das partnerschaftliche Zusammenwirken von Land, Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden auch für die Zukunft neu gelegt werden. Eine neue Fairness zwischen dem Land und der kommunalen Familie muss das gemeinsame Ziel sein und nicht nur finanzielle Verschiebungen innerhalb des Systems, welche die freien Schlüsselzuweisungen abschwächen und versuchen, die kommunale Familie gegeneinander auszuspielen. Das Umschichten von Schlüsselzuweisungen zwischen Landkreisen und kreisangehörigen Kommunen, was den Anstieg der Kreisumlagen-Hebesätze weiter nach sich zieht, ist weder zielführend noch ein Mehrwert für die kommunale Familie.

Wir Freie Demokraten fordern für die kreisfreien Städte, Landkreise und kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine verlässliche und angemessene Finanzausstattung, ohne dass immer wieder Sonderprogramme und kommunale Hilfsgesetze aufgelegt werden müssen. Voraussetzung dafür ist eine ehrliche Ermittlung des tatsächlichen Finanzbedarfs, der vor allem durch steigende Ausgaben im Sozial- und Jugendbereich im eigenen und übertragenen Wirkungsbereich sowie durch neue Aufgaben infolge von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozessen immer weiter anwächst. In die Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs müssen auch Bedarfe wie der Investitionsstau und die Kosten des demografischen Wandels und der Barrierefreiheit berücksichtigt werden.

Reform des Kommunalen Finanzausgleichs

Die zurückliegenden Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes erfüllen nicht die Erwartungen einer grundlegenden Reform des Finanzierungssystems. Ganz im Gegenteil, der kommunale Finanzausgleich wurde komplizierter statt einfacher, schränkt die weitere Verwendung freier Schlüsselzuweisungen ein und berücksichtigt nicht ausreichend die Kostenentwicklungen vor allem im übertragenen Wirkungsbereich. Wir fordern, dass mit der nächsten grundlegenden Reform die Ausgestaltung des Mehrbelastungsausgleichs, der Hauptansatzstaffel und die Sonderlastenausgleiche bezüglich ihrer Wirksamkeit und Angemessenheit in den Blick genommen wird. Wir wollen unter anderem prüfen, die Längen von Gemeinde- und Kreisstraßen als neue Berechnungs-Stellschraube zu etablieren, um unterschiedliche Gemarkungsflächen besser im KFA widerzuspiegeln. Sachfremde Sonderlastenausgleiche, wie beispielsweise zur allgemeinen Förderung von kultur- und tourismuspolitischen Zielen, müssen zukünftig gezielt aus dem Landeshaushalt finanziert werden und nicht durch Quersubventionierung im kommunalen Finanzausgleichssystem.

Wir fordern mehr Selbstbestimmung für die Kommunen, um ihre Aufgaben und Investitionsbedarfe zu finanzieren. Dazu erachten wir es in einem ersten Schritt für notwendig, über eine Neubemessung des Partnerschaftsgrundsatzes die Finanzausgleichsmasse bei den Schlüsselzuweisungen zu erhöhen. Sonderlastenausgleiche, projektgebundene Förderprogramme und Zuweisungen des Landes, welche Bestandteile der angemessenen Finanzausstattung nach § 2 Abs. 2 Satz 1 ThürFAG – Leistungen an die Kommunen außerhalb der FAG-Masse – sind, wollen wir zugunsten der freien Schlüsselzuweisungen auf ihre Zweckmäßigkeit, ihren Verwaltungsaufwand und ihre Notwendigkeit überprüfen, finanziell zurückführen und zusätzlich in die FAG-Masse überführen. Zugleich ist sicherzustellen, dass die in das Finanzausgleichsgesetz integrierte kommunale Investitionspauschale als zusätzliche Investitionspauschale erhalten bleibt und nicht mit anderen Finanzmitteln innerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs verrechnet wird.

Erfolgreiche Gemeinden, welche auch aus richtigen Entscheidungen in der Vergangenheit heraus heute in der Lage sind, über ihre Finanzkraft und ohne zusätzliche Schlüsselzuweisungen des Landes das gesellschaftliche Leben auszufinanzieren (abundante Gemeinden), müssen wieder stärker an ihrem Wohlstand partizipieren können. Deshalb fordern wir, die Finanzausgleichsumlage zu reformieren. Wir streben eine Freigrenze von mindestens 25 Prozent der Unterschiedsmesszahl zwischen Steuerkraft-

und Bedarfsmesszahl an, sowie eine obere Unterschiedsmesszahl von 150 Prozent, bei dem der obere Grenzumlagesatz konstant wirkt.

Zusammenfassung und Entbürokratisierung von Förderprogrammen

Im Freistaat gibt es über 100 Förderprogramme zur finanziellen Unterstützung von Kommunen. Die Antragstellung und der Nachweis der Förderberechtigung binden Ressourcen, die auch so bereits knapp bemessen sind. Die Antragsverfahren sind unnötig kompliziert und nicht einheitlich. Zudem animieren Förderprogramme zum Teil auch zu nicht zweckdienlichen Entscheidungen, um Fördermittel zu erhalten. Wir Freie Demokraten wollen die bestehenden Förderprogramme mit einheitlichen Antrags- und Abrechnungsverfahren unter dem Dach einiger weniger Förderprogramme zusammenführen, und dort, wo das durch die Ausgestaltung von Fördermittelprogrammen des Bundes und der EU verhindert wird, gemeinsam nach Wegen zur Vereinfachung suchen. Bei der Verwendung der Mittel soll den Kommunen möglichst viel Handlungsspielraum zugestanden werden. Dabei hat eine auskömmliche grundständige Finanzausstattung der Kommunen immer Vorrang vor zweckgebundenen Förderprogrammen.

Freibetrag und Senkung der Grunderwerbsteuer

Für viele Familien rückt der Traum vom Eigenheim in weite Ferne. Wir Freie Demokraten setzen auf ein Volk von Eigentümern statt auf Volkseigentum. Wir möchten es für Familien attraktiver machen, in Thüringen eine Immobilie zu erwerben. Deshalb möchten wir Freie Demokraten die Grunderwerbsteuer in Thüringen auf den ursprünglichen Satz von 3,5 Prozent senken, was in dieser Legislatur von den politischen Wettbewerbern verhindert wurde. Parallel werden wir uns über den Bundesrat für die Einführung eines Freibetrags von bis zu 500.000 Euro bei der Grunderwerbsteuer einsetzen. Für das selbstgenutzte Eigenheim würde die Grunderwerbsteuer damit in den meisten Fällen komplett entfallen. Wir versprechen uns von geringeren Grunderwerbsteuern ein Ankurbeln des Baugeschehens und durch die dadurch ansteigenden Einkommens- und Unternehmenssteuern eine mindestens teilweise Kompensation der Steuerausfälle.

Die grundsätzliche Überprüfung der Grundsteuerstruktur in unserem Land ist außerdem ein fester Bestandteil unserer Agenda. Wir sorgen durch entsprechende Änderungen im Finanzausgleichsgesetz dafür, dass Kommunen die Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, das politische Versprechen der aufkommensneutralen Grundsteuerreform umzusetzen.

Freiheit und Menschenrechte weltweit

Für die Freien Demokraten in Thüringen steht fest, dass unser Bundesland nur in einem starken und geeinten Europa in der Lage sein wird, die Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Deshalb setzen wir uns genau für dieses starke Europa ein. Unseren Erfolg, die Implementierung des Europabezugs in die Landesverfassung des Freistaates Thüringen, wollen wir daher durch enge Partnerschaften und einen starken europäischen Austausch mit Leben füllen. Als FDP Thüringen sehen wir uns in der Tradition von Hans-Dietrich Genscher: „Unsere Zukunft ist Europa – eine andere haben wir nicht.“

Internationale Partnerschaften und Austauschprogramme

Die Förderung und Stärkung internationaler Partnerschaften auf kommunaler und landesweiter Ebene ist ein zentraler Bestandteil liberaler Politik. Durch den Ausbau dieser Partnerschaften können wir die kulturelle Vielfalt fördern und den Austausch von Ideen und Best Practices ermöglichen. Dies unterstützt nicht nur die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen und Ländern, sondern vertieft auch die Integration Thüringens in Europa und der Welt.

Europapolitik als Innenpolitik

Die Freien Demokraten Thüringen setzen sich für die Schaffung eines Mitteldeutschen Mehrregionenhauses mit den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt in Brüssel ein, um die Interessen Thüringens und seiner Nachbarländer in der Europäischen Union effektiv zu vertreten. Diese Maßnahme ermöglicht es Thüringen, seine spezifischen Anliegen in den europäischen Entscheidungsprozessen besser zu kommunizieren und die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern zu intensivieren.

Europacampus an der Universität Jena

Die Schaffung eines Europacampus an der Universität Jena ist ein Beispiel für eine liberale Initiative, die die Zusammenarbeit und den Austausch mit anderen europäischen Bildungseinrichtungen fördert. Dies erleichtert den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern und erhöht die Sichtbarkeit der Universität Jena als internationales Zentrum für akademische Exzellenz.

Förderung der Zusammenarbeit in der Forschung und Innovation

Liberale Politik in Thüringen setzt sich für Initiativen ein, die länderübergreifende Forschungsk Kooperationen auf europäischer Ebene fördern. Dies kann durch die Bereitstellung von Fördermitteln für Forschungsprojekte oder die Schaffung von Anreizen für Forscher und Unternehmen geschehen, sich an europäischen Forschungsprogrammen zu beteiligen. Daher wollen wir Mittel aus dem Landeshaushalt im Thüringer Forschungsetat gezielt für internationale Forschungsprojekte einsetzen. Zusätzlich dazu wollen wir durch ein ausgebautenes Angebot an Deutschkursen internationale Studenten besser in Thüringen integrieren und dadurch zum Verbleib im Freistaat bewegen.

Unterstützung der Exportwirtschaft

Die Freien Demokraten Thüringen entwickeln gezielte Programme, um Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte in Europa zu unterstützen. Dazu gehören Exportberatungsdienste, Handelsmissionen und die Organisation von Messeauftritten und Veranstaltungen in anderen europäischen Ländern.

Ein Herz für die Bundeswehr im grünen Herzen Deutschlands

In den aktuellen Konflikten dieser Welt spielt die Bundeswehr als Verteidiger der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eine wichtige Rolle. Daher wollen wir der Bundeswehr Möglichkeiten geben, sich im Freistaat präsentieren zu können und ihre Arbeit nicht nur in der Gefahrenabwehr und Krisenprävention zu zeigen.



Wie unsere Lösungsvorschläge aussehen, lesen Sie auch unter fuer-thueringen.de



**FÜR DIE FREIHEIT.
FÜR DIE MENSCHEN.
#FÜRTHÜRINGEN**

FDP